

Lernbrief

Wirtschaftslehre, Teil 2

**Weiter-
führende
Themen**

Rahmenlehrplanstand Wirtschaftslehre: September 1996

Herausgeber:

AOK-Bundesverband, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin

Autor: Dipl.-Kaufmann Dietmar Hinse [†]

Bearbeiter: Prof. Dr. Frank Fichert, Hochschule Worms

Redaktion: Referat Berufliche Bildung

Ansprechpartnerin: Johanna Szczeponek, Tel.: 030 34646-2167

Druck und Vertrieb durch

Bonndruck GmbH, Frankfurter Straße 51, 57074 Siegen.

Vervielfältigung der Materialien oder einzelner Beiträge daraus
(auf fotomechanischem oder sonstigem Wege) ist nur mit vorheriger
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gliederung

| | |
|--|-----------|
| 1 Einleitung | 4 |
| 2 Lernziele | 5 |
| 3 Wirtschaftseinheiten im Überblick | 5 |
| 3.1 Grunddefinitionen | 6 |
| 3.2 Wirtschaftssektoren in der amtlichen Statistik | 7 |
| 4 Wirtschaftssubjekte „Unternehmen“ | 9 |
| 4.1 Grundfunktionen der Unternehmen | 9 |
| 4.2 Ziele der Unternehmen | 12 |
| 4.3 Einteilung der Unternehmen | 12 |
| 4.4 Übungen zu den Lernabschnitten 3 und 4 | 14 |
| 5 Wirtschaftssubjekte „Private Haushalte“ | 15 |
| 5.1 Grundfunktionen der privaten Haushalte | 15 |
| 5.2 Private Haushalte als Einkommensbezieher | 16 |
| 5.3 Verfügbares Einkommen | 17 |
| 5.4 Einteilung der privaten Haushalte | 18 |
| 5.5 Private Haushalte als Einkommensverwender | 19 |
| 5.6 Auswirkungen von Einkommensänderungen | 23 |
| 5.7 Übungen zum Lernabschnitt 5 | 25 |
| 6 Wirtschaftssubjekte „Öffentliche Haushalte“ | 26 |
| 6.1 Ziele und Aufgaben der öffentlichen Haushalte | 26 |
| 6.2 Einnahmen des Staats | 27 |
| 6.3 Ausgaben des Staats | 30 |
| 6.4 Der Staat als Anbieter von Sachgütern und Dienstleistungen | 33 |
| 6.5 Einkommensumverteilung | 34 |
| 6.6 Ausmaß der staatlichen Wirtschaftstätigkeit | 36 |
| 6.6.1 Staats-, Steuer- und Abgabenquote | 36 |
| 6.6.2 Sozialbudget | 38 |
| 6.7 Übungen zum Lernabschnitt 6 | 40 |
| 7 Wirtschaftskreislauf | 41 |
| 7.1 Einfacher Wirtschaftskreislauf | 42 |
| 7.2 Erweiterter Wirtschaftskreislauf | 43 |

| | |
|--|-----------|
| 7.3 Wirtschaftskreislauf mit GKV | 47 |
| 7.4 Übungen zum Lernabschnitt 7 | 48 |
| 8 Bruttoinlandsprodukt | 49 |
| 8.1 Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts | 49 |
| 8.2 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen | 51 |
| 8.3 Berechnungsarten des Bruttoinlandsprodukts | 53 |
| 8.3.1 Entstehungsrechnung | 53 |
| 8.3.2 Verwendungsrechnung | 54 |
| 8.3.3 Verteilungsrechnung | 56 |
| 8.3.3.1 Funktionelle Einkommensverteilung | 56 |
| 8.3.3.2 Personelle Einkommensverteilung | 59 |
| 8.4 Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt | 63 |
| 8.5 Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaßstab | 63 |
| 8.6 Übungen zum Lernabschnitt 8 | 66 |
| 9 Steuern | 66 |
| 9.1 Steuerbegriff und Einteilung der Steuern | 66 |
| 9.2 Ziele der Steuerpolitik | 70 |
| 9.3 Anteil einzelner Steuern am Steueraufkommen | 71 |
| 9.4 Einkommensteuer | 72 |
| 9.4.1 Gegenstand | 72 |
| 9.4.2 Steuertarif | 74 |
| 9.4.3 Ehegattensplitting | 75 |
| 9.4.4 Verteilungseffekte | 77 |
| 9.5 Lohnsteuer | 77 |
| 9.5.1 Grundlagen | 77 |
| 9.5.2 Lohnsteuerklassen | 79 |
| 9.5.3 Lohnsteuerabzugsverfahren | 80 |
| 9.6 Abgeltungsteuer | 80 |
| 9.7 Solidaritätszuschlag | 81 |
| 9.8 Körperschaftsteuer | 81 |
| 9.9 Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) | 82 |

| | |
|--|------------|
| 9.10 Spezielle Verbrauchsteuern | 84 |
| 9.11 Gewerbesteuer | 86 |
| 9.12 Grundsteuer | 86 |
| 9.13 Steueränderungen und ihre Auswirkungen | 87 |
| 9.14 Reformen im Steuerrecht | 88 |
| 9.15 Übungen zum Lernabschnitt 9 | 89 |
| 10 Zusammenfassende Selbstkontrolle | 90 |
| 11 Lösungen zu den Übungen im Text | 92 |
| 12 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle | 101 |

1 Einleitung

Aufbauend auf dem Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 1“, in dem wir uns mit den Aufgaben der Wirtschaft, den Wirtschaftsordnungen und den Produktionsfaktoren beschäftigt haben, wenden wir uns nun u.a. der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden alle Wirtschaftseinheiten mit ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten erfasst. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ermöglicht es, ein umfassendes Gesamtbild über das wirtschaftliche Geschehen in einem Land zu bekommen.

Ausführlich beschäftigen wir uns z.B. mit den Aufgaben und Zielen der privaten Haushalte und der Unternehmen. Außerdem zeigen wir auf, welche Beziehungen zwischen den privaten Haushalten und den Unternehmen bestehen und wie der Staat in das wirtschaftliche Geschehen eingebettet ist. Weiterhin werden wir uns mit dem Bruttoinlandsprodukt befassen. Dazu erhalten Sie auch einen Überblick über die Einkommensbegriffe und Definitionen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die innerhalb der EU einheitlich festgelegt wurden.

Ein weiterer wichtiger Themenkreis sind die Steuern. Wir werden die wichtigsten Steuerarten erläutern und nach verschiedenen Kriterien einteilen. Welche Auswirkungen haben Steueränderungen auf die Unternehmen und privaten Haushalte, und warum sind z.B. Steuererhöhungen oder -senkungen erforderlich? Sie erhalten auch einen Überblick über die aktuelle steuerpolitische Diskussion.

Bei der Erarbeitung der Themen in diesem Lernbrief wünschen wir Ihnen viel Spaß und Erfolg.

Hinweis

Haben Sie Tipps, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge zu den Inhalten des Lernbriefs? Dann zögern Sie nicht, uns anzusprechen.

2 Lernziele

Nach Durcharbeiten dieses Lernbriefs sollen Sie in der Lage sein,

- die Wirtschaftssektoren private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Haushalte hinsichtlich ihrer Ziele und ihrer Aufgaben im Wirtschaftsprozess zu unterscheiden,
- die Eigenschaft der Unternehmen als Entscheidungsträger im Wirtschaftsprozess zu erläutern,
- die Einkommen der privaten Haushalte nach deren Herkunft und Verwendungsmöglichkeiten einzuteilen,
- die öffentlichen Haushalte und ihre Funktionen im Wirtschaftsprozess darzustellen,
- das Zusammenwirken der verschiedenen Wirtschaftssektoren im Wirtschaftskreislauf zu beschreiben,
- die verschiedenen Berechnungsarten des Bruttoinlandsprodukts zu erklären,
- die Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft zu beschreiben,
- das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für den Wohlstand in einer Volkswirtschaft einzuschätzen,
- in Grundzügen die wichtigsten Steuerarten darzustellen und nach verschiedenen Gesichtspunkten einzuteilen,
- die Funktionen der Steuern zu erläutern,
- Auswirkungen von Steueränderungen zu erklären sowie
- aktuelle steuerpolitische Diskussionen nachvollziehen zu können.

3 Wirtschaftseinheiten im Überblick

Wie Sie bereits aus dem Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“ wissen, legt der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft den allgemeinen Ordnungsrahmen fest und greift zudem an vielen Stellen unmittelbar in den Marktmechanismus ein. Damit die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger sachgerechte Maßnahmen ergreifen können, benötigen sie eine zuverlässige und aussagekräftige Datengrundlage. Sie müssen beispielsweise wissen, wie stark die Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr gewachsen ist, welche Wirtschaftsbereiche an Bedeutung gewonnen oder verloren haben und wie sich die Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft entwickelt hat.

Diese Informationen bereitzustellen, ist die wesentliche Aufgabe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die man als die Buchhaltung der Volkswirtschaft ansehen kann und die viele Parallelen zur Buchhaltung eines Unternehmens aufweist. Natürlich kann eine volkswirtschaftliche Buchhaltung nicht die unüberschaubare Vielzahl der individuellen Wirtschaftspläne bzw. -handlungen berücksichtigen. Deshalb fasst man in einem ersten Schritt gleichartige Wirtschaftseinheiten zu Wirtschaftssektoren zusammen.

Mit diesen Wirtschaftseinheiten werden wir uns in den folgenden Abschnitten etwas detaillierter beschäftigen.

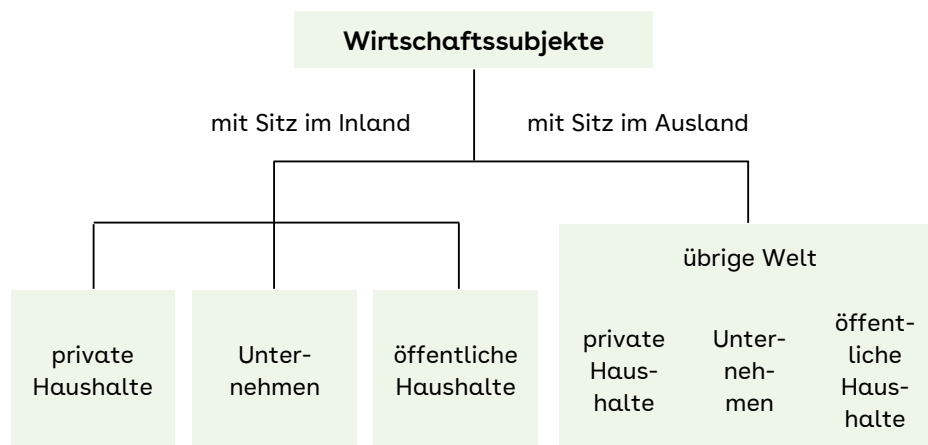
3.1 Grunddefinitionen

Wie Sie bereits im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“, erfahren haben, sind am wirtschaftlichen Geschehen zahlreiche Akteure beteiligt, die man allgemein als Wirtschaftssubjekte bezeichnet. Grundsätzlich werden wir in diesem Lernbrief zwischen Unternehmen, privaten Haushalten und öffentlichen Haushalten unterscheiden. Diese drei Gruppen von Wirtschaftssubjekten verfolgen unterschiedliche Ziele und nehmen in einer Volkswirtschaft unterschiedliche Funktionen wahr. Unter den Punkten 4, 5 und 6 dieses Lernbriefs sind die Besonderheiten dieser drei Gruppen von Wirtschaftssubjekten genauer erläutert.

Zudem ist die Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Wirtschaftssubjekten von Bedeutung. Üblicherweise werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung alle ausländischen Wirtschaftssubjekte zusammengefasst betrachtet. Man spricht dabei von der „übrigen Welt“.

Die Einteilung in inländische und ausländische Wirtschaftssubjekte erfolgt bei den privaten Haushalten grundsätzlich nicht nach der Nationalität, sondern nach dem gewöhnlichen Aufenthaltsort (Wohnsitz). Folglich werden alle in Deutschland lebenden Menschen als Inländer betrachtet, auch wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland werden hingegen der übrigen Welt zugeordnet.

Bei den Unternehmen erfolgt die Einteilung in inländische und ausländische Wirtschaftssubjekte nicht nach der Nationalität der Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern nach dem Unternehmenssitz. So zählt beispielsweise eine in Deutschland ansässige Tochtergesellschaft eines US-amerikanischen Unternehmens in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den inländischen Unternehmen.



3.2 Wirtschaftssectoren in der amtlichen Statistik

Um internationale Vergleiche zu erleichtern, haben sich die Staaten auf einheitliche Grundsätze verständigt, nach denen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgestellt werden. Die Staaten der EU verwenden das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG), das wiederum auf Empfehlungen der Vereinten Nationen basiert. In der Bundesrepublik Deutschland wird die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vom Statistischen Bundesamt erstellt, das seinen Sitz in Wiesbaden hat. Die Grundsätze der VGR werden in größeren Abständen aktualisiert. Im September 2014 traten die Regelungen des ESGV 2010 in Kraft, die auch eine nachträgliche Anpassung bereits veröffentlichter Daten an die neuen Bestimmungen mit sich brachten. Weitere Generalrevisionen folgten in den Jahren 2019 und 2024.

Im ESGV werden die Wirtschaftssubjekte zu insgesamt sechs Wirtschaftssektoren zusammengefasst. Die Einteilung weicht in zwei Bereichen von der auf Seite 6 dieses Lernbriefs dargestellten Unterscheidung zwischen Unternehmen, privaten Haushalten und öffentlichen Haushalten ab.

Erstens wird zwischen privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unterschieden. Zu den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zählen etwa die politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Vereine.

Zweitens werden die produzierenden Wirtschaftssubjekte unterschiedlichen Wirtschaftssektoren zugeordnet, wobei sich die Einteilung zum einen auf die Rechtsform und zum anderen auf den Tätigkeitsbereich der Wirtschaftssubjekte bezieht. Gemäß der Rechtsform wird zwischen Kapitalgesellschaften und Nicht-Kapitalgesellschaften unterschieden. Zu den Nicht-Kapitalgesellschaften zählen Einzelunternehmen und Selbstständige, also beispielsweise ein Landwirt, eine Ärztin, ein Rechtsanwalt oder eine selbstständige Einzelhändlerin. Sie werden im ESGV dem Wirtschaftssektor private Haushalte zugeordnet, obwohl es sich von der Funktion her um Unternehmen handelt.

Alle sonstigen Unternehmen werden gemäß ihrer Tätigkeit in finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften eingeteilt. Finanzielle Kapitalgesellschaften sind im Wesentlichen Banken und Versicherungen sowie verwandte Unternehmen („Hilfsgewerbe“), beispielsweise Börsen, Börsenmakler, Investmentfonds und Pensionskassen.

Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen schließlich alle Unternehmen, die weder im finanziellen Sektor der Volkswirtschaft tätig sind noch als Einzelunternehmen geführt werden. Hierbei handelt es sich neben den eigentlichen Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) auch um sogenannte Quasi-Kapitalgesellschaften (OHG, KG) sowie die rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe des Staats und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. städtische Wasserwerke sowie Krankenhäuser und Pflegeheime in Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbands).

Mehr über die unterschiedlichen Rechtsformen von Unternehmen erfahren Sie im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 4“.



Die folgende Übersicht zeigt die Wirtschaftssektoren gemäß ESVG und die vereinfachte Zuordnung der einzelnen Wirtschaftseinheiten zu den drei Wirtschaftssektoren Unternehmen, private Haushalte und öffentliche Haushalte.

Wirtschaftssektoren gemäß ESVG

| Wirtschaftssektoren gemäß ESVG | Wirtschaftseinheiten | vereinfachte Einteilung |
|--|---|-------------------------------|
| private Organisationen ohne Erwerbszweck | Kirchen, gemeinnützige Organisationen, Parteien, Vereine | private Haushalte |
| private Haushalte | unselbstständig Beschäftigte | |
| | Selbstständige (z.B. Ärzte, Rechtsanwältinnen), Einzelunternehmer (z.B. Gastwirte, Einzelhändlerinnen) | Unternehmen |
| | finanzielle Kapitalgesellschaften | |
| | nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften | |
| Staat (öffentliche Haushalte) | Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger | Staat (öffentliche Haushalte) |
| übrige Welt | Unternehmen, private Haushalte und öffentliche Haushalte mit Sitz im Ausland, internationale Organisationen (einschließlich EU) | übrige Welt |

4 Wirtschaftssubjekte „Unternehmen“

Im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“, haben Sie erfahren, dass man die produzierenden Einheiten einer Volkswirtschaft dem primären, sekundären und tertiären Sektor zuordnen kann. Um Verwechslungen mit dem doppelt besetzten Begriff Wirtschaftssektor zu vermeiden, spricht die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) hier nicht von Sektoren, sondern von Wirtschaftsbereichen. Mehr über die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche an der volkswirtschaftlichen Produktion erfahren Sie unter Pkt. 8 dieses Lernbriefs.

Hinweis zu den VGR-Daten

Die in diesem Lernbrief aufgeführten Daten basieren auf dem ESVG 2010 sowie der Revision 2024, wodurch sich teilweise Unterschiede zu Veröffentlichungen älteren Datums (einschließlich früherer Ausgaben dieses Lernbriefs) ergeben.

4.1 Grundfunktionen der Unternehmen

Der Begriff „Unternehmen“ wird in der betriebswirtschaftlichen Literatur nicht einheitlich verwendet. In diesem Lernbrief bezeichnen wir mit dem Begriff „Unternehmen“ eine organisatorische Einheit, die Sachleistungen und/oder Dienstleistungen für den Bedarf Dritter produziert und am Markt absetzt. Häufig wird anstelle des Begriffs „Unternehmen“ auch der Begriff „Unternehmung“ verwendet. Hingegen kennzeichnet der Begriff „Betrieb“ in diesem Lernbrief den Ort der Leistungserstellung, beispielsweise ein Fabrikgebäude. Der im Sprachgebrauch häufig verwendete Begriff „Firma“ bezeichnet den Namen des Unternehmens.

Beispiel

Die Volkswagen AG ist ein Unternehmen, das Kraftfahrzeuge produziert. Diese Produktion erfolgt in mehreren Betrieben (Werken).

Unternehmen/ Unternehmung

bezeichnet die
organisatorische
Einheit

Betrieb

bezeichnet den
Ort der Leis-
tungserstellung

Firma

bezeichnet den
Namen des
Unternehmens

Produktion im wirtschaftlichen Sinn bedeutet Herstellung und Verteilung von Sachgütern und Dienstleistungen. Die Unternehmen sind auf den Märkten der Volkswirtschaft sowohl Anbieter von als auch Nachfrager nach wirtschaftlichen Leistungen. In den Unternehmen sind Entscheidungen zu treffen,

- an welchem Standort,
- in welchen Mengen,
- welche Produkte,
- mit welcher Technik und
- mit welcher Kombination von Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Betriebsmittel und Werkstoffe)

hergestellt werden sollen.

Die vier betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit (leitende und ausführende Arbeit), Betriebsmittel und Werkstoffe haben Sie bereits im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“, kennengelernt.

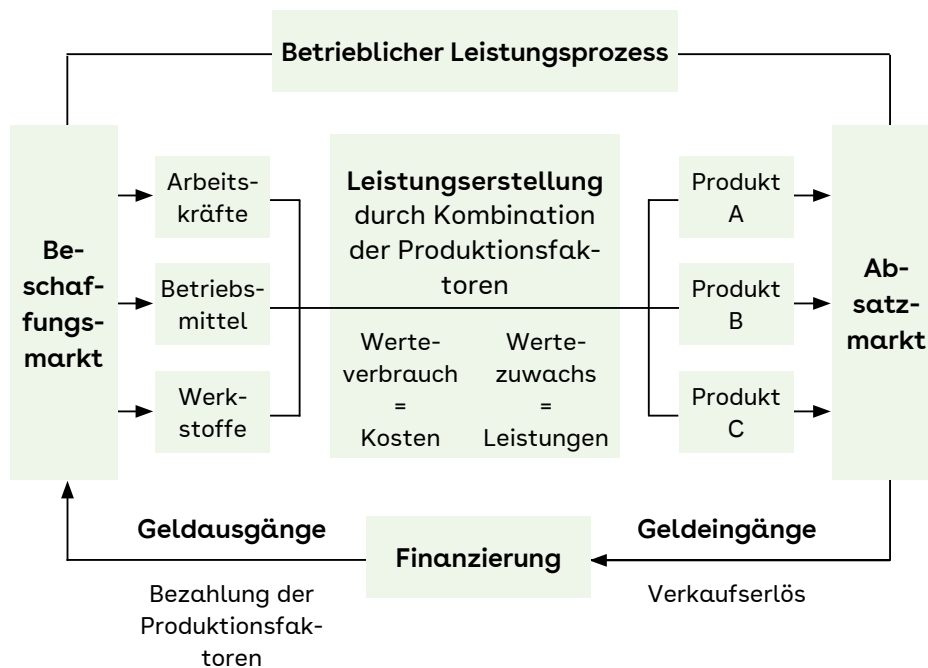


Außerdem sind Entscheidungen zu treffen, die den Absatz der Güter auf den Märkten (Preise, Vertriebs- und Transportwege) betreffen.

Für die Unternehmen gelten folgende betriebswirtschaftliche Grundfunktionen:

- Beschaffung von Produktionsfaktoren
- Leistungserstellung (Produktion)
- Absatz (Vertrieb und Transport) sowie
- Finanzierung

Der betriebliche Leistungserstellungsprozess lässt sich wie folgt darstellen:



Funktionsbereich „Beschaffung“

Die Aufgabe der Beschaffung besteht darin, die Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Betriebsmittel und Werkstoffe) in der notwendigen Menge und Qualität zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort bereitzustellen. Die für den Leistungserstellungsprozess benötigten Produktionsfaktoren fragen die Unternehmen bei den privaten Haushalten oder anderen Unternehmen nach. Sie müssen hierfür entsprechende Entgelte wie Löhne, Gehälter, Mieten, Zinsen usw. zahlen.

Funktionsbereich „Produktion“

Der Produktionsprozess ist eine Kombination von Produktionsfaktoren mit dem Ziel der Herstellung von Gütern. Durch die Produktion werden Produktionsfaktoren verbraucht. Dieser in Geldeinheiten ausgedrückte Werteverbrauch wird als Kosten bezeichnet. Gleichzeitig werden neue Güter geschaffen, die als Wertezuwachs bzw. Leistungen bezeichnet werden.

Merke

Bei der Leistungserstellung in Unternehmen werden Produktionsfaktoren verbraucht. Den in Geldeinheiten bewerteten Verbrauch bezeichnet man als Kosten. Die durch die Produktion neu geschaffenen Werte (Sachgüter und Dienstleistungen) bezeichnet man als Leistungen.

Funktionsbereich „Absatz“

Die hergestellten Güter müssen am Markt verkauft werden und es werden dabei Erlöse erzielt. Die Verteilung und der Verkauf der Güter ist Aufgabe des Funktionsbereichs Absatz. Die nicht-verkauften Erzeugnisse (nur Sachgüter) werden auf Vorrat gelagert. Über die Erlöse aus dem Verkauf der Güter fließen dem Unternehmen Geldmittel zu und ermöglichen damit die Fortsetzung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen.

Funktionsbereich „Finanzierung“

Aufgabe der Finanzierung ist es, dafür zu sorgen, dass dem Unternehmen jederzeit genügend Geldkapital zur Verfügung steht und es seine Zahlungsverpflichtungen termingerecht erfüllen kann (Liquiditätssicherung). Näheres hierzu erfahren Sie im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 3“. Zum Geldkapitalbedarf des Unternehmens gehören:

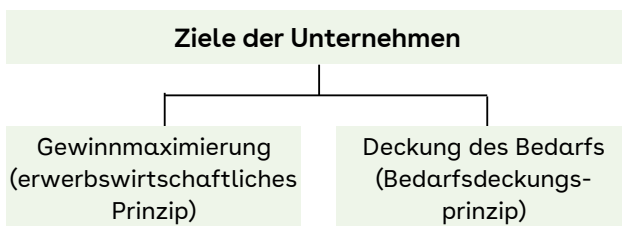
- die Finanzierung der langlebigen Produktionsfaktoren wie Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge usw.
- die Finanzierung der laufenden Betriebstätigkeit; sie umfasst die Ausgaben für den Rohstoff- und Materialeinkauf, die Personalkosten, evtl. Ausgaben für Reparaturen usw.

Merke

Alle Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland werden zur Gruppe der Wirtschaftssubjekte „Unternehmen“ zusammengefasst. Sie produzieren Sachgüter und Dienstleistungen durch Kombination der Produktionsfaktoren. Die produzierten Sachgüter und Dienstleistungen werden auf den Märkten abgesetzt.

4.2 Ziele der Unternehmen

Die Unternehmen verfolgen mit ihrer Tätigkeit bestimmte Ziele. Grundsätzlich können Unternehmen folgende Ziele anstreben:



Das erwerbswirtschaftliche Prinzip ist das Leitprinzip aller Unternehmen, deren wirtschaftliche Betätigung auf die Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Gewinne können Unternehmen allerdings nur dann erzielen, wenn ihre Produkte auf den Gütermärkten nachgefragt werden. Die Bedarfsdeckung ist Mittel zum Zweck der Gewinnerzielung, d.h., auch das nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip arbeitende Unternehmen muss seine Produktion am Bedarf ausrichten, um sein Ziel der Gewinnmaximierung zu erreichen.

Beim Gewinnziel wird zwischen der kurzfristigen und der langfristigen Gewinnmaximierung unterschieden. In bestimmten Fällen kann es für ein Unternehmen sinnvoll sein, kurzfristig auf Gewinne zu verzichten, um dafür seine langfristigen Gewinnerzielungsmöglichkeiten zu verbessern. Beispielsweise kann ein Unternehmen ein neues Produkt zu einem besonders niedrigen Preis anbieten, bei dem es keinen oder nur einen sehr geringen Gewinn erzielt. Das Unternehmen erhofft sich jedoch, dass viele Nachfrager das neue Produkt wegen des niedrigen Preises testen, Gefallen an diesem Produkt finden und es in Zukunft regelmäßig kaufen, sodass langfristig der Gewinn des Unternehmens steigt. Grundsätz-

lich kann man davon ausgehen, dass die meisten Unternehmen langfristige Gewinnziele verfolgen.

Das nach dem bedarfswirtschaftlichen Prinzip arbeitende Unternehmen strebt eine optimale Deckung vorhandener Bedarfe in der Volkswirtschaft an. Hierfür muss definiert werden, was als Bedarf anzusehen ist. Dies geschieht meist durch politische Entscheidungen, so z.B. im Bereich der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung. Die Erzielung eines Überschusses ist hier kein unmittelbar angestrebtes Ziel; sie wird jedoch als Nebenergebnis durchaus geduldet. Auch die AOK, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem Staatssektor zugerechnet wird (gemäß ESVG), arbeitet nach dem bedarfswirtschaftlichen Prinzip. Der Gesetzgeber hat den Aufgabenbereich und die Leistungen der AOK im SGB definiert, d.h., der Gesetzgeber hat festgelegt, welchen Bedarf die AOK zu decken hat. Es ist nun Aufgabe der AOK, ihre Einnahmen (Beiträge) und Ausgaben hierfür so zu kalkulieren, dass sie ihren Gesetzauftrag „Schutz im Falle von Krankheit“ optimal erfüllen kann, dabei keine Überschüsse erwirtschaftet, aber die Kosten decken kann. Deshalb findet man in der Literatur auch häufig den Begriff „Kostendeckungsprinzip“.

4.3 Einteilung der Unternehmen

Unternehmen können eingeteilt werden nach:

- der Leistung
- den verschiedenen Wirtschaftsbe-
reichen
- dem Einsatz der Produktionsfaktoren
- den Eigentumsverhältnissen

Leistung

Unternehmen können nach der Leistung (den Gütern) in Sachleistungs- und Dienstleistungsbetriebe eingeteilt werden. Sachleistungsbetriebe stellen Produktions- oder Konsumgüter her. Dienstleistungsbetriebe erstellen Dienstleistungen für die privaten und öffentlichen Haushalte sowie für andere Unternehmen verschiedener Wirtschaftsbereiche.

Wirtschaftsbereiche

Die verschiedenen Wirtschaftsbereiche haben sich im Lauf der Zeit aufgrund der Arbeitsteilung in der Wirtschaft entwickelt. Im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“ haben Sie bereits einiges zur Arbeitsteilung und zu den Wirtschaftsbereichen erfahren.

Einsatz der Produktionsfaktoren

Nach dem Einsatz der Produktionsfaktoren können Unternehmen in arbeits- oder kapitalintensive Unternehmen unterschieden werden. Bei arbeitsintensiven Unternehmen überwiegt der Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit im Herstellungsprozess, d.h., sie haben einen besonders hohen Lohnkostenanteil an den gesamten Produktionskosten. Arbeitsintensive Unternehmen sind z.B. das Handwerk sowie die meisten Dienstleistungsbetriebe. Bei den kapitalintensiven Unternehmen überwiegt der Einsatz des Produktionsfaktors Kapital (Sachkapital). Hauptkostenfaktoren sind die Kapitalkosten, wie Abschreibungen, Zinsen oder die Kosten für Werkstoffe. Kapitalintensive Unternehmen finden sich z.B. in der Stahlindustrie, Elektroindustrie, chemischen Industrie und Aluminiumindustrie.

Die Unterscheidung in arbeits- und kapitalintensive Unternehmen ist für die AOK von Bedeutung, weil die Beiträge für den Krankenversicherungsschutz der AOK ausschließlich nach der Höhe der Arbeitseinkommen berechnet werden, also von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit abhängig sind.

Eigentumsverhältnisse

Nach den Eigentumsverhältnissen werden private und öffentliche Unternehmen unterschieden. Bei privaten Unternehmen gehört der überwiegende Teil des Eigenkapitals privaten Haushalten, während bei öffentlichen Unternehmen ein öffentlicher Haushalt Hauptkapitalgeber ist. Private Unternehmen arbeiten nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip, während öffentliche Unternehmen meist nach dem bedarfswirtschaftlichen Prinzip arbeiten. Auch öffentliche Unternehmen stellen marktfähige Güter und Dienstleistungen her und streben damit eine bedarfsgerechte Versorgung der privaten Haushalte und auch der privaten Unternehmen an. Zumeist handelt es sich um lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen (z.B. Wasser, Kanalisation, Abfallentsorgung). Leitprinzip der Preisgestaltung öffentlicher Unternehmen ist die Kostendeckung, d.h., öffentliche Unternehmen verlangen meist nur kostendeckende Preise für die von ihnen angebotenen Güter und Dienstleistungen.

Merke

Unternehmen können eingeteilt werden nach

- der Leistung,
- den verschiedenen Wirtschaftsbereichen,
- dem Einsatz der Produktionsfaktoren,
- den Eigentumsverhältnissen.



4.4 Übungen zu den Lernabschnitten 3 und 4

Übung 1

Ordnen Sie die genannten Wirtschaftseinheiten den Wirtschaftssektoren gemäß ESVG sowie – gemäß der vereinfachten Einteilung – einer der drei Gruppen private Haushalte, Unternehmen und Staat (öffentliche Haushalte) zu.

| Wirtschaftseinheiten | Wirtschaftssektor gemäß ESVG | vereinfachte Einteilung der Wirtschaftssubjekte |
|--------------------------------------|------------------------------|---|
| Banken | | |
| selbständige Einzelhändler | | |
| Gewerkschaften | | |
| Sozialversicherungsträger | | |
| Bauunternehmen (AG) | | |
| kommunales Wasserwerk (Eigenbetrieb) | | |

Übung 2

Erläutern Sie, welche Wirtschaftssubjekte am Wirtschaftsprozess in der Volkswirtschaft beteiligt sind.

Übung 3

Nennen Sie die vier betriebswirtschaftlichen Grundfunktionen und stellen Sie in groben Zügen den betrieblichen Leistungserstellungsprozess dar.

Übung 4

Erläutern Sie das erwerbswirtschaftliche Prinzip.

Übung 5

Erläutern Sie, nach welchem wirtschaftlichen Prinzip die AOK arbeitet.

Übung 6

Ordnen Sie die folgenden Unternehmen nach den Kriterien Leistung, Einsatz der Produktionsfaktoren und Eigentumsverhältnisse ein:

- a) Friseursalon Müller GmbH
- b) Kommunale Wasserwerke X-Stadt
- c) Chemische Werke CHEMIE AG
- d) Krankenhaus Y-Stadt GmbH

5 Wirtschaftssubjekte „Private Haushalte“

Prüfen Sie, in welchen Bereichen die Einteilung nicht eindeutig ist und ggf. auch andere Zuordnungen vorgenommen werden können.

Übung 7

Erörtern Sie, welche Bedeutung die Unterscheidung in arbeits- und kapitalintensive Unternehmen für die AOK hat.

Übung 8

Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen den Eigentumsverhältnissen von Unternehmen und den jeweils verfolgten Zielen.

5.1 Grundfunktionen der privaten Haushalte

Alle privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland werden zu dem Wirtschaftssektor „Private Haushalte“ zusammengefasst. Der private Haushalt ist Anbieter und Nachfrager von wirtschaftlichen Leistungen zugleich. Als Entscheidungsträger im Wirtschaftsprozess erwirbt und verwendet er Einkommen.

Die privaten Haushalte stellen den Unternehmen und teilweise auch den öffentlichen Haushalten Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) zur Verfügung. Das Entgelt, das sie hierfür erhalten, nennt man Faktoreinkommen. Darüber hinaus können private Haushalte Transfereinkommen beziehen. Darunter sind solche Einnahmen zu verstehen, die vom Staat an die privaten Haushalte fließen und denen keine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung gegenübersteht (z.B. Bürgergeld). Die privaten Haushalte erhalten Transfereinkommen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen (z.B. Bedürftigkeit beim Bürgergeld).

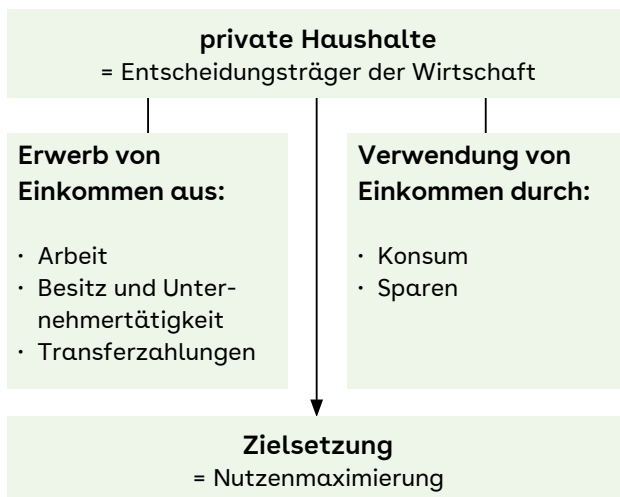
Merke

Unter Faktoreinkommen sind Einnahmen zu verstehen, die private Haushalte aus der Zurverfügungstellung der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital erzielen.

Transfereinkommen sind solche Einnahmen, die vom Staat an die privaten Haushalte fließen und denen keine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung gegenübersteht.

Als Zielsetzung seiner wirtschaftlichen Aktivitäten strebt der private Haushalt eine Maximierung seines Nutzens an. Nutzen ist definiert als materieller oder immaterieller Wertegewinn. Es ist jedoch häufig schwierig, den Nutzen in Form wirtschaftlicher Größen auszudrücken. Vereinfacht lässt sich jedoch der höhere Nutzen mit einer besseren Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen erklären.

Einkommen, die die privaten Haushalte erwerben, können entweder konsumiert oder gespart werden.



5.2 Private Haushalte als Einkommensbezieher

Als Gegenleistung für die Zurverfügungstellung der Produktionsfaktoren an die Unternehmen erhalten die privaten Haushalte sogenannte Faktoreinkommen. Faktoreinkommen sind Einkommen, die aufgrund einer unmittelbaren wirtschaftlichen Gegenleistung erzielt werden. Sie werden häufig auch als Primäreinkommen bezeichnet. Die gesamten Faktoreinkommen der privaten Haushalte können sich wie folgt zusammensetzen:

- Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, z.B. Lohn, Gehalt
- Einkommen aus selbstständiger Arbeit, z.B. Gewinn eines Unternehmers oder einer Unternehmerin
- Einkommen aus Sach- und Geldkapital, z.B. Dividenden, Zinsen
- Einkommen aus Vermögen an Grund und Boden, z.B. Miete, Pacht

Die privaten Haushalte können damit aus insgesamt vier Quellen Faktoreinkommen beziehen. Darüber hinaus können sie die bereits angesprochenen Transfereinkommen von den öffentlichen Haushalten erhalten, die man auch als Sekundäreinkommen bezeichnet. Zu den Transfereinkommen zählen u.a. Krankengeld, Elterngeld, Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Renten, Pensionen, Bürgergeld sowie Wohngeld.

Die meisten privaten Haushalte erzielen Einkommen aus mehreren Quellen. Bei den privaten Haushalten der Arbeitnehmer dominiert das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, während bei den Selbstständigenhaushalten das Einkommen aus selbstständiger Arbeit (Unternehmertätigkeit) und aus Vermögen dominiert.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Transfereinkommen

Die Höhe der Faktoreinkommen ergibt sich aus der Leistung, die ein privater Haushalt am Markt erbringen kann. Allerdings gibt es manche Haushalte, die am Markt kein oder nur ein geringes (Arbeits-)Einkommen erzielen können (z.B. kranke oder behinderte Menschen). Zudem können gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen (z.B. hohe Arbeitslosigkeit) dazu führen, dass auch leistungsfähige Haushalte kein oder nur ein geringes Faktoreinkommen erzielen.

Hier greift der Staat korrigierend ein. Kranke Menschen erhalten Leistungen aus der Sozialversicherung und Bedürftige u.a. Bürgergeld und Wohngeld. Diese Leistungen werden aus Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen finanziert. Die Transfereinkommen sollen insbesondere bewirken, dass die Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen können.

5.3 Verfügbares Einkommen

Der wirtschaftliche Wohlstand eines privaten Haushalts ist überwiegend von der Einkommenshöhe abhängig. Das Gesamteinkommen kann sich dabei aus unterschiedlichen Einkommensarten (z.B. Lohn oder Gehalt, Zinsen aus Sparguthaben, Einnahmen aus einer vermieteten Wohnung) zusammensetzen. Außerdem können vom Staat Transferzahlungen (Übertragungen), z.B. Kindergeld, hinzukommen. Das für den Haushalt verbleibende verfügbare Einkommen wird dann wie folgt ermittelt:

Bruttoeinkommen (Faktoreinkommen)

| | |
|------|--|
| . /. | direkte Steuern |
| . /. | Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmeranteile) |
| = | Nettoeinkommen |
| + | Transfereinkommen |
| = | verfügbares Einkommen |
| . /. | Sparen |
| = | Konsumsumme |

Vom Bruttoeinkommen der privaten Haushalte werden die direkten Steuern (z.B. Lohnsteuer, vgl. Punkt 9 dieses Lernbriefs) sowie die Arbeitnehmeranteile der Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Dies ergibt dann das sogenannte Nettoeinkommen. Zum Nettoeinkommen werden die Transfereinkommen hinzugegerechnet. Der so ermittelte Betrag stellt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dar. Das verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte ist eine wichtige volkswirtschaftliche Größe, denn es ist das Einkommen, das den privaten Haushalten zum Konsum und/oder zum Sparen zur Verfügung steht.

Merke

Verfügbares Einkommen ist die Summe aller Einkommen, die dem privaten Haushalt zum Konsum und/oder zum Sparen zur Verfügung steht.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

| Jahr | 1991 | 2024 |
|-------------------------|---------|---------|
| Gesamt (in Mrd. Euro) | 1.004,5 | 2.506,3 |
| Pro Einwohner (in Euro) | 12.509 | 29.980 |

Verfügbares Einkommen gemäß Ausgabenkonzept. Die Beträge in der Tabelle beziehen sich auf das Nominaleinkommen. Angesichts des jährlichen Anstiegs des Preisniveaus ist der Anstieg der Kaufkraft geringer und mitunter kommt es sogar zu einem Rückgang der Kaufkraft.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt. Eigene Berechnungen. Werte für 2024 vorläufig.

5.4 Einteilung der privaten Haushalte

Die privaten Haushalte können nach verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt werden.

Nach der Zahl der Haushaltsmitglieder z.B. in:

- Ein-Personen-Haushalte
- Zwei-Personen-Haushalte
- Mehr-Personen-Haushalte

Im Jahr 2023 gab es in Deutschland rund 40,9 Mio. Haushalte. Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Während im Jahr 1991 33,6 % der Haushalte Ein-Personen-Haushalte waren, betrug dieser Anteil im Jahr 2023 bereits 41,1 %. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist im gleichen Zeitraum von 2,27 auf 2,03 gesunken. Die Aufteilung der Haushalte auf die einzelnen Haushaltstypen zeigt Ihnen die folgende Abbildung.

Private Haushalte in Deutschland nach Haushaltsgröße (2022)

| Ein-Personen-Haushalte | Mehr-Personen-Haushalte | | | |
|------------------------|-------------------------|---------|---------|-------|
| 41,1 % | | | | |
| | 2 Pers. | 3 Pers. | 4 Pers. | 5 + |
| | 33,5 % | 11,9 % | 9,5 % | 3,9 % |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Differenzen durch Rundungen.

Nach sozialen Gesichtspunkten z.B. in:

- Selbstständige
- Beamtinnen und Beamte
- Angestellte
- Arbeiterinnen und Arbeiter
- Pensionärinnen und Pensionäre
- Rentnerinnen und Rentner
- Arbeitslose

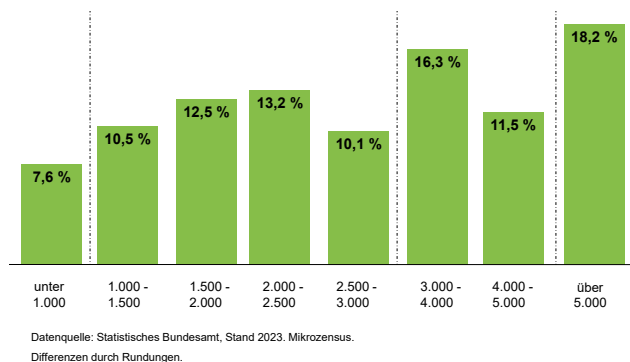
Ferner können die privaten Haushalte nach der Höhe des Einkommens eingeteilt werden.

Die Nettoeinkommen der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland weisen eine relativ große Bandbreite auf. Aus der folgenden Abbildung können Sie exemplarisch erkennen, wie groß im Jahr 2023 der Anteil der Haushalte in den einzelnen Einkommensklassen war.

Bei der Interpretation der Daten zum Haushaltseinkommen ist zu berücksichtigen, dass hier nicht nach Haushaltsgröße unterschieden ist. Das durchschnittliche Einkommen pro Haushaltsmitglied lässt sich zwar grundsätzlich berechnen, jedoch steigen die Kosten der Haushaltsführung nicht proportional zur Zahl der Haushaltsmitglieder. Beispielsweise benötigt sowohl der Ein-Personen- als auch der Zwei-Personenhaushalt jeweils

nur eine Küche. Zudem spielt das Alter der Haushaltsmitglieder eine Rolle und zwar sowohl bei der Einkommenserzielung (denken Sie etwa an Kinder im Haushalt) als auch beim Bedarf für die Lebenshaltung.

Private Haushalte in Deutschland nach Einkommensklassen (monatliches Nettoeinkommen in Euro)



Das Statistische Bundesamt ermittelt auch, aus welchen Quellen der Lebensunterhalt einer Person überwiegend bestritten wird. Die folgende Tabelle zeigt Ihnen beispielhaft die entsprechenden Anteile für 2023:

| Einkommensquellen | 2023 |
|--|--------|
| Einkommen aus Erwerbstätigkeit | 45,8 % |
| Unterstützungsleistungen durch Angehörige | 23,0 % |
| Renten, Pensionen und eigenes Vermögen | 22,2 % |
| Arbeitslosengeld I und II sowie sonstige Transfers | 8,4 % |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.
Differenzen durch Rundungen.

Schließlich liefert die amtliche Statistik Informationen über das durchschnittliche Haushaltsbruttoeinkommen und die Zusammensetzung dieses Einkommens. Die folgende Tabelle zeigt Ihnen die monatlichen Durchschnittswerte beispielhaft je Haushalt für das Jahr 2022.

| | Euro | Anteil in % |
|---|-------|-------------|
| Haushaltsbruttoeinkommen | 5.296 | 100 |
| Bruttoeinkommen aus Erwerbsarbeit (selbstständig und unselbstständig) | 3.366 | 63,6 |
| Einnahmen aus Vermögen | 469 | 8,9 |
| Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen | 1.185 | 22,4 |
| Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung | 277 | 5,2 |
| Haushaltseinkommen (nachrichtlich) | 4.056 | |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Laufende Wirtschaftsrechnungen.
Differenzen durch Rundungen.

Merke

Die privaten Haushalte können nach

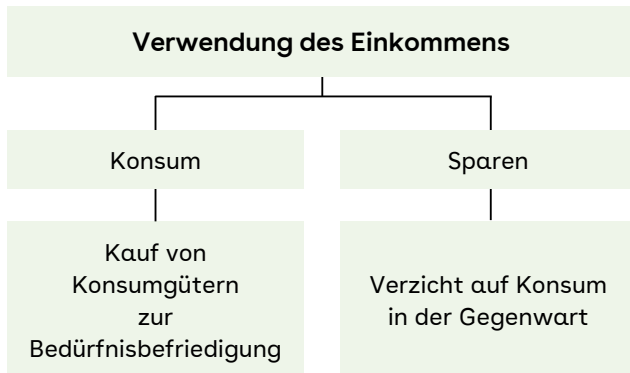
- der Zahl der Haushaltsmitglieder,
- nach sozialen Gesichtspunkten oder nach
- der Höhe des Einkommens

eingeteilt werden.

5.5 Private Haushalte als Einkommensverwender

Die privaten Haushalte können ihr Einkommen grundsätzlich

- konsumieren, also Konsumgüter kaufen, oder
- sparen, also in der Gegenwart auf Konsum verzichten.



Die Konsumquote stellt den prozentualen Anteil des verfügbaren Einkommens dar, welcher für den Konsum verwendet wird.

Beispiel

Ein Haushalt hat ein verfügbares Einkommen in Höhe von 2.400 €. Davon werden 1.800 € für den Konsum verwendet.

Folge

Dann berechnet sich die Konsumquote wie folgt:

$$\text{Konsumquote (K)} = \frac{\text{Konsum} \times 100}{\text{verfügbares Einkommen}}$$

$$K = \frac{1.800 \times 100}{2.400}$$

$$K = 75\%$$

Die Konsumquote beträgt 75 %.

Merke

Die Konsumquote bezeichnet den Quotienten aus Konsum und verfügbarem Einkommen. Sie sagt aus, wie viel Prozent des verfügbaren Einkommens für den Konsum verwendet wird.

Sparquote

Dies ist der prozentuale Anteil vom verfügbaren Einkommen, der gespart wird.

Beispiel

Ein Haushalt hat ein verfügbares Einkommen in Höhe von 2.400 €. Davon werden 600 € gespart, die Differenz (1.800 €) wird konsumiert.

Folge

Dann berechnet sich die Sparquote wie folgt:

$$\text{Sparquote (S)} = \frac{\text{Ersparnis} \times 100}{\text{verfügbares Einkommen}}$$

$$S = \frac{600 \times 100}{2.400}$$

$$S = 25\%$$

Die Sparquote beträgt 25 %.

Merke

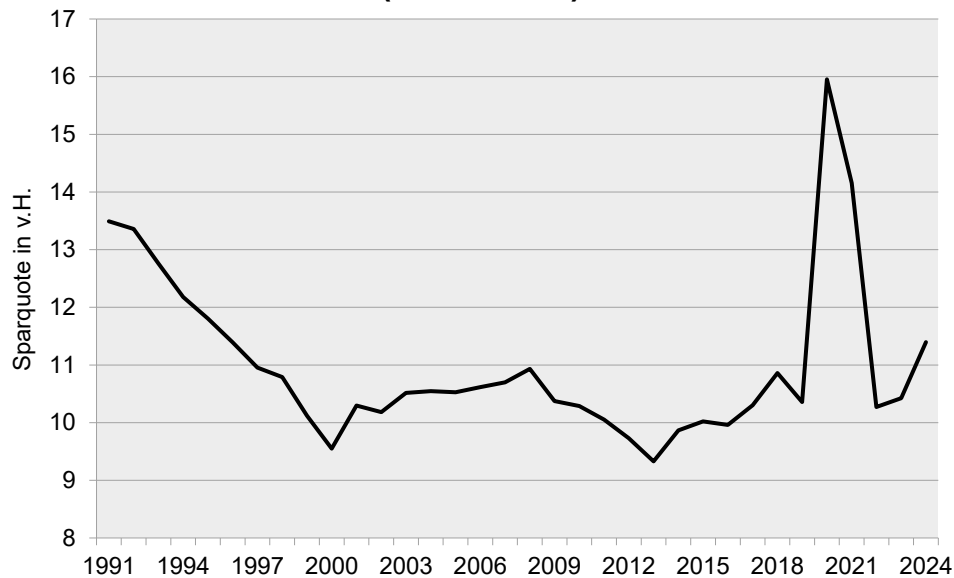
Die Sparquote stellt den Quotienten aus Ersparnis und verfügbarem Einkommen dar. Sie sagt aus, wie viel Prozent des verfügbaren Einkommens gespart wird. Die Addition von Konsum- und Sparquote muss immer 100 % ergeben.

Wenn die privaten Haushalte Geld sparen, dann geschieht dies nicht nur auf dem Sparsbuch bei der Bank oder Sparkasse. Die Formen des Sparens sind sehr unterschiedlich. Ein großer Teil der Bevölkerung spart z.B. in Bau-spar- oder Lebensversicherungsverträgen.



Während die privaten Konsumausgaben in den vergangenen Jahrzehnten jedes Jahr angestiegen sind, ist die gesamtwirtschaftliche Ersparnis deutlichen Schwankungen unterworfen. Die folgende Abbildung zeigt Ihnen die Entwicklung der Sparquote in den Jahren 1991 bis 2023:

Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland (1991-2024)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt.
Unterschiede zu älteren Quellen durch VGR-Revision 2024.

Für die Volkswirtschaft ist die Entwicklung des Sparverhaltens von besonderem Interesse, weil die privaten Ersparnisse zur Finanzierung von Investitionen dienen. Wie viel ein Haushalt von seinem verfügbaren Einkommen für Konsumgüterkäufe oder für Ersparnisse verwendet, ist im Wesentlichen von der Einkommenshöhe abhängig.

Grundsätzlich gilt, dass bei steigendem Einkommen die Ersparnisse der privaten Haushalte in stärkerem Maße steigen als der Verbrauch.

Beispielsweise betrug im Jahr 2018 die durchschnittliche Ersparnis eines Haushalts mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 2.000 und 2.600 € nur 71 €.

Bei Haushalten mit einem Einkommen zwischen 2.600 und 3.600 € betrug die Ersparnis bereits 185 € und bei Haushalten mit einem Einkommen zwischen 3.600 und 5.000 € sogar 459 €.

Der starke Anstieg der Sparquote im Jahr 2020 ist eine Folge der COVID-19-Pandemie. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen für Freizeitaktivitäten, Reisen und Einkäufe im stationären Handel fehlte vielen Haushalten die Möglichkeit zum Geldausgeben. Hinzu kommt, dass aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Aussichten in diesem Jahr auch ein Anstieg der Sparquote aus dem Vorsichtsmotiv plausibel ist.

Neben der Höhe des Einkommens beeinflussen noch folgende Größen die Konsum- und Spartätigkeit der privaten Haushalte:

- Entwicklung des Zinsniveaus
- Entwicklung der Inflationsrate
- wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Je höher der Zinssatz ist, desto mehr Geld hat ein Haushalt zukünftig zur Verfügung, wenn er heute Ersparnisse bildet, d.h. auf Konsumgüterkäufe verzichtet. Folglich ist der Anreiz zur Ersparnisbildung umso größer, je höher der Zinssatz ist. Die zukünftigen Konsummöglichkeiten werden aber nicht nur vom Zinssatz, sondern auch von der Entwicklung der Preise (Inflationsrate) beeinflusst. Dabei gilt, dass der Sparanreiz umso geringer ist, je höher die (erwartete) Inflationsrate liegt.

Angesichts der niedrigen Zinsen seit dem Beginn der Finanzmarkt- bzw. Euro-Krise im Jahr 2009 (siehe hierzu Lernbrief Teil 4) ist der Anreiz zur Ersparnisbildung in diesem Zeitraum tendenziell zurückgegangen.

Beispiel

Im Jahr 2023 beträgt der Preis eines Konsumguts 1 €. Ein Haushalt könnte mit 100 € also 100 Stück dieses Konsumguts kaufen.

Bei einem Zinssatz von 10 % besitzt der Haushalt nach einem Jahr 110 €. Bei unverändertem Preis des Konsumguts könnte er im Jahr 2024 110 Stück des Konsumguts kaufen.

Folge

Der Verzicht auf Konsum im Jahr 2023 würde also durch eine höhere Konsummenge im Jahr 2024 „belohnt“.

Stiege hingegen der Preis des Guts im Jahr 2024 auf 1,10 €, so könnte der Haushalt im Jahr 2024 nur 100 Stück des Guts konsumieren. Der Sparanreiz wäre vermutlich relativ gering.

Neben der Höhe des Zinssatzes und der Inflationsrate ist die Ersparnisneigung von den Erwartungen der Haushalte über ihre wirtschaftliche Zukunft abhängig. Wenn ein Haushalt befürchtet, in den kommenden Monaten oder Jahren arbeitslos zu werden, so wird

er vermutlich seine Ersparnis erhöhen, um die drohenden Einkommensausfälle bei Arbeitslosigkeit ausgleichen zu können. Gleiches gilt, wenn er eine zukünftige Kürzung staatlicher Transferzahlungen (Renten, Arbeitslosengeld) erwartet. Der Anstieg der Sparquote, der zwischen den Jahren 2000 und 2008 in Deutschland zu beobachten war, dürfte sowohl durch die hohe Arbeitslosigkeit als auch durch die vom Bundestag beschlossene Reduzierung des zukünftigen Rentenniveaus mit verursacht sein.

Lebenshaltung und Güterversorgung

Auch die Güterversorgung und die Ausgaben für die Lebenshaltung sind davon abhängig, welcher sozialen Schicht ein privater Haushalt zugerechnet werden kann. Viele Güter, die in früheren Jahren zu den Luxusgütern zählten (z.B. Fernseher), sind heute fast lebensnotwendige Güter geworden.

Auch die Ausgaben für die Lebenshaltung sind Anzeichen dafür, welcher sozialen Schicht und welchem Haushaltstyp der einzelne private Haushalt zugerechnet werden kann.

In welche Verwendungen die Konsumausgaben der privaten Haushalte fließen, zeigt das folgende Schaubild exemplarisch für das Jahr 2022.

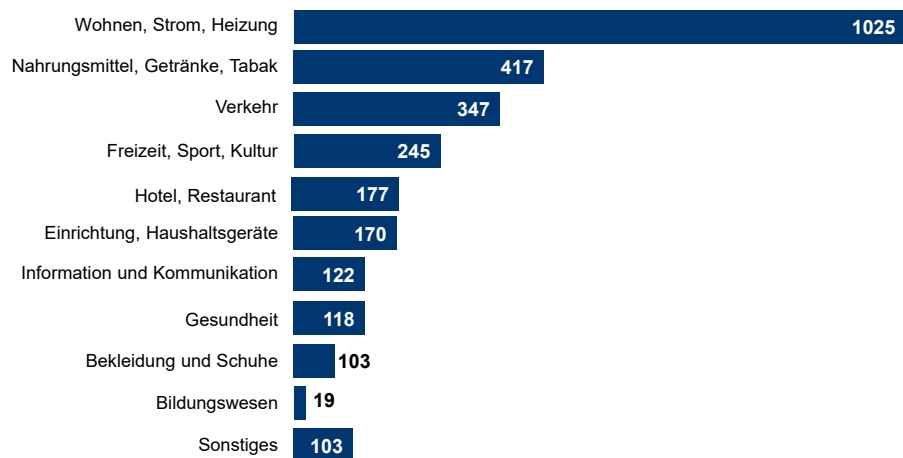
5.6 Auswirkungen von Einkommensänderungen

Da die wirtschaftliche Entwicklung nicht gleichmäßig verläuft, gibt es auch für die privaten Haushalte häufig Einkommensänderungen. Diese können verschiedene Ursachen haben, z.B. erfolgsabhängige Lohnbestandteile, Arbeitslosigkeit, Erhöhung von Steuern und Abgaben einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge.

Eine Erhöhung direkter Steuern (z.B. der Lohnsteuer) verringert bei gleichbleibendem Bruttoeinkommen das Nettoeinkommen des privaten Haushalts. Auch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge bei gleichbleibendem Bruttoeinkommen führt zu einem niedrigeren Nettoeinkommen.

Eine Erhöhung der Bruttoeinkommen kann auch dazu führen, dass ein privater Haushalt seinen Anspruch auf Transferzahlungen verliert bzw. sich dieser Anspruch verringert und damit das gesamte verfügbare Einkommen sinkt. Wegen der negativen Leistungsanreize, die in einem solchen Fall auftreten, sollten Transferzahlungen so ausgestaltet sein, dass bei einer Erhöhung der Bruttoeinkommen auch das Gesamteinkommen steigt. Dies ist aber nicht bei allen Transferzahlungen der Fall.

Durchschnittliche Verbrauchsausgaben privater Haushalte (Monatswerte im Jahr 2022 in Euro)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Laufende Wirtschaftsrechnungen.

Der private Haushalt kann auf eine Verringerung seines verfügbaren Einkommens reagieren, indem er sein Konsum- und/oder sein Sparverhalten ändert. Auch die Struktur des Konsums kann variiert werden. Allerdings kann der private Haushalt bei lebensnotwendigen Gütern, z.B. Wohnung, Kleidung und Nahrung, seinen Konsum nur geringfügig anpassen. Er kann etwa in eine preisgünstigere Wohnung umziehen, sofern er eine solche überhaupt bekommt, oder versuchen, seinen Kleidungs- und Nahrungsmittelbedarf durch geringwertigere (inferiore) Güter zu befriedigen. Auch eine Verringerung der Ersparnisse ist eine mögliche Reaktion.

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Art und Weise der Reaktion der privaten Haushalte auf Einkommensänderungen, und hier insbesondere bei Einkommensverringerungen, von der Höhe des verfügbaren Einkommens abhängig ist. Ein privater

Haushalt mit hohem Einkommen wird wahrscheinlich sein Konsumverhalten nur geringfügig ändern und zunächst seine Ersparnisbildung reduzieren. Ein privater Haushalt mit geringem Einkommen, der ohnehin nur wenig Ersparnisse bilden kann, wird voraussichtlich sowohl sein Konsum- als auch sein Sparverhalten anpassen müssen. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten werden alle privaten Haushalte bei Einkommensverringerungen vermutlich zuerst ihr Konsumverhalten ändern und evtl. versuchen, noch mehr zu sparen.

Merke

Die Art und Weise, in der private Haushalte auf Einkommensänderungen reagieren, ist abhängig von der Höhe des jeweils verfügbaren Einkommens.

5.7 Übungen zum Lernabschnitt 5

Übung 9

Erläutern Sie, welche wirtschaftlichen Leistungen der private Haushalt erbringen kann, um Einkommen zu erzielen, und wie dieses Einkommen bezeichnet wird.

Übung 10

Erläutern Sie, welche grundsätzlichen Funktionen der private Haushalt im Wirtschaftsprozess hat.

Übung 11

Erläutern Sie, welche Arten von Einkommen private Haushalte beziehen können.

Übung 12

Erläutern Sie, wie Faktoreinkommen definiert sind.

Übung 13

Erläutern Sie, wie Transfereinkommen definiert sind.

Übung 14

Ordnen Sie den privaten Haushalten nach sozialen Gesichtspunkten die Einkommensarten zu, die üblicherweise den höchsten Anteil am Gesamteinkommen (verfügbares Einkommen) haben.

Übung 15

Erläutern Sie, wie das Einkommen der privaten Haushalte genannt wird, das ihnen insgesamt zur Verfügung steht. Stellen Sie anschließend dar, wie dieses Einkommen ermittelt wird.

Übung 16

Erläutern Sie, wie sich die Sparquote in den vergangenen Jahren entwickelt hat und worin die Gründe hierfür liegen.

Übung 17

Erläutern Sie, wie sich geringe Rentensteigerungen und Nettolohnsteigerungen der Beschäftigten auf die relativen Anteile von „Konsum“ und „Sparen“ in den einzelnen Haushalten auswirken.

Übung 18

Nennen Sie drei Merkmale (Kriterien), nach denen private Haushalte eingeteilt werden.

Übung 19

Beschreiben Sie, welche allgemeine Aussage über den Zusammenhang von Einkommensveränderungen und Haushaltstypen gemacht werden kann.

6 Wirtschaftssubjekte „Öffentliche Haushalte“

6.1 Ziele und Aufgaben der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte stellen nach den Unternehmen und den privaten Haushalten die dritte Gruppe der Wirtschaftssubjekte als Entscheidungsträger im Wirtschaftsprozess dar. Hauptziele der staatlichen Aktivitäten sind die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse sowie die Umverteilung von Einkommen. Ergänzend zu seiner Umverteilungsfunktion ist der öffentliche Haushalt ein umfangreicher Käufer (Nachfrager) von Gütern und Dienstleistungen, ein Arbeitgeber für Millionen von Beschäftigten, Bauherr (Investor) für Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Straßenbau) sowie auch Schuldner (z.B. bei öffentlichen Anleihen).

Ziele der öffentlichen Haushalte

Befriedigung
kollektiver
Bedürfnisse

Umverteilung
von
Einkommen

Die öffentlichen Haushalte fragen bei den privaten Haushalten Produktionsfaktoren nach, die bezahlt werden müssen und die zu Faktoreinkommen der privaten Haushalte führen. Darüber hinaus fragen sie auch bei den Unternehmungen Güter und Dienstleistungen nach, die entsprechend vergütet werden. Außerdem bietet der Staat den Unternehmen und privaten Haushalten eine Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen an (vgl. Punkt 6.4 dieses Lernbriefs).

Die öffentlichen Haushalte können in die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger unterteilt werden.



Zu den Gebietskörperschaften zählen der Bund, die (Bundes-)Länder, die Kreise, die kreisfreien Städte sowie die Gemeinden. Zu den Sozialversicherungshaushalten zählen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, der Rentenversicherung, die Bundesagentur für Arbeit sowie die Unfallversicherungsträger.

Den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungshaushalten sind jeweils verschiedene Aufgaben übertragen. So ist z.B. der Bund für die äußere Sicherheit (Bundeswehr), die Autobahnen und Bundesstraßen zuständig. Die Länder sind u.a. für die Bildung (Schulen und Hochschulen) sowie die Landesstraßen zuständig. Den Gemeinden obliegt u.a. die Abfallentsorgung, Wasserversorgung, Kanalisation und Sozialhilfe.

Den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung ist jeweils durch Gesetz (z.B. SGB) ein bestimmter Aufgabenbereich zugewiesen.

Merke

Zu den Wirtschaftssubjekten „Öffentliche Haushalte“ (Staat) zählen die Haushalte der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) und die Haushalte der Sozialversicherungsträger (gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie die Bundesagentur für Arbeit).

6.2 Einnahmen des Staats

Die öffentlichen Haushalte erbringen Leistungen für die Unternehmen und privaten Haushalte und haben hierfür Einnahmen und Ausgaben vorzusehen. Um ihre Aufgaben erfüllen und ihre Ausgaben decken zu können, benötigen die öffentlichen Haushalte entsprechende Einnahmen. Ihre Haupteinnahmen beziehen die Gebietskörperschaften aus

- Steuern,
- Gebühren,
- Beiträgen,
- Erwerbseinkünften und
- Kreditaufnahmen.

Die Sozialversicherungsträger finanzieren ihre Einnahmen überwiegend durch Beiträge.

Steuern

sind definiert als einmalige oder laufende Geldleistungen, die keine Gegenleistung für einen besonderen Dienst darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen (Unternehmen und privaten Haushalten) auferlegt werden. Hierzu gehören auch die Zölle. Unter Pkt. 9 dieses Lernbriefs beschäftigen wir uns ausführlich mit den wichtigsten Steuern in Deutschland.

Gebühren

sind Abgaben, die als Entgelt für bestimmte öffentliche Leistungen (z.B. Müllabfuhr, Ausstellung eines Passes) zu entrichten sind. Hier wird also eine unmittelbare Gegenleistung erbracht, d.h., sie stellen eine Art Entgelt dar.

Beiträge

sind Abgaben, die ebenfalls als Entgelt zur Deckung der Ausgaben bestimmter öffentlicher Einrichtungen abzuführen sind (z.B. Sozialversicherungsbeiträge). Im Gegensatz zu den Gebühren werden Beiträge jedoch unabhängig von der Leistungsinanspruchnahme erhoben.

Erwerbseinkünfte

sind Einkünfte aus der staatlichen Wirtschaftstätigkeit. Der Staat unterhält eigene Betriebe (z.B. Verkehrs- und Versorgungsbetriebe) und ist auch Anteilseigner an verschiedenen privaten Betrieben (z.B. Volkswagen AG). Darüber hinaus besitzt der Staat Grundstücke und Gebäude, die er verkaufen, vermieten oder verpachten kann. Insgesamt sind jedoch die Erwerbseinkünfte des Staats relativ gering.

Kreditaufnahmen

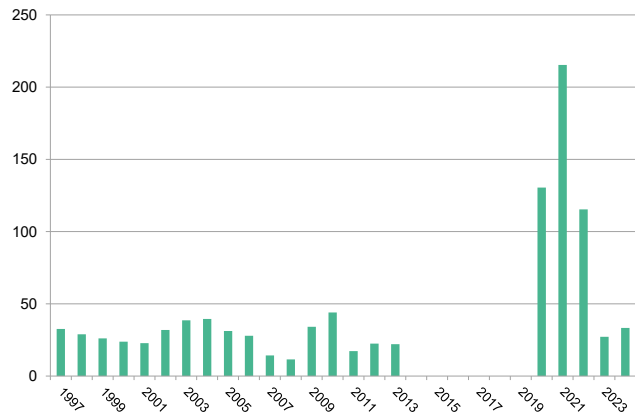
Weil häufig die Staatseinnahmen über Steuern, Gebühren, Beiträge und Erwerbseinkünfte zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben nicht ausreichen, nehmen die öffentlichen Haushalte Geldmittel am Kapital- oder Geldmarkt auf. Hierfür müssen sie Zinsen an die Kreditgeber (Unternehmen, private Haushalte, Geschäftsbanken) zahlen.

Die Verschuldung des Staats hat bis vor wenigen Jahren kontinuierlich zugenommen, wenngleich die Höhe der zusätzlichen Verschuldung, etwa in den Jahren 2005 bis 2008, teils zurückging. In den Jahren 2009 und 2010 wurde die Neuverschuldung als Reaktion auf die Euro- und Finanzmarktkrise wieder erheblich erhöht, um durch die kreditfinanzierten Zusatzausgaben die Konjunktur zu beleben. Der Anstieg der Neuverschuldung im Jahr 2012 steht im Zusammenhang mit den Zahlungen aus dem Bundeshaushalt für die europäischen „Rettungsschirme“ (siehe hierzu auch Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 6“). Im Jahr 2014 hat der Bund erstmals seit dem Jahr 1969 keine neuen Schulden aufgenommen. Die Haushalte der Jahre 2015 bis 2019 waren ebenfalls schuldenfrei. Aufgrund der Corona-Krise enthielt der Haushalt des Jahres 2020 eine Neuverschuldung in Rekordhöhe (130,5 Mrd. Euro). Im Jahr 2021 betrug die Nettoneuverschuldung sogar 215 Mrd. Euro, dies entspricht fast 39 % der Gesamtausgaben des Bundes in diesem Jahr. Die folgende Abbildung zeigt Ihnen die Höhe der jährlichen Neuverschuldung des Bundes.

Ein Teil der staatlichen Schuldenaufnahme erfolgte außerhalb des regulären Haushalts. Beispielsweise hat der Bund im Jahr 2009, zusätzlich zu den rund 34 Mrd. € „regulärer“ Neuverschuldung, für den Investitions- und Tilgungsfonds rund 6 Mrd. € und für den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung sogar rund 27 Mrd. € neue Kredite aufgenommen. Inzwischen ist die Neueinrichtung derartiger „Schattenhaushalte“ nicht mehr zulässig.

Im Juni 2022 hat der Bundestag beschlossen, ein vollständig kreditfinanziertes Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro einzurichten. Hierfür war eine Grundgesetzänderung erforderlich.

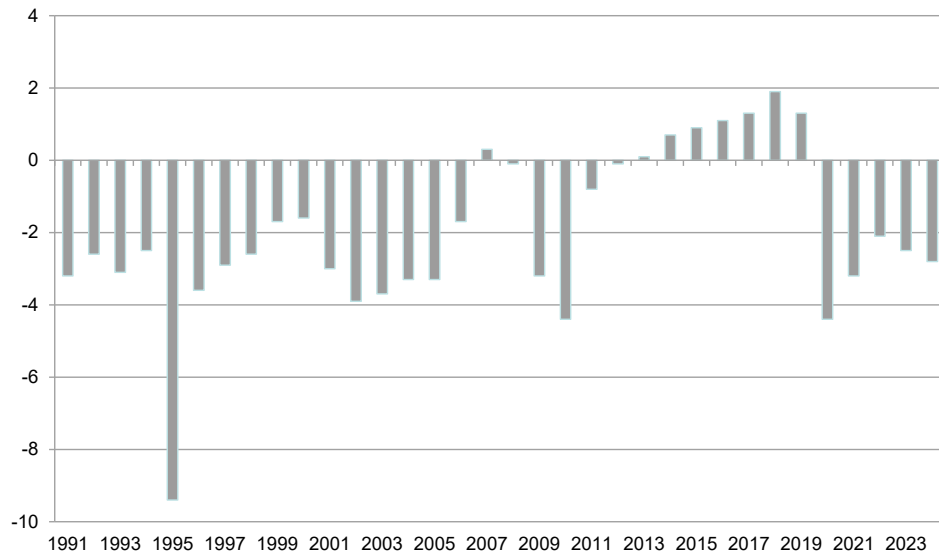
Nettoneuverschuldung des Bundes
(in Mrd. Euro)



Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen.

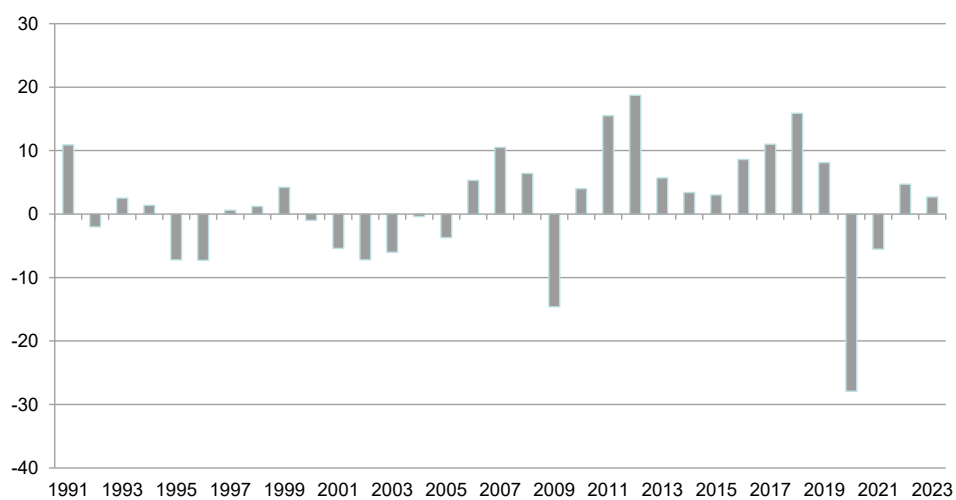
Der Finanzierungssaldo des Staats gibt die Differenz aus kassenwirksamen Einnahmen und Ausgaben aller Gebietskörperschaften und Sozialversicherungshaushalte an. In der umseitigen Abbildung können Sie erkennen, wie sich der Finanzierungssaldo des Staats (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) sowie der Finanzierungssaldo der Sozialversicherung (in absoluten Werten) in den vergangenen Jahren entwickelt haben.

Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP/1991 – 2024)



Datenquelle: Stat. Bundesamt. Unterschiede zu früheren Veröffentlichungen durch ESVG 2010 Anpassung und Revision 2024. Das Defizit des Jahres 1995 enthält die Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der DDR-Wohnungswirtschaft.

Finanzierungssaldo der Sozialversicherung (in Mrd. EUR/1991 – 2023)



Datenquelle: BMF, Statistisches Bundesamt. Unterschiede zu früheren Veröffentlichungen durch ESVG 2010 Anpassung.

Artikel 109, Abs. 3, des Grundgesetzes (GG) enthält in Verbindung mit Art. 115 die sogenannte Schuldenbremse. Demnach sollen die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne neue Kredite finanziert werden, wobei dem Bund eine regelmäßige Verschuldung in Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zugebilligt wird. In einem konjunkturellen Abschwung sind zusätzliche Defizite zulässig, wenn dafür in wirtschaftlich guten Zeiten entsprechende Überschüsse vorgesehen werden.

Wenn durch den Bundestag festgestellt wird, dass eine Naturkatastrophe oder eine „außergewöhnliche Notsituation“ vorliegt, können die genannten Verschuldungsgrenzen überschritten werden. Angesichts der Corona-Pandemie hat der Bundestag eine solche außergewöhnliche Notsituation für die Jahre 2020 bis 2022 festgestellt.

Die Länderhaushalte sollen ab dem Jahr 2020 komplett ohne neue Schulden finanziert werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Bestimmungen eine wirksame Begrenzung der zunehmenden Staatsschulden ermöglichen. Zudem sind die Sondereffekte durch die Corona-Krise zu berücksichtigen. Auch hier wurden für die Jahre 2020 bis 2022 teilweise die Notfallklausen genutzt.

In seiner früheren Fassung sah Art. 115 GG vor, dass die Nettoneuverschuldung des Bundes die staatlichen Investitionsausgaben nicht übersteigen durfte. Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, insbesondere zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, waren jedoch Ausnahmen zulässig. Von dieser Ausnahmebestimmung hat der Bund mehrmals, unter anderem in den Jahren 2002 bis 2006, Gebrauch gemacht.

Eine weitere Bestimmung zur Begrenzung der staatlichen Verschuldung enthält der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt. Das staatliche Gesamtdefizit (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) darf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Bereits vor der Covid-19-Pandemie hat Deutschland dieses Ziel des öfteren verfehlt (etwa 2010 – siehe die Abbildung zum Finanzierungssaldo des Staates auf der vorherigen Seite). Der Gesamtschuldenstand der öffentlichen Haushalte lag in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast ausnahmslos über dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Wert von 60 % des Bruttoinlandsprodukts, ab dem Jahr 2013 jedoch mit sinkender Tendenz. Im Jahr 2019 lag der Wert mit 59,6 % knapp unter den Vorgaben, die Corona-Pandemie führte jedoch in 2020 und 2021 zu einem deutlichen Anstieg.

Im Jahr 2025 wurde eine Grundgesetzänderung beschlossen, nach der Ausgaben für die Landesverteidigung sowie weitere verwandte Ausgaben (z. B. Zivilschutz und Nachrichtendienste) ab einem Anteil von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Für diese Ausgabenzwecke ist damit letztlich eine unbegrenzte Verschuldung zulässig.

6.3 Ausgaben des Staats

Die Staatsausgaben bestehen aus

- den Konsumausgaben des Staats,
- den öffentlichen Investitionen,
- den laufenden Übertragungen (Transferzahlungen) an private Haushalte und an Unternehmen (dort in Form von Subventionen) und
- den Zinsausgaben/Tilgungsraten für aufgenommene Kredite.

Die Konsumausgaben des Staats stellen die Nachfrage des Staats nach Gütern und Dienstleistungen dar (ohne Investitionen). Hierzu zählen alle laufenden Personal- und Sachausgaben (z.B. Löhne und Gehälter für die Angestellten des Staats, Büromaterial, Energieverbrauch).

Bei den Staatsinvestitionen handelt es sich überwiegend um Baumaßnahmen (z.B. Straßenbau, Schwimmbäder, Theater, Gemeinschaftshäuser). Hinzu kommen Investitionen in sonstige Anlagegüter, beispielsweise in Fahrzeuge der Polizei und der Feuerwehr. Konsumausgaben des Staats und Staatsinvestitionen verkörpern die Gesamtnachfrage des Staats nach Gütern, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren.

Zu den Transferzahlungen zählen alle Sozialleistungen, die den privaten Haushalten vom Staat zufließen und die vielfältigen Subventionen an Unternehmen.

Als Letztes sind die Zinsausgaben und Tilgungsraten für die staatlichen Schulden (öffentliche Kredite) zu nennen.

Bei der Betrachtung der Haushalte einzelner Gebietskörperschaften oder Sozialversicherungsträger können Zahlungen zwischen den einzelnen Haushalten eine große Rolle spielen. Beispielsweise hat der Bund im Jahr 2019 rund 119 Mrd. € Zuschüsse an die Sozialversicherungsträger sowie die Bundesagentur für Arbeit geleistet, darunter allein rund 89 Mrd. € für die Allgemeine Rentenversicherung sowie rund 16 Mrd. € für die Krankenversicherung. Insgesamt machten 2019 die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens des Bundes aus.

Die Zusammenstellung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben erfolgt in einem Haushaltsplan. Die folgenden Schaubilder zeigen Ihnen die Entwicklung der Ausgaben des Bundes in den vergangenen Jahren sowie die geplante Aufteilung der Ausgaben im Bundeshaushalt für das Jahr 2024. Die Gliederung der Ausgaben erfolgt gemäß der jeweiligen Ministerien („Einzelpläne“). Dabei können die einzelnen Haushaltsansätze Konsumausgaben, Investitionsausgaben und Transferzahlungen enthalten. Im Vergleich zu den Haushalten vor Beginn der Corona-Krise weisen die Haushaltspläne ab dem Jahr 2020 einige Besonderheiten auf. In der Position „Allgemeine Finanzverwaltung“ sind die Hilfszahlungen für Unternehmen enthalten und der Haushalt des Gesundheitsministeriums ist deutlich höher als in den Vorjahren.

Der Staat hat mehrere Sondervermögen gebildet, die teilweise aus Haushaltsmitteln gespeist, jedoch außerhalb des eigentlichen Haushalts verwaltet werden. Sie dienen der Erfüllung einzelner, inhaltlich abgegrenzter Aufgaben. Oftmals wird für die Sondervermögen auch der Begriff „Fonds“ genutzt, wobei es sich hier jedoch nicht um Fonds zur Geldanlage handelt. Beispiele für Sondervermögen des Bundes sind das Bundeseisenbahnvermögen, das im Zuge der Bahnreform 1994 eingerichtet wurde und unter anderem die Schulden der früheren Deutschen Bundesbahn übernommen hat, das Sondervermögen Kinderbetreuungsusbau (2007 – 2015) sowie der Energie- und Klimafonds, der zum einen die Einnahmen aus dem Verkauf von CO₂-Emissionsrechten erhält und dem zum anderen Staatszuschüsse

zufließen. Im Jahr 2021 erhielt der Energie- und Klimafonds, zwischenzeitlich umbenannt in Klima- und Transformationsfonds, durch einen Nachtragshaushalt Haushaltsmittel in Höhe von über 60 Mrd. Euro, die ursprünglich für die Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie

in den Haushalt eingestellt wurden. Im November 2023 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass diese nachträgliche Umwidmung von Haushaltsmitteln verfassungswidrig ist. Dies führte dann zu erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt für das Jahr 2024.



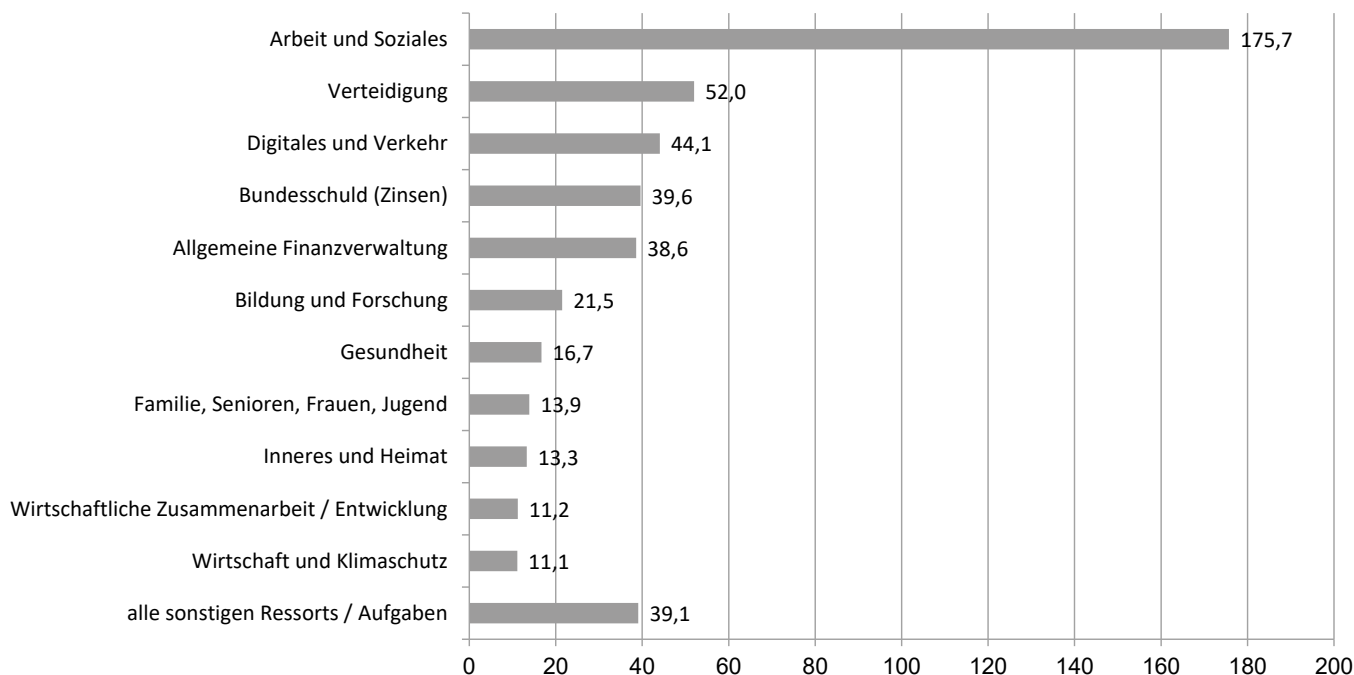
Entwicklung der Ausgaben des Bundes

| Jahr | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 ^{a)} |
|---------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|-------|--------------------|
| Mrd. € | 295,5 | 311,4 | 317,4 | 325,4 | 336,7 | 343,2 | 441,8 | 556,6 | 480,0 | 461,2 | 476,8 |
| Wachstum in % | - 4,0 | 5,4 | 1,9 | 2,5 | 3,5 | 1,9 | 28,7 | 26,0 | - 13,6 | - 3,9 | 3,4 |

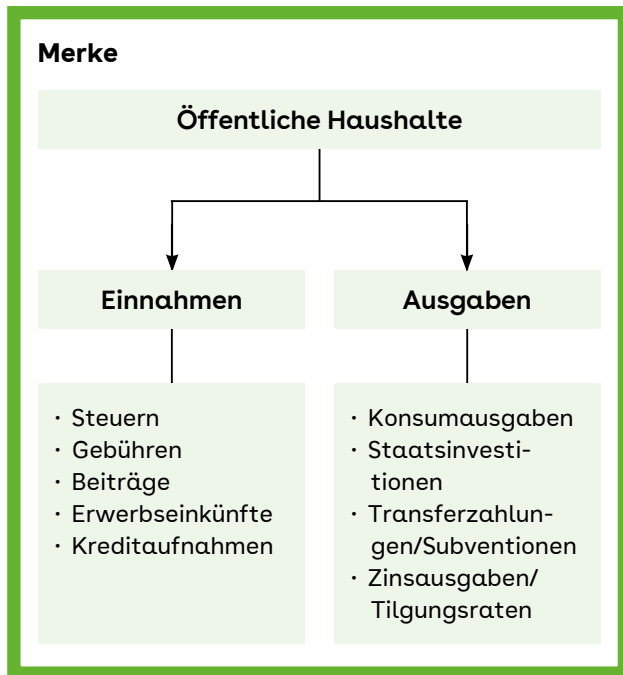
a) Haushaltsplan. Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Bundeshaushalt 2024

geplante Gesamtausgaben: 476,8 Mrd. Euro,
davon entfallen auf die Einzelpläne (in Mrd. Euro):



Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen.



6.4 Der Staat als Anbieter von Sachgütern und Dienstleistungen

Wie bereits erläutert, bietet der Staat den privaten Haushalten und den Unternehmen zahlreiche Kollektivgüter an. Hinzu kommt, dass er einen allgemeinen Rahmen für das wirtschaftliche Handeln schafft. Hierzu zählen beispielsweise das allgemeine Vertragsrecht sowie die Regelungen zum Schutz des Wettbewerbs.

Bei den vom Staat bereitgestellten Kollektivgütern handelt es sich im Wesentlichen um Dienstleistungen, etwa die innere und äußere Sicherheit, die Ausbildung in Schulen und Universitäten sowie vielfältige Beratungsangebote. Die meisten dieser Dienstleistungen werden angeboten, ohne dass der Staat hierfür ein bestimmtes Entgelt erhält. Sie müssen also entweder über Steuern oder über Kredite finanziert werden. Auch Teile der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere das Stra-

ßenetz, können als Dienstleistungen angesehen werden, die vom Staat bereitgestellt und größtenteils ohne ein spezielles Entgelt den privaten Haushalten und den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Zusätzlich zu den genannten Dienstleistungen bieten die öffentlichen Haushalte auch Sachgüter an. Ein Beispiel ist die Versorgung mit Trinkwasser, die über Gebühren finanziert wird.

Wie Sie bereits im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“ erfahren haben, lassen sich öffentliche und private Güter unterscheiden. Für öffentliche Güter ist kennzeichnend, dass niemand von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden kann und dass keine Rivalität im Konsum besteht. Da für diese Güter kein Marktpreis erzielt werden kann, müssen sie vom Staat bereitgestellt und über Steuern finanziert werden. Ein wichtiges Beispiel für öffentliche Güter ist die lokale Straßenverkehrsinfrastruktur.

Bei vielen der zuvor genannten Dienstleistungen ist ein Ausschluss von Nutzern zwar grundsätzlich möglich, jedoch gesellschaftlich nicht erwünscht. Aus diesem Grund werden die Leistungen vom Staat angeboten, der hierfür keine oder zumindest nicht kostendeckende Gebühren erhebt. Ein Beispiel ist das Studium an Hochschulen und die Kinderbetreuung. Dabei kann der Staat die Leistungen selbst erstellen (z.B. bei Schulen und Hochschulen). Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass ein Dritter die Leistung erbringt und vom Staat Zuschüsse erhält, sodass die Nutzungsentgelte niedrig gehalten werden können. Diese Ausgestaltung findet sich häufig im Bereich der Kinderbetreuung, wo die Erstellung der Dienstleistung z.B. freien Trägern obliegt.

Schließlich bietet der Staat bestimmte Leistungen an, die für Haushalte und Unternehmen von zentraler Bedeutung sind, etwa Trinkwasser und (Sozial-) Wohnungen. Der Staat will hier insbesondere sicherstellen, dass alle Nutzer Zugang zu diesen Leistungen haben (Bedarfsdeckungsprinzip). Auch kann er, wenn er selbst als Produzent tätig ist, darauf achten, dass die Produktion umweltfreundlich erfolgt, beispielsweise sparsam mit Trinkwasser gewirtschaftet wird. Die staatliche Produktion ist allerdings in diesen Bereichen nicht zwingend, der Staat kann die Güter auch von Privaten erstellen lassen, die er entsprechend überwacht (reguliert).

Merke

Der Staat bietet Sachgüter (z.B. Trinkwasser) und Dienstleistungen (z.B. Ausbildung) an. Bei den angebotenen Gütern handelt es sich teilweise um öffentliche Güter, die über Steuern finanziert werden müssen. Andere Güter bietet der Staat aus sozialen Gründen unentgeltlich oder zu nicht kostendeckenden Gebühren an (z.B. Kinderbetreuung). Generell erfolgt das staatliche Angebot von Gütern und Dienstleistungen gemäß dem Bedarfsdeckungsprinzip.

6.5 Einkommensumverteilung

Unter Pkt. 5.3 dieses Lernbriefs haben Sie erfahren, dass der Staat bei den privaten Haushalten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erhebt und gleichzeitig Transferzahlungen leistet. Über seine Einnahmen und Ausgaben verfolgt der Staat also auch das Ziel der Einkommensumverteilung. Diese

soll dazu dienen, die Einkommen stärker am Bedarf der einzelnen Menschen auszurichten.

Der wesentliche Grund für die Einkommensumverteilung ist darin zu sehen, dass die Verteilung der Faktoreinkommen allein gemäß dem Prinzip der Marktleistung erfolgt. Menschen, die über eine entsprechende Leistungsfähigkeit verfügen (hohe Qualifikation, körperliche Leistungsfähigkeit, Vermögen), erhalten somit auch ein hohes Einkommen. Es gibt allerdings zahlreiche Menschen, die – ohne eigenes Verschulden – nicht in der Lage sind ein ausreichendes Einkommen zu erzielen (z.B. alte, kranke und behinderte Menschen). Hier sorgt der Staat über entsprechende Transferzahlungen dafür, dass diese Menschen ihren Bedarf an Gütern und Dienstleistungen decken können. Darüber hinaus gibt es Menschen, die zwar leistungsfähig sind, aber dennoch – vorübergehend – kein Einkommen erzielen können, insbesondere bei hoher Arbeitslosigkeit. Auch diese Menschen erhalten Transferleistungen.

Im vorangegangenen Abschnitt dieses Lernbriefs wurde dargestellt, dass der Staat den privaten Haushalten und den Unternehmen zahlreiche Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellt, die über Steuern finanziert werden müssen. Diese Steuerfinanzierung sollte möglichst gerecht erfolgen. Konkret bedeutet dies, dass Menschen mit einem hohen Primäreinkommen einen größeren Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten sollen als Menschen mit einem geringen Primäreinkommen (Leistungsfähigkeitsprinzip). Unter Pkt. 9 dieses Lernbriefs erfahren Sie hierzu mehr.

Zur Einkommensumverteilung stehen dem Staat somit mehrere Instrumente zur Verfügung. Auf der Einnahmenseite kann der Staat von Haushalten mit hohem Einkommen höhere Steuern und Beiträge erheben als bei Haushalten mit geringem Einkommen. Auf der Ausgabenseite lässt sich die Höhe der Transferzahlungen an der Bedürftigkeit der Haushalte ausrichten.

Neben dem positiven Aspekt einer stärkeren Bedarfsorientierung der Einkommen bringt die staatliche Einkommensumverteilung eine Reihe von Problemen mit sich. Erstens ist darauf hinzuweisen, dass die Ermittlung der Leistungsfähigkeit und der Bedürftigkeit sowohl beim Staat als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Aufwand verursacht. Zudem müssen die einzelnen Instrumente sehr genau aufeinander abgestimmt werden.

Zweitens können bei den Empfängerinnen und Empfängern von Transferleistungen negative Leistungsanreize bestehen. Dies gilt insbesondere in Grenzbereichen, in denen die möglichen Faktoreinkommen nur geringfügig höher sind als die Transfereinkommen.

Beispiel

Ein Arbeitnehmer wird arbeitslos und hat einen Anspruch auf staatliche Transferzahlungen in Höhe von 1.100 €/Monat. Diesem Arbeitnehmer wird eine neue Tätigkeit mit einem monatlichen Nettoverdienst in Höhe von 1.300 € angeboten. Die Transferzahlung entfällt, wenn der Arbeitnehmer die Arbeit aufnimmt.

Folge

Das zusätzliche Einkommen, das der Arbeitnehmer durch die Aufnahme der neuen Tätigkeit im Vergleich zur staatlichen Transferzahlung erzielen kann, ist vergleichsweise gering (im Beispiel 200 €/Monat). Dies kann den Arbeitnehmer dazu veranlassen, das Arbeitsangebot nicht anzunehmen, wenn er das zusätzliche Einkommen mit den zusätzlichen „Lasten und Mühen“ der Arbeitsaufnahme vergleicht.

In der Realität ist zu berücksichtigen, dass viele Transferleistungen nur befristet gewährt werden (z.B. Arbeitslosengeld) oder gekürzt werden können, wenn ein „zumutbares“ Arbeitsangebot nicht angenommen wird (z.B. Bürgergeld). Zudem ist eine Erwerbsarbeit für die meisten Arbeitnehmer nicht nur mit den oben erwähnten „Lasten und Mühen“ verbunden. Vielmehr ist bei den meisten Menschen der Wunsch vorhanden, einer Erwerbsarbeit nachzugehen (z.B. Spaß an der Arbeit und/oder der Wunsch, der Allgemeinheit nicht zur Last zu fallen). Speziell in niedrigen Einkommensbereichen ist das Argument fehlender Anreize zur Arbeitsaufnahme aufgrund von Transferzahlungen jedoch nicht von der Hand zu weisen.

Drittens kann auch die Leistungsbereitschaft der Beziehenden hoher Einkommen reduziert werden, wenn sich aufgrund einer hohen Steuerbelastung „Leistung nicht mehr lohnt“. Zudem können sich für die Beziehenden hoher Einkommen Anreize ergeben, der Steuerbelastung zumindest teilweise

auszuweichen, etwa indem sie ihre Einkünfte ins Ausland verlagern oder „Steuersparmodelle“ nutzen.

Merke

Der Staat beeinflusst über seine Einnahmen und Ausgaben die Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft.

Gründe:

- Viele Menschen sind nicht in der Lage ein Einkommen zu erzielen, mit dem sie ihren Bedarf an Gütern und Dienstleistungen decken können (z.B. alte, kranke und behinderte Menschen).
- Es wird allgemein als gerecht empfunden, dass Menschen mit einem hohen Einkommen mehr zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen als Menschen mit einem niedrigen Einkommen.

Instrumente:

- Transferzahlungen an Menschen ohne Faktoreinkommen, mit geringem Faktoreinkommen oder mit besonders hohem Bedarf (Sozialhilfe, Rente, Arbeitslosengeld)
- einkommensabhängige Steuern und Beiträge

Probleme:

- aufwendige Verwaltung
- Verringerung von Leistungsanreizen bei Transferempfängern
- Anreize bei Beziehenden hoher Einkommen der Umverteilung teilweise zu entgehen

6.6 Ausmaß der staatlichen Wirtschaftstätigkeit

6.6.1 Staats-, Steuer- und Abgabenquote

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Aktivitäten der öffentlichen Haushalte (des Staats) wird durch verschiedene Verhältniszahlen (Quoten) ausgedrückt:

Staatsquote

Mit Staatsquote wird das Verhältnis aller staatlichen Ausgaben (einschließlich Investitionen, sozialer Leistungen, Subventionen und Zinsen) zum Bruttoinlandsprodukt bezeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt wird definiert als Wert aller Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen, die im Inland innerhalb einer Periode (Jahr) hergestellt werden. Der Wert bemisst sich dabei nach den Marktpreisen (vgl. Punkt 8.1 dieses Lernbriefs).

Die Staatsquote drückt damit den Grad der Inanspruchnahme der gesamten Volkswirtschaft durch den staatlichen Sektor aus.

Für die Staatsquote gilt die Berechnung:

$$\text{Staatsquote in \%} = \frac{\text{Staatsausgaben eines Jahres} \times 100}{\text{Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen}}$$

Steuerquote

Mit der Steuerquote wird das Verhältnis der Steuereinnahmen des Staats zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen beschrieben.

Damit gilt für die Berechnung der Steuerquote:

$$\text{Steuerquote in \%} = \frac{\text{Steuereinnahmen des Staats eines Jahres} \times 100}{\text{Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen}}$$

Abgabenquote

Mit Abgabenquote wird das Verhältnis der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen bezeichnet.

Für die Abgabenquote gilt also:

$$\text{Abgabenquote in \%} = \frac{\text{Steuern und Sozialversicherungsbeiträge eines Jahres} \times 100}{\text{Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen}}$$

Bei der Interpretation der Steuer- und der Abgabenquote ist zu beachten, dass für Steuern und Abgaben unterschiedliche Definitionen genutzt werden können und dadurch die Quoten jeweils einen unterschiedlichen Wert annehmen. So werden die Steuer- und die Abgabenquote in Deutschland üblicherweise entweder gemäß der Abgrenzung der Finanzstatistik oder gemäß der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) berechnet. Beispielsweise betrug die Abgabenquote im Jahr 2021 in der Abgrenzung der Finanzstatistik 39,4 % und in der Abgrenzung der VGR 42,2 %. Für internationale Vergleiche

werden teilweise wiederum andere Abgrenzungen genutzt, um die Daten aus Ländern mit unterschiedlichen Steuer- und Abgabensystemen vergleichbar zu machen.

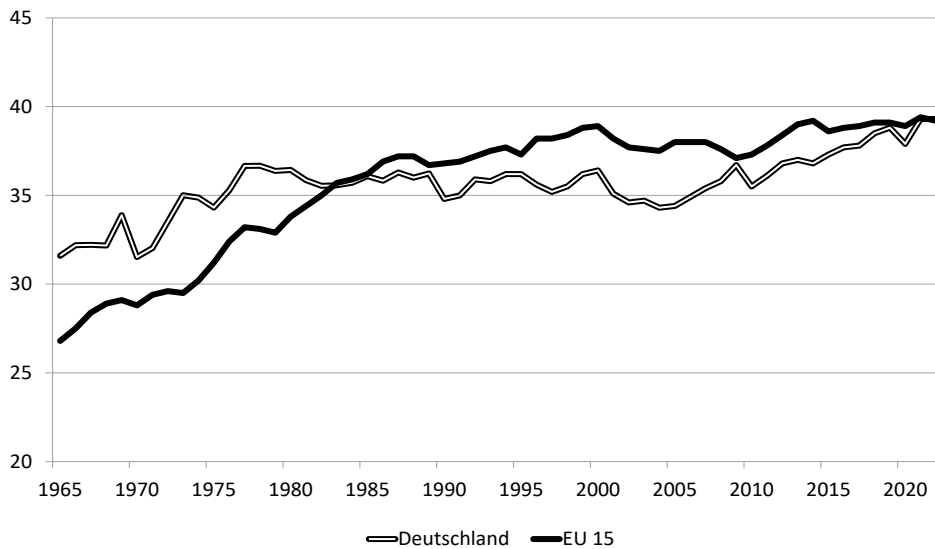
An der folgenden Abbildung können Sie erkennen, dass die Abgabenquote in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre zwar einige Schwankungen aufweist, im Trend jedoch relativ konstant geblieben ist. Seit dem Jahr 2012 liegt die Abgabenquote in Deutschland allerdings über dem Durchschnitt der Jahre nach der Wiedervereinigung und im Jahr 2019 wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Die EU-15-Staaten weisen hingegen im Trend eine zunehmende Abgabenquote auf, wobei auch hier eine gewisse Stabilisierung zu erkennen ist.

In den USA und in Japan liegt die Gesamtabgabenbelastung deutlich unter den europäischen Werten. Innerhalb Europas haben beispielsweise Dänemark und Schweden eine überdurchschnittliche Gesamtabgabenbelastung.

Generell sind die Staats- und die Abgabenquote als Einzelindikatoren nur von begrenzter Aussagefähigkeit. Insbesondere ist nicht allein die Höhe der Staatsausgaben, sondern auch deren Struktur von großer Bedeutung. Allerdings ist beispielsweise die Abgrenzung zwischen öffentlichen Investitionen und öffentlichen Konsumausgaben durchaus problematisch. Üblicherweise werden insbesondere Baumaßnahmen als Investitionen angesehen, Personalausgaben hingegen den Konsumausgaben des Staats zugerechnet. Demgegenüber ließe sich einwenden, dass beispielsweise die Tätigkeit eines Lehrers zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt und somit Personalausgaben hier investiven Charakter haben. Auch

lässt sich anhand der Staatsquote nicht erkennen, ob die staatlichen Mittel wirtschaftlich verwendet wurden.

Gesamtabgabenbelastung in Deutschland und in den EU-15 Staaten (1965 – 2022) in % des BIP



Datenquelle: OECD. Eigene Berechnungen, EU15 als ungewichteter Durchschnittswert.

Bei der Staats-, Steuer- und Abgabenquote handelt es sich, ebenso wie bei der im Folgenden dargestellten Sozialleistungsquote, um sogenannte „unechte“ Quoten. Von einer „echten“ Quote spricht man, wenn die Werte des Zählers vollständig im Nenner enthalten sind. Bei den hier genutzten Quoten für staatliche Aktivität ist das nicht der Fall, da sie unter anderem Einkommensumverteilungen enthalten, die nicht Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts sind. Eine „echte“ Quote ist beispielsweise die Lohnquote (vgl. Punkt 8.3.3.1 in diesem Lernbrief).

6.6.2 Sozialbudget

Sozialbudget

Das Sozialbudget ist die Zusammenfassung der Sozialleistungen im Sinne der Erstellung eines Gesamtbilds der sozialen Sicherung zum jeweiligen Zeitpunkt. Das Sozialbudget gibt jedoch keinen verbindlichen Wert an, der nicht überschritten werden darf. Seine Aufgaben und Ziele sind vielmehr die Informationshilfe, Entscheidungshilfe und die Erfolgskontrolle für die Sozialpolitik.

Im Sozialbudget berichtet die Bundesregierung über den Umfang, die Struktur und die weitere Gestaltung des Systems der sozialen Sicherung in Deutschland.

Das Sozialbudget enthält Angaben über

- das System der Sozialversicherung,
- gesetzliche, tarifvertragliche und freiwillige Leistungen der Arbeitgeber,
- die Sicherung der Bediensteten von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern,
- Versorgungsregelungen der Selbstständigen,
- soziale Hilfen,
- Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz, steuerliche Regelungen (z.B. Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer)

Sozialleistungsquote

Die Sozialleistungsquote zeigt an, in welchem prozentualen Verhältnis das Sozialbudget zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen steht.

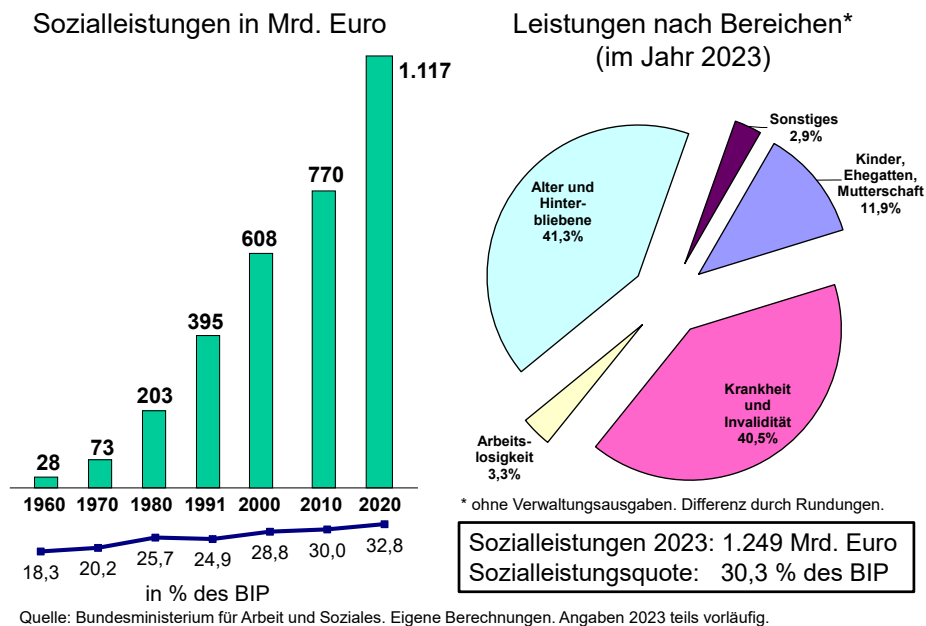
Die Höhe der Sozialleistungsquote gibt eine grobe Orientierung über das Gewicht sozialer Leistungen.

Für die Sozialleistungsquote gilt also:

$$\text{Sozialleistungsquote in \%} = \frac{\text{Sozialbudget eines Jahres} \times 100}{\text{Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen}}$$

Bei einer Interpretation von Veränderungen der Sozialleistungsquote ist zu berücksichtigen, dass diese sowohl auf Veränderungen des Zählers als auch des Nenners zurückzuführen sein kann. Beispielsweise lag die Sozialleistungsquote im Jahr 2009 deutlich über der Sozialleistungsquote des Jahres 2010. Ursächlich für diese Entwicklung war jedoch insbesondere die konjunkturelle Entwicklung, der deutliche Rückgang des BIP im Jahr 2009 führte zu einem Anstieg der Quote, das Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 lies die Quote wieder sinken.

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland



6.7 Übungen zum Lernabschnitt 6

Übung 20

Nennen Sie die zwei Arten der öffentlichen Haushalte.

Übung 21

Stellen Sie dar, durch welche Regelungen das Ausmaß der Staatsverschuldung begrenzt werden soll.

Übung 22

Erläutern Sie, wie die Sozialversicherungsträger ihre Ausgaben finanzieren.

Übung 23

Beschreiben Sie die Begriffe „Gebühren“ und „Beiträge für öffentliche Haushalte“.

Übung 24

Nennen Sie drei Beispiele für Staatsausgaben.

Übung 25

Erläutern Sie den Begriff „Staatsquote“ und würdigen Sie die Aussagefähigkeit dieses Indikators kritisch.

Übung 26

Erläutern Sie, wie sich die Verteilung von Einkommen nach dem Leistungsprinzip gestaltet.

Übung 27

Beschreiben Sie, warum die Einkommensverteilung, die nach dem Leistungsprinzip erfolgt, zu ergänzen ist.

7 Wirtschaftskreislauf

Übung 28

Erläutern Sie, nach welchen Kriterien Einkommen durch den Staat umverteilt werden.

Übung 29

Erläutern Sie die Begriffe „Sozialbudget“ und „Sozialleistungsquote“.

Alle Wirtschaftssektoren sind in einer arbeitsteiligen Wirtschaft durch eine Vielzahl wirtschaftlicher Leistungen und Gegenleistungen miteinander verbunden. Die in einer Volkswirtschaft sich ständig wiederholenden Vorgänge von Produktion, Verteilung (Distribution) und Konsum, die mit zahlreichen Geld- und Güterbewegungen verbunden sind, lassen sich grafisch als Kreislaufschema darstellen. Im Wirtschaftskreislauf werden also die vielfältigen Leistungen und Gegenleistungen in ihren wechselseitigen Beziehungen dargestellt. Dabei werden gleichartige Wirtschaftseinheiten zu Wirtschaftssektoren und gleichartige Transaktionen (z.B. Kauf oder Verkauf von Sachgütern und Dienstleistungen) zu Stromgrößen zusammengefasst (aggregiert). Zunächst werden die für die Kreislaufbetrachtung erforderlichen Größen ermittelt, nämlich

- die Wirtschaftssektoren und
- die Stromgrößen. Die Stromgrößen werden als Güterstrom (realer Strom) und Geldstrom (monetärer Strom) dargestellt.

Grundsätzlich wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ebenso wie im betrieblichen Rechnungswesen, zwischen Stromgrößen und Bestandsgrößen unterschieden. Eine Bestandsgröße bezieht sich immer auf einen bestimmten Zeitpunkt. Ein Beispiel ist das Geldvermögen der Haushalte in Deutschland am 31. 12. 2022. Eine Stromgröße bezieht sich immer auf einen bestimmten Zeitraum. Ein Beispiel ist das Einkommen der Haushalte während eines Monats oder eines Jahres.

Bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren unterscheiden wir zwischen dem einfachen und dem erweiterten Wirtschaftskreislauf.

7.1 Einfacher Wirtschaftskreislauf

Der einfache Wirtschaftskreislauf ist ein volkswirtschaftliches Modell, an dem die Verbindungen der Wirtschaftssektoren durch Stromgrößen beispielhaft verdeutlicht werden sollen. Gemessen an der Realität ist die Darstellung stark vereinfacht.

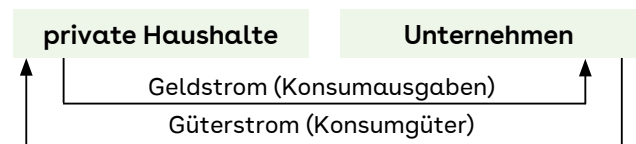
Für das Modell des einfachen Wirtschaftskreislaufs gelten insbesondere folgende Bedingungen:

1. Es gibt nur zwei Gruppen von Wirtschaftssubjekten, nämlich private Haushalte und Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften).
2. Die privaten Haushalte verwenden ihr gesamtes Einkommen zum Konsum; Sparen findet nicht statt.
3. Das vorhandene Sachkapital (Kapitalstock) ist dauerhaft ohne Verschleiß nutzbar; Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen sind nicht notwendig.

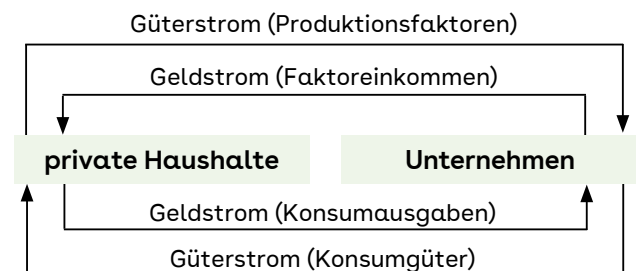
Die privaten Haushalte bieten den Unternehmen Produktionsfaktoren gegen Entgelt an, bzw. die Unternehmen fragen bei den privaten Haushalten Produktionsfaktoren nach, die sie entsprechend bezahlen müssen.

Für die Zurverfügungstellung der Produktionsfaktoren erhalten die privaten Haushalte von den Unternehmen als Gegenleistung Faktoreinkommen.

Die Unternehmen kombinieren die Produktionsfaktoren im Produktionsprozess zur Herstellung von Gütern. Diese Güter werden den privaten Haushalten zum Konsum angeboten, für die an die Unternehmen entsprechende Verkaufserlöse zu zahlen sind. Das gesamte Einkommen der privaten Haushalte fließt als Verkaufserlöse an die Unternehmen zurück.

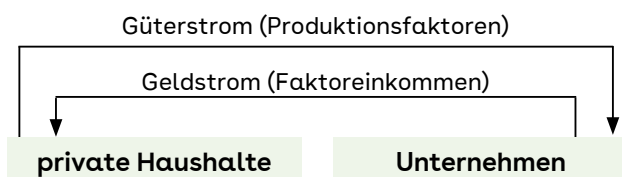


Damit ist der Wirtschaftskreislauf geschlossen:



Aus dem Schaubild wird deutlich, dass Geld- und Güterstrom gegenläufig verlaufen. Sie entsprechen sich jedoch in ihrem Wert. In der Volkswirtschaftslehre wird der Geldstrom „Faktoreinkommen“ mit „Y“ und der Geldstrom „Konsumausgaben“ mit „C“ bezeichnet. Beim einfachen Wirtschaftskreislauf gilt dann folgende Gleichung:

$$Y = C$$



7.2 Erweiterter Wirtschaftskreislauf

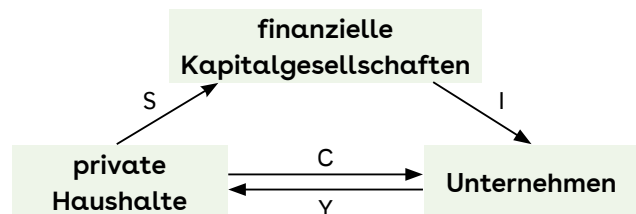
Der einfache Wirtschaftskreislauf lässt sich in mehreren Schritten erweitern und dadurch der Realität immer weiter annähern. Zunächst wollen wir eine Volkswirtschaft betrachten, in der es keinen Staat gibt und die keine wirtschaftlichen Verflechtungen mit der übrigen Welt aufweist („geschlossene Volkswirtschaft“). Allerdings lassen wir zu, dass die Haushalte Ersparnisse bilden und die Unternehmen Investitionen tätigen.

Die unterschiedlichen Investitionsarten haben Sie bereits im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 1“ kennengelernt.

Zusätzlich zu den Sektoren „Unternehmen“ und „private Haushalte“ benötigen wir nun noch den Sektor „finanzielle Kapitalgesellschaften“. Eine weitere vereinfachende Annahme lautet, dass die Unternehmen keine Ersparnisse bilden.

Den Haushalten fließen nach wie vor die Faktoreinkommen (Y) zu. Der Teil ihres Einkommens, den sie für Konsumgüter ausgeben, fließt den Unternehmen zu (C). Ihre Ersparnisse (S) legen die privaten Haushalte bei den finanziellen Kapitalgesellschaften an. Diese Ersparnis fließt den Unternehmen in Form von Krediten zu. Die Unternehmen benötigen diese Kredite, um Investitionen zu finanzieren. Daher wird dieser Geldstrom mit dem Symbol I (Investitionsfinanzierung) gekennzeichnet.

Bei den folgenden Darstellungen des erweiterten Wirtschaftskreislaufs werden wegen der besseren Übersichtlichkeit lediglich die monetären Ströme gezeigt.



Beispiel

An einem einfachen Zahlenbeispiel lassen sich die beschriebenen Kreislaufzusammenhänge verdeutlichen:

- Die Unternehmen zahlen den Haushalten 100 € Faktoreinkommen ($Y = 100$).
- Die Haushalte kaufen für 80 € Konsumgüter ($C = 80$).
- Die Haushalte sparen 20 € ($S = 20$).
- Im Unternehmen verbleiben Güter, deren Herstellung Kosten in Höhe von 20 € verursacht hat (z.B. selbsterstellte Produktionsanlagen oder Lagerbestandserhöhungen). Die Unternehmen müssen 20 € Kredit aufnehmen, um alle Faktorentgelte zahlen zu können ($I = 20$).

Die beschriebenen Zusammenhänge lassen sich auch allgemein in Form von Gleichungen darstellen:

Für die Haushalte gilt:

$$Y = C + S$$

(Einkommensverwendung: Das Einkommen wird auf Konsum und Ersparnis aufgeteilt).

Für die Unternehmen gilt:

$$Y = C + I$$

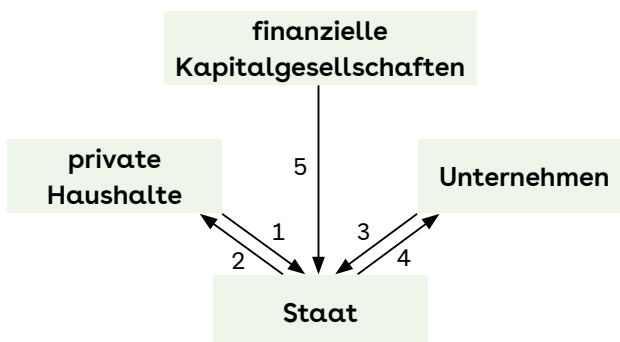
(Einkommensentstehung: Die Verkaufserlöse der Unternehmen sowie die Investitionsfinanzierung wird komplett in Form von Faktoreinkommen ausgezahlt).

Die beiden Gleichungen lassen sich zusammenführen, sodass gilt:

$$C + S = C + I, \text{ bzw. } S = I$$

Im einfachen Kreislaufmodell der geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat gilt also stets, dass die Summe der Investitionen nur so groß sein kann wie die Summe der Ersparnisse der privaten Haushalte.

Nun wollen wir den Staat in den Wirtschaftskreislauf einbeziehen. Welche Geldströme sich zusätzlich ergeben, zeigt Ihnen die folgende Abbildung:



Geldstrom 1 von den privaten Haushalten zum Staat:

- Steuern
- Beiträge/Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung
- Gebühren
- sonstige Abgaben

Geldstrom 2 vom Staat an die privaten Haushalte:

- Faktoreinkommen
- Transfereinkommen

Geldstrom 3 von den Unternehmen zum Staat:

- Steuern
- Beiträge/Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- Gebühren
- sonstige Abgaben

Geldstrom 4 vom Staat an die Unternehmen:

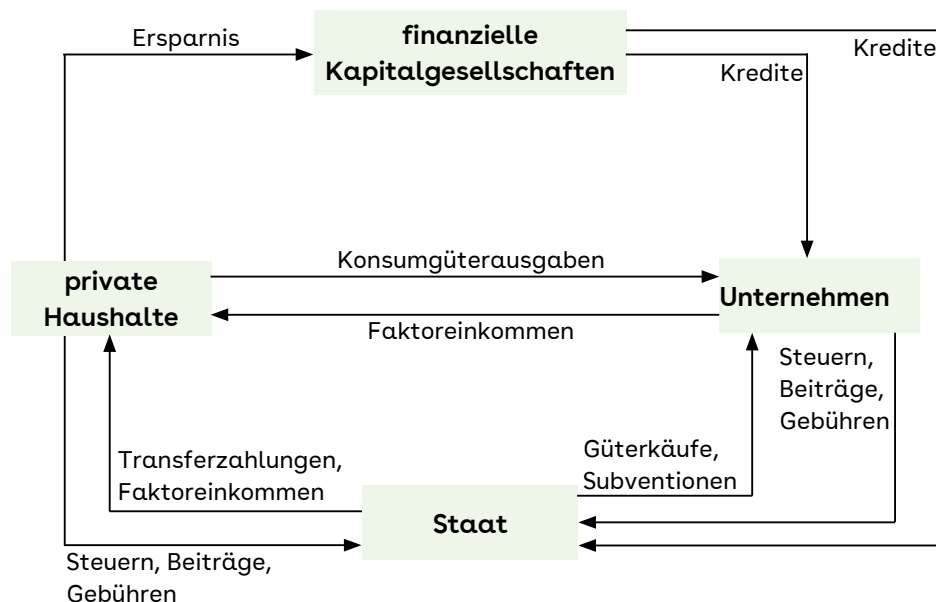
- Subventionen
- Geld für gekaufte Güter (Konsumausgaben und Investitionen des Staats)

Geldstrom 5 von den finanziellen Kapitalgesellschaften zum Staat:

- Kreditaufnahme des Staats (Investitionsfinanzierung)

Dabei wird wieder vereinfachend angenommen, dass die öffentlichen Haushalte keine Ersparnisse bilden.

Fasst man abschließend alle bislang genannten Geldströme in einer Abbildung zusammen, so ergibt sich das folgende Bild:



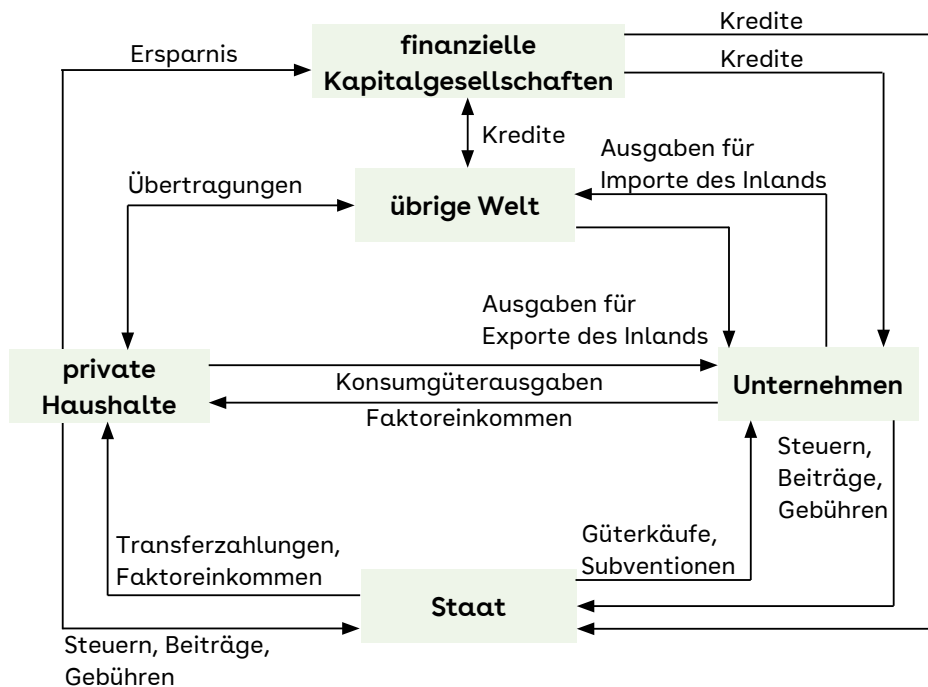
Wie bereits im zuvor besprochenen Wirtschaftskreislauf gilt auch hier, dass die Ersparnis der privaten Haushalte der Summe der Kredite entspricht, die an die Unternehmen und an den Staat vergeben werden können. Wenn man annimmt, dass diese Kredite zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden, so lässt sich auch für die geschlossene Volkswirtschaft mit Staat feststellen, dass die Summe der Ersparnis der Summe der Investitionen entspricht.

Eine letzte Erweiterung des Wirtschaftskreislaufs betrifft die übrige Welt. Die folgenden wirtschaftlichen Beziehungen können mit der übrigen Welt bestehen:

- Inländische Wirtschaftssubjekte kaufen Güter (einschließlich Produktionsfaktoren) in der übrigen Welt (Import). Hierfür sind Zahlungen an die übrige Welt zu leisten.

- Inländische Wirtschaftssubjekte verkaufen Güter (einschließlich Produktionsfaktoren) an die übrige Welt (Export). Hierfür erhalten die inländischen Wirtschaftssubjekte Zahlungen.
- Inländische Wirtschaftssubjekte leisten Transferzahlungen an die übrige Welt (z.B. Beiträge des Staats zu internationalen Organisationen, Entwicklungshilfeleistungen, Geldüberweisungen von in Deutschland lebenden Menschen an Verwandte und Bekannte in anderen Ländern).
- Inländische Wirtschaftssubjekte erhalten Transferzahlungen aus der übrigen Welt (z.B. Erbschaft aus den USA).
- Inländische Wirtschaftssubjekte geben der übrigen Welt einen Kredit (Geldmittelabfluss des Inlands).
- Inländische Wirtschaftssubjekte erhalten aus der übrigen Welt einen Kredit (Geldmittelzufluss des Inlands).

Die folgende Abbildung zeigt Ihnen den Wirtschaftskreislauf der offenen Volkswirtschaft. Um die Darstellung überschaubar zu gestalten, wurden Exporte und Importe ausschließlich den inländischen Unternehmen zugeordnet, die Übertragungen ausschließlich den privaten Haushalten.



In der offenen Volkswirtschaft ist es möglich, dass die inländische Ersparnis größer oder kleiner ist als die inländischen Investitionen. Wenn beispielsweise das Inland mehr Exportgüter verkauft als es Güter importiert, so muss es der übrigen Welt einen Kredit geben, damit die übrige Welt ihre Güterkäufe finanzieren kann. In diesem Fall ist die inländische Ersparnis größer als die inländischen Investitionen.

Beispiel

Die Bundesrepublik Deutschland weist seit vielen Jahren einen Exportüberschuss auf, d.h., Deutschland exportiert mehr Waren als es importiert. Damit geht einher, dass neue Kredite an das Ausland vergeben werden. Eine Volkswirtschaft, in der die Importe größer sind als die Exporte, sind die Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Folglich müssen die USA Kredite im Ausland aufnehmen.

Merke

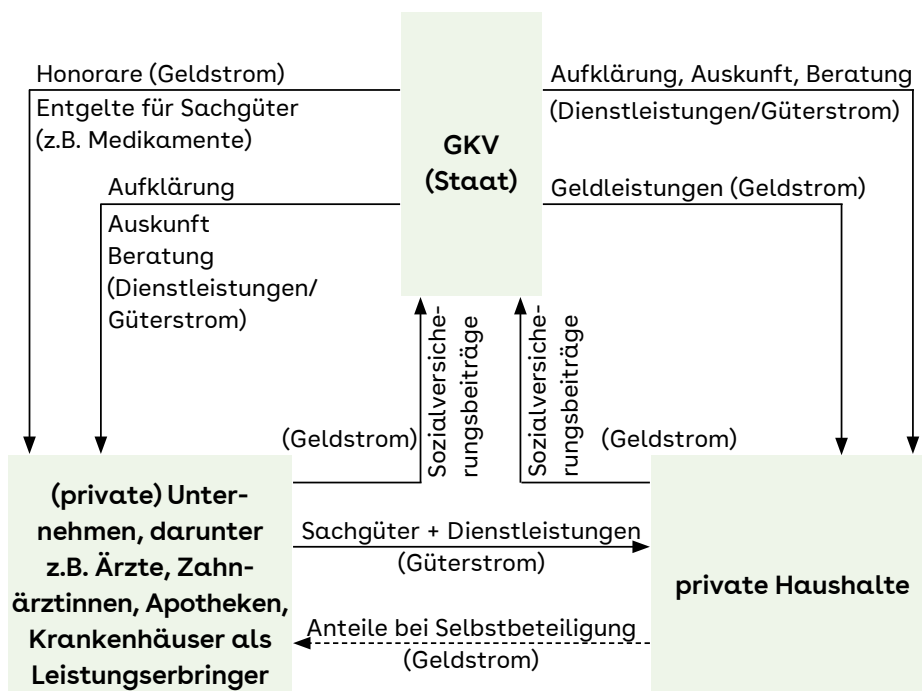
Im Wirtschaftskreislauf werden die vielfältigen Leistungen und Gegenleistungen der am Wirtschaftsprozess beteiligten Wirtschaftssektoren in ihren wechselseitigen Beziehungen dargestellt.

Dabei wird zwischen dem einfachen und dem erweiterten Wirtschaftskreislauf unterschieden.

7.3 Wirtschaftskreislauf mit GKV

Auch die gesetzliche Krankenversicherung, als Teil der öffentlichen Haushalte, hat vielfältige geld- und güterwirtschaftliche Beziehungen zu den privaten Haushalten, zu den Unternehmen und den übrigen öffentlichen Haushalten.

Wirtschaftskreislauf mit GKV



Den privaten Haushalten werden z.B. von der AOK Dienstleistungen in Form von Aufklärung, Auskunft und Beratung angeboten. Für diese Dienstleistungen wird jedoch keine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung in Form eines Entgelts erhoben. Vielmehr zahlen die Mitglieder (private Haushalte) einen Teil ihres Arbeitseinkommens als Beiträge an den zuständigen Träger der GKV. Auch den Unternehmen bieten die Träger der GKV Dienstleistungen in Form von Aufklärung, Auskunft und Beratung an, für die sie ebenfalls keine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung als Entgelt erhalten. Jedoch zahlen auch die Unternehmen bei Mitgliedschaft ihrer Arbeitnehmer in der GKV entsprechende Beitragsanteile an die Träger der GKV.

Im Wirtschaftskreislauf der GKV kommt den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten eine Schlüsselrolle zu, denn die Träger der GKV haben nur solche Leistungen z.B. im Bereich der Kuration zu vergüten, die von den Ärztinnen und Ärzten veranlasst (verordnet) werden. Zur Sicherstellung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung sowie der Versorgung mit Medikamenten und der Behandlung in Krankenhäusern schließen die Verbände der Träger der GKV mit den Leistungserbringern bzw. deren Verbänden (z.B. mit der Kassenärztlichen Vereinigung eines Bundeslandes) entsprechende Verträge ab, in denen die Leistungen und die Höhe der jeweiligen Honorare genau vereinbart werden.

Die von den Leistungserbringern (z.B. Ärzte, Zahnärztinnen, Apotheker) erbrachten Leistungen werden den Mitgliedern der GKV unmittelbar zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder der GKV, als private Haushalte, brauchen für die in Anspruch genommenen Leistungen – mit Ausnahme einer Selbstbeteiligung (z.B. bei Medikamenten) – keine unmittelbare Gegenleistung zu erbringen. Die Honorare für ihre Tätigkeit bzw. die Entgelte für ihre Sachgüter erhalten die Leistungserbringer über die jeweiligen Träger der GKV.

7.4 Übungen zum Lernabschnitt 7

Übung 30

Erläutern Sie, was die Güter- und Geldströme im Wirtschaftskreislauf charakterisiert.

Übung 31

Nennen Sie die Annahmen des einfachen Wirtschaftskreislaufs.

Übung 32

Nennen Sie die beteiligten Wirtschaftssektoren beim vollständig erweiterten Wirtschaftskreislauf.

Übung 33

Zählen Sie die Geldströme zwischen dem Staat und den privaten Haushalten auf.

Übung 34

Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen der Ersparnis der Haushalte und den Investitionen.

8 Bruttoinlandsprodukt

8.1 Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts

In einer Volkswirtschaft werden im Lauf eines Jahres eine Vielzahl von Sachgütern und Dienstleistungen hergestellt, verteilt und konsumiert. Alle wirtschaftlich bedeutsamen Daten hierüber werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst und beschrieben. Mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschafft sich der Staat Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung der Volkswirtschaft einer abgelaufenen Periode. Diese gibt somit einen umfassenden Überblick über das ökonomische Geschehen in der Volkswirtschaft.

Das deutsche System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde 1999 auf das revidierte Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) umgestellt. Dies führte zu umfassenden begrifflichen Veränderungen. So wurde z.B. der Begriff „Bruttosozialprodukt“ durch den Begriff „Bruttonationaleinkommen“ ersetzt. Ein weiterer wichtiger Begriff aus dieser Gesamtrechnung ist „Bruttoinlandsprodukt“. Ab dem Jahr 2014 wurden die Daten gemäß dem ESVG 2010 berechnet. Im Abstand von jeweils fünf Jahren erfolgen sogenannte Generalrevisionen (z. B. 2019 und 2024). Auch die Vergangenheitswerte bis einschließlich des Jahres 1991 wurden jeweils nach den neuen Klassifikationen umgerechnet, sodass sich die Daten in diesem Lernbrief von den Angaben in älteren Veröffentlichungen unterscheiden.

Das Bruttoinlandsprodukt ist definiert als die Summe aller Sachgüter und Dienstleistungen, die innerhalb einer Periode in der Volkswirtschaft hergestellt werden, multipliziert mit ihren

Marktpreisen abzüglich der Vorleistungen.

Schematisch lässt sich das Bruttoinlandsprodukt wie folgt ermitteln:

| | |
|-------|----------------------------|
| | Summe der Produktionswerte |
| . / . | Summe der Vorleistungen |
| = | Bruttowertschöpfung |
| + | Gütersteuern |
| . / . | Gütersubventionen |
| = | Bruttoinlandsprodukt |

Die Ausgangsbasis für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bildet die **Summe der Produktionswerte**. Für jedes Unternehmen ergibt sich der Produktionswert aus der Summe der zu Herstellungspreisen bewerteten Umsätze zuzüglich des Wertes der selbst erstellten Anlagen und der Lagerbestandserhöhungen. Herstellungspreise bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Gütersteuern (z.B. Mehrwertsteuer, Energiesteuer) nicht in den Preisen enthalten sind.

Vorleistungen sind die Güter und Dienstleistungen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und in der betrachteten Periode auch verbraucht haben. Hierzu gehören insbesondere Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie sonstige Leistungen, beispielsweise Post- und Telekommunikationsentgelte.

Wenn man zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts die Produktionswerte aller Unternehmen zusammenzählt, so muss man die Vorleistungen abziehen, da es ansonsten zu Doppelzählungen kommen würde. Die Differenz aus der Summe der Produktionswerte und der Summe der Vorleistungen bezeichnet man als **Bruttowertschöpfung**.

Ein kleines, stark vereinfachtes Zahlenbeispiel soll Ihnen die Zusammenhänge zwischen Produktionswerten, Vorleistungen und der Bruttowertschöpfung verdeutlichen:

Beispiel

Nehmen wir an, dass die betrachtete Volkswirtschaft nur aus zwei Unternehmen besteht und dass der Staat keine Gütersteuern erhebt.

Unternehmen A produziert Mehl. Es verkauft für 20 € Mehl an die privaten Haushalte und für 80 € Mehl an Unternehmen B. Der Produktionswert von Unternehmen A beträgt folglich 100 €.

Unternehmen B produziert mit dem gekauften Mehl Brot. Es verkauft für 500 € Brot an die privaten Haushalte. Sein Produktionswert beträgt 500 €.

Will man die Produktion in der gesamten Volkswirtschaft berechnen, so muss man zunächst die Produktionswerte der beiden Unternehmen addieren: $100 \text{ €} + 500 \text{ €} = 600 \text{ €}$.

Allerdings sind in den 500 €, die Unternehmen B für den Verkauf von Brot erhält, auch 80 € für das Mehl von Unternehmen A enthalten. Würde man vom Produktionswert die Vorleistungen nicht abziehen, so würden diese 80 € doppelt gezählt.

Folge

Die Bruttowertschöpfung ergibt sich also aus
 $100 \text{ €} + 500 \text{ €} - 80 \text{ €} = 520 \text{ €}$.

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird in den jeweiligen Marktpreisen angegeben. Da die Produktionswerte zu Herstellungspreisen berechnet wurden, müssen abschließend noch die **Gütersteuern** addiert werden. Umgekehrt gilt, dass eventuelle **Gütersubventionen** abgezogen werden müssen, da sie den Marktpreis entsprechend verringern.

Fortsetzung des Beispiels

Angenommen, in der zuvor betrachteten Volkswirtschaft erhebt der Staat eine 10 %ige Umsatzsteuer auf Verkäufe an private Haushalte. Unternehmen A müsste in diesem Fall 2 € Gütersteuern zahlen, Unternehmen B 50 €. Die gesamten Gütersteuern betragen 52 €.

Folge

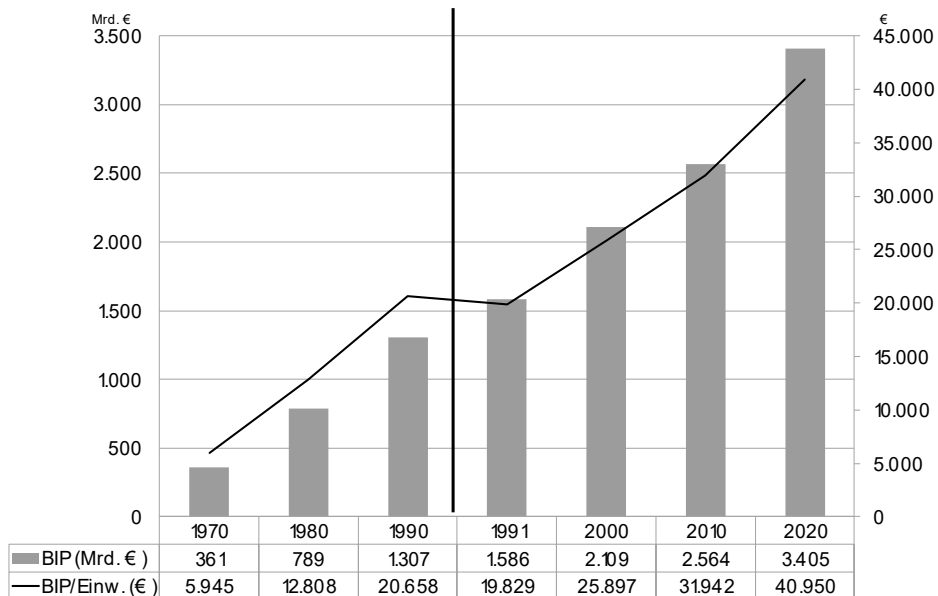
Unter der Annahme, dass es keine Gütersubventionen gibt, berechnet sich das Bruttoinlandsprodukt in unserem einfachen Beispiel wie folgt:

| | |
|----------------------------|-------|
| Summe der Produktionswerte | 600 € |
| – Summe der Vorleistungen | 80 € |
| = Bruttowertschöpfung | 520 € |
| + Gütersteuern | 52 € |
| = Bruttoinlandsprodukt | 572 € |

Die folgende Grafik zeigt Ihnen für ausgewählte Jahre die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei beziehen sich die Daten für die Jahre 1970 bis 1990 auf Westdeutschland, die Daten ab 1991 auf das wiedervereinigte Deutschland. Mitte Januar eines je-

den Jahres veröffentlicht das Statistische Bundesamt Informationen zum Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres. In diesen Angaben sind jedoch einige geschätzte Werte enthalten, sodass das Statistische Bundesamt die im Januar veröffentlichten Werte in der Regel zu einem späteren Zeitpunkt korrigiert.

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Merke

Das Bruttoinlandsprodukt ist definiert als die Summe aller Güter (Sach- und Dienstleistungen), die innerhalb einer Periode in der Volkswirtschaft hergestellt werden, multipliziert mit ihren jeweiligen Marktpreisen abzüglich der Vorleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt spiegelt die wirtschaftliche Gesamtleistung einer Volkswirtschaft wider.

8.2 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen

Zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung das Bruttonationaleinkommen berechnet. Während das Bruttoinlandsprodukt auf die Höhe der inländischen Produktion abstellt, dient das Bruttonationaleinkommen zur Beantwortung der Frage, welche Einkommen den Inländerinnen und Inländern zugeflossen sind.

Um das Bruttonationaleinkommen einer Volkswirtschaft zu berechnen, geht man vom Bruttoinlandsprodukt aus. Hiervon müssen die Einkommen von Ausländerinnen und Ausländern im Inland abgezogen werden. Das sind z.B. Einkommen von Pendlern, Künstlerinnen oder Monteuren, die ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben, aber in unserer Volkswirtschaft Einkommen erzielen. Hinzuzuzählen sind die Einkommen von Inländerinnen und Inländern, die im Ausland erzielt werden.

Neben den bereits genannten Arbeits-einkommen sind bei der Berechnung des Bruttonationaleinkommens auch Kapitaleinkünfte bedeutsam. So kann ein Inländer Dividendenzahlungen einer ausländischen Aktiengesellschaft erhalten oder Zinsen von einem Sparbuch bei einer ausländischen Bank.

Die folgende Formel verdeutlicht dies noch einmal:

Bruttoinlandsprodukt
(entspricht der Güterproduktion im Inland)

- Einkommen von Ausländerinnen und Ausländern im Inland
- + Einkommen von Inländerinnen und Inländern aus dem Ausland
- = Bruttonationaleinkommen
(früher Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen)

Merke

Das Bruttonationaleinkommen ergibt sich, indem man zum Bruttoinlandsprodukt die von der übrigen Welt empfangenen Primäreinkommen hinzuzählt und die an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen abzieht. Unter Primäreinkommen versteht man die Einkommen, die über die Märkte verteilt werden.

Werden vom Bruttonationaleinkommen die Abschreibungen abgezogen, erhält man das Nettonationaleinkommen. Unter Abschreibungen versteht man die Wertminderung der Produktionsmittel, die durch Abnutzung, Veralten und vorzeitiges Ausscheiden oder Schadensfälle verursacht werden. Vom Nettonationaleinkommen sind noch abzuziehen die Nettoproduktionsabgaben, z.B. Umsatzsteuer, Verbrauchsteuer und Zölle. Hinzuzuzählen sind weiterhin die Subventionen, die für die Unternehmen zusätzliches Einkommen darstellen und somit die Nettoproduktionsabgaben mindern. Das Ergebnis ist das Volkseinkommen, das die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen darstellt, und das den Inländerinnen und Inländern letztendlich zugeflossen ist.

Schematisch lässt sich dies folgendermaßen darstellen:

| |
|--|
| Bruttonationaleinkommen |
| – Abschreibungen |
| <hr/> |
| = Nettonationaleinkommen |
| – Nettoproduktionsabgaben |
| + Subventionen vom Staat an die Unternehmen |
| <hr/> |
| = Volkseinkommen (Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- und Vermögenseinkommen) |

Merke

Unter dem Volkseinkommen versteht man das gesamte Einkommen, das den Wirtschaftssubjekten für die Zurverfügungstellung der Produktionsfaktoren zugeflossen ist. Es wird aufgeteilt in

- Arbeitnehmerentgelt und
- Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

8.3 Berechnungsarten des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt lässt sich hinsichtlich seiner Entstehung, Verwendung und Verteilung ermitteln.

- Entstehungsrechnung,
- Verwendungsrechnung und
- Verteilungsrechnung

bilden somit die grundsätzlichen Berechnungsarten für das Bruttoinlandsprodukt.

Ermittlungsarten des Bruttoinlandsprodukts

Entstehungsrechnung

Verwendungsrechnung

Verteilungsrechnung

8.3.1 Entstehungsrechnung

Bei der Entstehungsrechnung geht es um die Frage: Welchen Anteil haben die einzelnen Unternehmen bzw. Wirtschaftsbereiche an der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts?

Mithilfe der Entstehungsrechnung können die Produktionsstruktur und Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft analysiert und beschrieben werden.

Das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 ist z.B. wie folgt entstanden.

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 0,9 %
- produzierendes Gewerbe ohne Bau 23,1 %
- Baugewerbe 5,4 %
- Handel, Gastgewerbe und Verkehr 16,4 %
- Information, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 30,6 %
- öffentliche und private Dienstleister 23,6 %

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Bedeutung des Dienstleistungssektors immer weiter gestiegen, während gleichzeitig der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zurückging. Beispielsweise betrug der Anteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) im Jahr 1970 noch rund 40 %, im Jahr 1991 immerhin noch etwas über 30 %. Demgegenüber stieg beispielsweise der Anteil der Sektoren „Information, Kommunikation, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ von rund 26 % im Jahr 1991 auf den aktuellen Wert von über 30 %. Die Bedeutung des Sektors Land- und Forstwirtschaft geht im langfristigen Trend zurück (1970: 3,3 %, 2024: 0,9 %).

Merke

Durch die Entstehungsrechnung wird die Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gemessen, um deren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt eines Jahres feststellen zu können.

8.3.2 Verwendungsrechnung

Bei der Verwendungsrechnung geht es um die Frage: In welche letzten Verwendungen fließen die in einer Volkswirtschaft hergestellten Güter und Dienstleistungen? Wie ein Haushaltsbuch gibt die Verwendungsrechnung Auskunft darüber, welche Teile des realen Bruttoinlandsprodukts privat und öffentlich verbraucht, investiert und exportiert wurden.

Es werden folgende Verwendungen unterschieden:

- Konsumausgaben der privaten Haushalte
- Konsumausgaben des Staats
- Bruttoanlageinvestitionen
- Vorratsveränderungen
- Außenbeitrag

Konsumausgaben der privaten Haushalte sind die Summe aller Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Konsumausgaben des Staats entsprechen dem Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe sowie den Ausgaben für Güter, die als sozialer Sachtransfer den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen. Darunter versteht man alle dauerhaften Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betriebswirtschaft-

lichen Buchführung aktiviert werden. Ausgenommen sind geringwertige Güter, die periodisch wiederbeschafft werden.

Die **Vorratsveränderungen** werden anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Saldo zwischen den Exporten und Importen von Sachgütern und Dienstleistungen. Als Exporte und Importe gelten alle Sachgüter- und Dienstleistungsumsätze mit Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz außerhalb Deutschlands haben. Ein positiver Außenbeitrag liegt vor, wenn die Ausfuhren die Einfuhren übersteigen, wenn also ein Teil des Bruttoinlandsprodukts an das Ausland verkauft wurde. Ein negativer Außenbeitrag sagt aus, dass mehr Güter aus dem Ausland importiert als exportiert wurden.

Hinweis

Mit der Bezeichnung „positiver“ bzw. „negativer“ Außenbeitrag ist keine Wertung im Sinne von „gut“ bzw. „schlecht“ verbunden. Es wird damit lediglich beschrieben, ob der Außenbeitrag ein positives oder ein negatives Vorzeichen aufweist.

Im Jahr 2024 wurde das Bruttoinlandsprodukt wie folgt verwendet:

- Konsumausgaben der privaten Haushalte 52,8 %
- Konsumausgaben des Staats 22,3 %
- Bruttoinvestitionen 21,0 %
- Außenbeitrag 3,9 %

Der Außenbeitrag ergibt sich, wie bereits erläutert, als Differenz aus Exporten und Importen. Er ist folglich eine Saldengröße. Die deutschen Exporte hatten im Jahr 2024 einen Wert in Höhe von 1.813 Mrd. €. Dies entspricht rund 42 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts und zeigt, wie sehr die deutsche Volkswirtschaft auf Exporte angewiesen ist. Der Wert der deutschen Importe betrug im Jahr 2024 1.647 Mrd. €. Deutschland ist also nicht nur ein bedeutender Exporteur, sondern auch ein bedeutender Importeur.

Die Verwendungsrechnung gibt Aufschluss über die Bedeutung der einzelnen Endproduktgruppen am Inlandsprodukt und die über längere Zeit aufgetretenen Strukturveränderungen. Das ist beispielsweise von Interesse, wenn das Gewicht des Außenhandels für eine Volkswirtschaft oder der Umfang ihrer Investitionstätigkeit im zeitlichen oder internationalen Vergleich analysiert werden soll. Auf die Daten der Verwendungsrechnung wird auch zurückgegriffen, wenn die Bedeutung der Produktion öffentlicher Güter untersucht wird. Aus den jährlichen Veränderungen der Komponenten der Inlandsproduktverwendung können zusätzlich wertvolle Hinweise darüber gewonnen werden, ob ein Zusammenhang zwischen den Schwankungen einzelner Endproduktgruppen und denen des Inlandsprodukts besteht.

Aus der Verwendungsrechnung können Sie so z.B. Verschiebungen vom privaten Verbrauch zum Staatsverbrauch oder zwischen dem Güterexport und -import erkennen. Diese Veränderungen können dann als Grundlage verwendet werden, um zu analysieren, welche Gründe hierfür ursächlich waren bzw. welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen sich dadurch ergeben.

Beispiel

Das Jahr 2024 war im Vergleich zum Vorjahr durch einen leichten Rückgang der Exporte gekennzeichnet. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Entstehungsseite, da es bei den exportabhängigen Branchen, insbesondere im produzierenden Gewerbe, zu Rückgängen kam. Die Importe verzeichneten ebenfalls eine leichte Abnahme. Eine Verringerung erlebten ferner die Investitionen, einschließlich des Bausektors. Stabilisiert wurde die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2024 lediglich vom Konsum. Der private Konsum wies ebenso wie der staatliche Konsum ein deutliches Wachstum auf.

Merke

In der Verwendungsrechnung wird ermittelt, für welche Zwecke das Bruttoinlandsprodukt verwendet wurde.

8.3.3 Verteilungsrechnung

Bei der Verteilungsrechnung geht es um die Frage: Wie verteilt sich das bei der Erstellung der Güter entstandene Volkseinkommen auf die an der Produktion beteiligten Wirtschaftseinheiten?

Es wird zwischen der funktionellen und der personellen Einkommensverteilung unterschieden.

8.3.3.1 Funktionelle Einkommensverteilung

In der funktionellen Verteilungsrechnung des Volkseinkommens wird zwischen zwei Haupteinkommensarten unterschieden:

- den Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und
- den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit bestehen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den tatsächlichen und den unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.

Zu den tatsächlichen Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zählen die Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung sowie Beiträge zur Arbeitsförderung und für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer. Die unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfassen die an die Begünstigten gezahlten sozialen Leistungen sowie die für sie netto zurückgestellten Beträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber gehören z.B. die Beiträge zur Versorgung von Beamtinnen und Beamten sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung.

Nach Abzug der Lohnsteuer und der (tatsächlichen) Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (vor allem für die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie für die Arbeitsförderung) von der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme erhält man die Nettolohn- und die Nettogehaltssumme.

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen umfassen die Einkommen der privaten Haushalte und des Staats aus Zinsen, Pacht und immateriellen Werten, aus Dividenden sowie den ausgeschütteten und nicht ausgeschütteten Gewinnen der Unternehmen.

Zieht man vom Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die direkten Steuern und andere geleistete Übertragungen (z.B. die Pflichtbeiträge der Selbstständigen zur Sozialversicherung) ab, so gelangt man zum Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

In der funktionellen Einkommensverteilung wird ausgewiesen, wie sich die bei der Güterproduktion erzielten Einkommen auf die im Produktionsprozess eingesetzten Produktionsfaktoren verteilt haben. Dabei müsste jedem Produktionsfaktor eine bestimmte Einkommensart zugeordnet werden:

| Produktionsfaktor | Einkommensart |
|---------------------------|---------------------------------------|
| – unselbstständige Arbeit | → Lohn- u. Gehaltseinkommen |
| – Natur | → Pachteinkommen |
| – Kapital | → Zinseinkommen |
| – Unternehmertätigkeit | → Unternehmergewinn als Resteinkommen |

Diese Gliederung wird jedoch der funktionellen Einkommensverteilung nicht zugrunde gelegt, sondern – wie bereits erwähnt – die Verteilung der Einkommen in

- Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und
- Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Der relative Anteil des Einkommens aus unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen wird als Lohnquote bezeichnet. Für die (unbereinigte) Lohnquote ergibt sich damit:

$$\frac{\text{Einkommen aus unselbstständiger Arbeit}}{\text{Volkseinkommen}} \times 100 = \text{Lohnquote in \%}$$



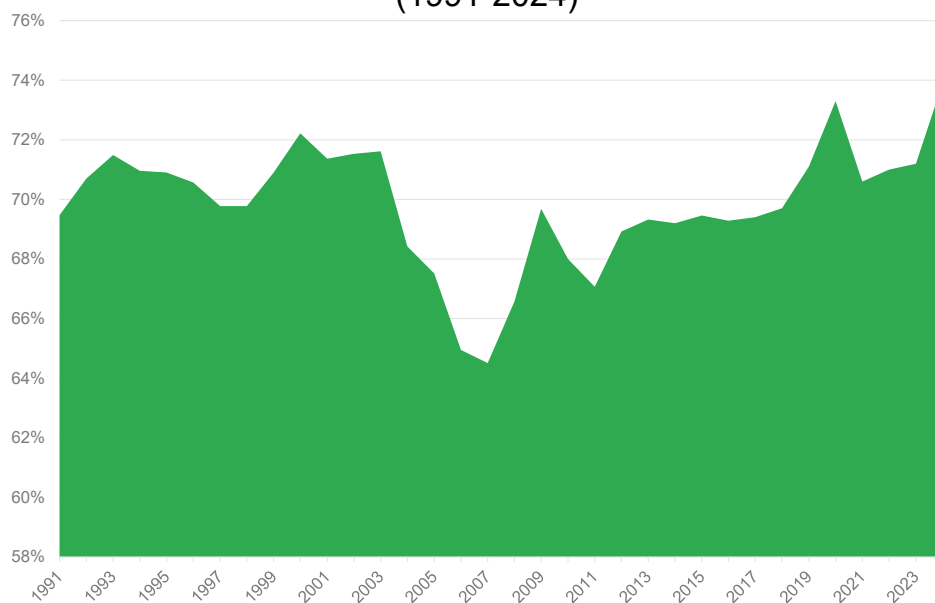
Es wird zwischen der unbereinigten und der bereinigten Lohnquote unterschieden. Die bereinigte Lohnquote berücksichtigt – im Gegensatz zu der oben dargestellten unbereinigten Lohnquote – auch, wie sich die Zahl der abhängig Beschäftigten im Zeitablauf entwickelt hat. Sie wird wie folgt berechnet:

$$\frac{\text{relativer Anteil der abhängig Beschäftigten an der gesamten Erwerbsbevölkerung im Basisjahr}}{\text{relativer Anteil der abhängig Beschäftigten an den gesamten Erwerbspersonen im Berichtsjahr}} \times \text{unbereinigte Lohnquote für das Berichtsjahr}$$

relativer Anteil der abhängig Beschäftigten an den gesamten Erwerbspersonen im Berichtsjahr

Wie sich die unbereinigte Lohnquote in Deutschland in den Jahren 1991 bis 2024 entwickelte, zeigt die folgende Grafik:

Entwicklung der Lohnquote in Deutschland (1991-2024)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Merke

In der funktionellen Einkommensverteilung wird ausgewiesen, wie sich das bei der Güterproduktion erzielte Einkommen auf die im Produktionsprozess eingesetzten Produktionsfaktoren verteilt. Dabei wird zwischen zwei Haupteinkommensarten unterschieden,

- den Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und
- den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Der relative Anteil des Einkommens aus unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen wird als Lohnquote bezeichnet. Es wird zwischen der unbereinigten und der bereinigten Lohnquote unterschieden.

Die unbereinigte Lohnquote gibt den relativen Anteil des Einkommens aus unselbstständiger Tätigkeit am Gesamteinkommen an (ohne Berücksichtigung der Entwicklung des Arbeitnehmeranteils). Die bereinigte Lohnquote gibt den Anteil der Einkommen der Arbeitnehmer am Volkseinkommen bei konstant gehaltenem Anteil der Zahl der Arbeitnehmer wieder. Die funktionelle Einkommensverteilung gibt keinen Aufschluss über die Gesamteinkommen der privaten Haushalte und die Verteilungssituation einzelner privater Haushalte.

Die Lohnquote wird häufig in der öffentlichen Diskussion als Indikator für eine „gerechte“ Einkommensverteilung genutzt. Allerdings sollte sie aufgrund der im Folgenden genannten Kritikpunkte nur sehr zurückhaltend interpretiert werden:

1. Die unbereinigte Lohnquote kann durch Veränderungen im Anteil der abhängig Beschäftigten beeinflusst werden. Beispielsweise hat der Anteil der abhängig Beschäftigten in Deutschland in den 1960er Jahren stark zugenommen, was zu einem Anstieg der unbereinigten Lohnquote geführt hat.

Diesem Kritikpunkt kann durch die Verwendung der bereinigten Lohnquote entgegnet werden. Allerdings ist der Wert der bereinigten Lohnquote von der Wahl des Basisjahres abhängig und daher nur schwer zu interpretieren. Beispielsweise beträgt die bereinigte Lohnquote für das Jahr 1985 62,9 %, wenn man als Basisjahr das Jahr 1960 wählt, und sie beträgt 73,0 %, wenn man als Basisjahr das Jahr 1991 wählt.

Konkret ist beispielsweise im Zeitraum zwischen 1991 und 2014 der Anteil der Selbstständigen von 9,2 % auf 10,3 % gestiegen. Berechnet man für das Jahr 2014 die bereinigte Lohnquote auf der Basis der Beschäftigtenstruktur des Jahres 1991, so liegt diese rund einen Prozentpunkt über der unbereinigten Lohnquote.

2. Spitzenmanagerinnen und Spitzenmanager, die Unternehmerfunktion ausüben und hohe Einkommen beziehen, werden statistisch den abhängig Beschäftigten zugerechnet. Diese Spitzeneinkommen erhöhen natürlich das Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

3. Gering verdienende Selbstständige werden den Selbstständigen zugerechnet, wodurch das Durchschnittseinkommen der Selbstständigen „künstlich“ verringert wird.
4. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen oftmals Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (z.B. Zinsen, Mieten, Dividenden).
5. Die Lohnquote enthält alle Lohn- und Gehaltsaufwendungen, die vom Standpunkt des Unternehmens her als Kosten zu betrachten sind. Es sind nicht nur die Steuern/Abgaben und Werbungskosten der abhängig Beschäftigten eingeschlossen, sondern auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung und die Nettozuführungen der Unternehmen zu den Rückstellungen für betriebliche Ruhegeldverpflichtungen.

8.3.3.2 Personelle Einkommensverteilung

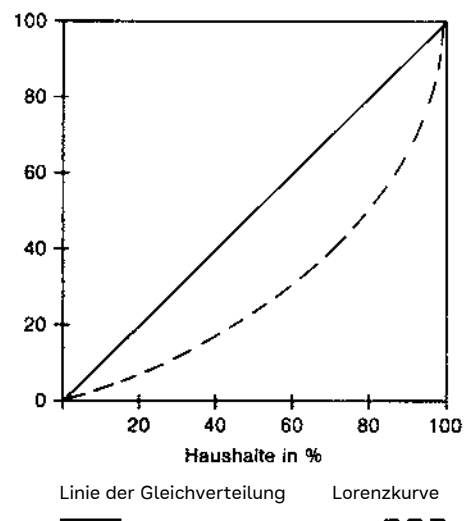
Bei der funktionellen Einkommensverteilung steht die Entlohnung der einzelnen Produktionsfaktoren im Vordergrund. Geht man dagegen davon aus, welche Anteile des Gesamteinkommens auf die einzelnen Haushalte entfallen, spricht man von der personellen Einkommensverteilung.

Der wirtschaftliche Wohlstand eines Haushalts ist dabei weitgehend von der Einkommenshöhe abhängig. Diese wiederum kann sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzen. Hierzu zählen neben dem Arbeitseinkommen, z.B. auch die Mieten, Zinsen, Transferzahlungen.

Im Rahmen der personellen Einkommensverteilung sind zwei Betrachtungen sinnvoll, nämlich die Verteilung der Einkommen auf die privaten Haushalte verschiedener sozialer Gruppen (z.B. Arbeitnehmenden-, Beamten-, Selbstständigenhaushalte) und die Verteilung der Gesamteinkommen auf die privaten Haushalte nach Einkommensgruppen. Letztere Einkommensverteilung wird mithilfe der sogenannten Lorenzkurve dargestellt.

Beispiel einer Lorenzkurve

Volkseinkommen in %



Auf der Abszisse sind die Haushalte in % und auf der Ordinate die relativen Anteile am Gesamteinkommen eingetragen. Dabei werden die Haushalte gemäß ihrem Einkommen aufsteigend sortiert, d.h., die Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen werden auf der Abszisse ganz links und die Haushalte mit dem höchsten Einkommen auf der Abszisse ganz rechts eingeordnet. Die Winkelhalbierende von 0 bis 100 ist die Linie der Gleichverteilung, während die gestrichelte Linie die sogenannte Lorenzkurve darstellt. Dem Schaubild, das reinen Beispiel-

Charakter hat und insbesondere nicht die konkrete Verteilungssituation in der Bundesrepublik Deutschland abbildet, kann z.B. entnommen werden, dass

- etwa 50 % der privaten Haushalte einen Anteil von ca. 20 % am Gesamteinkommen hatten,
- 70 % der privaten Haushalte einen Anteil von ca. 40 % am Gesamteinkommen hatten,
- 80 % der privaten Haushalte einen Anteil von ca. 57 % am Gesamteinkommen hatten.

Umgekehrt kann daraus gefolgert werden, dass

- die anderen 50 % der privaten Haushalte einen Anteil von 80 % am Gesamteinkommen hatten,
- die anderen 30 % der privaten Haushalte einen Anteil von 60 % am Gesamteinkommen hatten,
- die anderen 20 % der privaten Haushalte einen Anteil von ca. 43 % am Gesamteinkommen hatten.

Die Krümmung der Lorenzkurve hängt vom Grad der Ungleich- bzw. Gleichverteilung der Einkommen ab. Dabei sollte bedacht werden, dass Gleich- bzw. Ungleichverteilung der Einkommen nicht dasselbe bedeuten wie gerechte bzw. ungerechte Einkommensverteilung. Das erste Begriffspaar ist eine werturteilsfreie Bezeichnung, während das zweite Begriffspaar einen werturteilsgebundenen Inhalt hat.

Aufbauend auf der Lorenzkurve lässt sich der sogenannte Gini-Koeffizient errechnen, der ebenfalls als einfaches (numerisches) Verteilungsmaß genutzt wird. Der Gini-Koeffizient ergibt sich, wenn die Fläche zwischen der Lorenzkurve und der Linie der Gleichverteilung durch die Gesamtfläche unterhalb der Gleichverteilungsgeraden dividiert wird. Bei vollständiger Gleichverteilung nimmt der Gini-Koeffizient den Wert 0 an, bei vollständiger Ungleichverteilung den Wert 1. Der Gini-Koeffizient lässt sich für internationale und intertemporale Vergleiche nutzen.

Merke

In der personellen Einkommensverteilung wird ausgewiesen, welche Anteile des Gesamteinkommens auf die privaten Haushalte nach verschiedenen sozialen Gruppen oder nach Einkommensgruppen entfallen. Mithilfe der Lorenzkurve kann dargestellt werden, wie sich das Gesamteinkommen auf die privaten Haushalte nach Einkommensgruppen verteilt.

In den folgenden Schaubildern sind noch einmal die Berechnungsarten des Bruttoinlandsprodukts und die einzelnen wertmäßigen Anteile aus dem Jahr 2024 dargestellt:

Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Summe der Produktionswerte
 – Summe der Vorleistungen
 = Bruttowertschöpfung
 + Gütersteuern
 – Gütersubventionen

II. Verwendungsrechnung

Konsumausgaben der privaten Haushalte
 + Konsumausgaben des Staats
 + Ausrüstungsinvestitionen
 + Bauinvestitionen
 + sonstige Anlagen
 + Vorratsänderungen u. Nettozugang
 an Wertsachen
 + Exporte von Waren u. Dienstleistungen
 – Importe von Waren u. Dienstleistungen

= Bruttoinlandsprodukt

+ Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt
 = Bruttonationaleinkommen
 – Abschreibungen

III. Verteilungsrechnung

= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)

– Produktions- und Importabgaben an den Staat
 + Subventionen vom Staat

= Volkseinkommen

– Arbeitnehmerentgelt
 = Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2024

in Mrd. €
4.305,3

| Entstehung | | = | Verwendung | = | Verteilung |
|--|---|---|-------------------------------------|---|---|
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 35,6 | B r u t t o w e r t s c h ö p f u n g | | Private Konsumausgaben 2.271,8 | | Arbeitnehmerentgelt 2.353,8 |
| Produzierendes Gewerbe ohne Bau 902,2 | | | | | |
| Baugewerbe 210,3 | | | | | |
| Handel, Gastgewerbe und Verkehr 640,9 | | | Konsumausgaben der Staates 961,3 | | Unternehmens- und Vermögenseinkommen 830,6 |
| Information, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 1.191,8 | | | | | |
| Öffentliche und private Dienstleister 918,7 | | | | | |
| + | | | + | | + |
| Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen 405,8 | | | Investitionen 906,2 | | Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat 387,7 |
| | | | + | | + |
| | | | | | Abschreibungen 870,0 |
| | | | | | - |
| | | | Außenbeitrag 166,0 | | Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt 153,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Differenz durch Rundungen, Stand Februar 2025

8.4 Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt

Bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden grundsätzlich die Preise des jeweils betrachteten Jahres zugrunde gelegt. Man spricht hier vom nominalen Bruttoinlandsprodukt. Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt, das eine Volkswirtschaft in unterschiedlichen Jahren erwirtschaftet hat, so ist zu beachten, dass sich nicht nur die Menge der produzierten Güter ändert. Auch die Preise der produzierten Güter können steigen oder sinken. Um die Mengenveränderung zu isolieren, wird das BIP zusätzlich mit den Preisen des jeweiligen Vorjahres berechnet. Man spricht hier auch vom realen Bruttoinlandsprodukt. Das folgende stark vereinfachte Zahlenbeispiel soll Ihnen die Zusammenhänge verdeutlichen:

Beispiel

Die folgende Tabelle zeigt die volkswirtschaftliche Produktion in den Jahren 2022 und 2023:

| | 2022 | 2023 |
|-------------------|-------------------------|-------------------------|
| Produktion Äpfel | 100 Stück | 110 Stück |
| Preis Äpfel | 1,00 Geldeinheiten (GE) | 1,20 Geldeinheiten (GE) |
| Produktion Birnen | 50 Stück | 60 Stück |
| Preis Birnen | 2,00 Geldeinheiten (GE) | 2,30 Geldeinheiten (GE) |

Berechnung des nominalen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2022:

$$100 \text{ Äpfel} \times 1,00 \text{ GE} + 50 \text{ Birnen} \times 2,00 \text{ GE} = 200,00 \text{ GE}$$

Berechnung des nominalen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2023:

$$110 \text{ Äpfel} \times 1,20 \text{ GE} + 60 \text{ Birnen} \times 2,30 \text{ GE} = 270,00 \text{ GE}$$

Das nominale BIP ist um 70,00 GE (35 %) gestiegen.

Berechnung des realen BIP für das Jahr 2023 mit Preisen des Jahres 2022:

$$110 \text{ Äpfel} \times 1,00 \text{ GE} + 60 \text{ Birnen} \times 2,00 \text{ GE} = 230,00 \text{ GE}$$

Folge

Das reale BIP ist um 30,00 GE (15 %) gestiegen.

8.5 Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaßstab

Mithilfe des Bruttoinlandsprodukts werden häufig Aussagen über den Wohlstand von Volkswirtschaften getroffen, das Bruttoinlandsprodukt dient also als Wohlstandsindikator. Wie wir Ihnen im vorherigen Abschnitt gezeigt haben, setzt der Vergleich verschiedener Jahre voraus, dass zuvor das reale Bruttoinlandsprodukt berechnet wurde.

Beim internationalen Vergleich greift man angesichts der unterschiedlichen Größen der einzelnen Volkswirtschaften auf die Größe „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ zurück. Da das Bruttoinlandsprodukt jeweils in der Landeswährung berechnet wird, muss man sich entscheiden, welchen Umrechnungsfaktor man zugrunde legt. Da die Wechselkurse im Zeitablauf stark schwanken, werden oftmals Durchschnittswerte verwendet.

Zusätzlich zu dieser Währungsproblematik bei internationalen Vergleichen gibt es eine Reihe grundsätzlicher Kritikpunkte an der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator:

1. Das Bruttoinlandsprodukt trifft keine Aussage über die Verteilung der Güterproduktion in einer Volkswirtschaft. Wenn zwei Volkswirtschaften dasselbe Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aufweisen, so können die Einkommen in der einen Volkswirtschaft relativ gleichmäßig, in der anderen jedoch sehr ungleich verteilt sein.
2. Im Bruttoinlandsprodukt sind nur die Güter und Dienstleistungen erfasst, die über Märkte abgesetzt werden. Nicht erfasst ist beispielsweise die Produktion für den Eigenbedarf von privaten Haushalten. Auch ehrenamtliche Tätigkeiten werden nicht in das Bruttoinlandsprodukt eingerechnet.

Mittlerweile versucht das Statistische Bundesamt über Nebenrechnungen diese fehlenden Informationen zu ergänzen. Beispielsweise befasst sich eine dieser Nebenrechnungen mit der Produktion von Dienstleistungen in privaten Haushalten (z.B. Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Zubereitung von Mahlzeiten).
3. Das Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt nicht, welche Güter hergestellt werden. So erhöht ein vermehrter Konsum gesundheitsschädlicher Produkte ebenso das Bruttoinlandsprodukt wie ein vermehrter Konsum gesundheitsfördernder Produkte.
4. Da die vom Staat angebotenen Leistungen keine Marktpreise haben, werden sie zu ihren jeweiligen Herstellungskosten bewertet. Dabei kann nicht berücksichtigt werden, ob diese Leistungen von den Bürgern als sinnvoll und wünschenswert erachtet werden. Ein übertriebenes Beispiel soll dies verdeutlichen:

Wenn der Staat einen Arbeiter beschäftigt, um ein Loch zu graben und einen anderen Arbeiter beschäftigt, um dieses Loch wieder zuzuschütten, so erhöht der Lohn dieser beiden Arbeiter das Bruttoinlandsprodukt, ohne dass der Wohlstand der Volkswirtschaft gestiegen sein dürfte.

5. Häufig wird kritisiert, dass auch Rüstungsausgaben des Staats das Bruttoinlandsprodukt erhöhen.
6. Das Bruttoinlandsprodukt erfasst nicht, dass mit zunehmender Produktion auch die Umweltbelastungen zunehmen können, was den Wohlstand der Menschen in einer Volkswirtschaft mindert. Auch diesen Kritikpunkt versucht man über eine Nebenrechnung zu entkräften (sogenannte Umweltökonomische Gesamtrechnung).
7. Schließlich trifft das Bruttoinlandsprodukt keine Aussage über wohlstandsrelevante Größen aus dem Sozialbereich, etwa über den Gesundheitszustand der Bevölkerung oder den Zugang der Menschen zum Gesundheitssystem.

Aus all diesen Gründen sind seit mehreren Jahren zahlreiche Versuche unternommen worden, Lebensqualität oder gesellschaftlichen Wohlstand umfassender als durch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu messen und auszudrücken. Bei der Messung der Lebensqualität geht es dabei teils um die Erfassung des subjektiven Wohlbefindens, teils um die Erhebung objektiver Lebensbedingungen. Dadurch soll es möglich werden, ein umfassenderes Bild der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu erhalten, als es allein mit der wirtschaftlichen Größe Bruttoinlandsprodukt möglich ist.

Dabei werden z.B. folgende Indikatoren genannt:

- Ehe/Partnerschaft
- Familienleben
- Wohngegend
- Lebensstandard
- Wohnung
- Freizeit
- Haushaltseinkommen
- Gesundheit
- Bildung
- politische Beteiligung
- öffentliche Sicherheit
- Umweltschutz

Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt sind diese Indikatorensysteme zwar wesentlich differenzierter. Jedoch ist es für die meisten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sehr schwer, geeignete Indikatoren zu finden. Auch sind die sozialen Indikatorensysteme aufgrund der Vielzahl der genutzten Größen meist nur schwer überschaubar.

Merke

An der Höhe und Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts werden häufig Größe und Wachstum des materiellen Wohlstands einer Volkswirtschaft gemessen und im zeitlichen und internationalen Vergleich beurteilt.

Das Bruttoinlandsprodukt und sein Wachstum ist jedoch nur bedingt als Wohlstandsmaßstab geeignet.

Aus der Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaßstab wurden Versuche unternommen, Lebensqualität oder gesellschaftlichen Wohlstand umfassender als durch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu messen und auszudrücken.

Bei der Messung der Lebensqualität geht es dabei teils um die Erfassung des subjektiven Wohlbefindens, teils aber auch um die Erhebung objektiver Lebensbedingungen. Dabei werden eine Reihe sogenannter weicher (qualitativer) Messgrößen (Indikatoren) herangezogen.

9 Steuern

8.6 Übungen zum Lernabschnitt 8

Übung 35

Erläutern Sie, wie das Bruttoinlandsprodukt definiert ist.

Übung 36

Unterscheiden Sie die verschiedenen Berechnungsarten des Bruttoinlandsprodukts, und erläutern Sie diese kurz.

Übung 37

Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eines Landes sind Ihnen die folgenden Daten bekannt:

- Bruttowertschöpfung: 1.000
- Gütersteuern abzügl. Gütersubventionen: 200
- Privater Konsum: 500
- Staatlicher Konsum: 200
- Investitionen: 400
- Exporte: 800

Berechnen Sie den Wert der Importe.

Übung 38

Beschreiben Sie die funktionelle und die personelle Einkommensverteilung.

Übung 39

Erläutern Sie, ob das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaßstab geeignet ist.

9.1 Steuerbegriff und Einteilung der Steuern

Steuern sind einmalige oder laufende Geldleistungen an den Staat, für die keine unmittelbare Gegenleistung erbracht wird. Sie werden vom Staat erhoben, um Einnahmen zu erzielen.

Für die privaten Wirtschaftssubjekte bedeutet eine Steuerzahlung stets einen Einkommensverlust. Dabei kann es sich um eine Verringerung des nominalen Einkommens handeln, z.B. bei der Einkommensteuer, oder um eine Verringerung des realen Einkommens, z.B. wenn aufgrund einer Erhöhung der Mehrwertsteuer die Preise steigen und somit die Kaufkraft des Einkommens sinkt.

Der Steuerzahlung können sich Steuerpflichtige nicht entziehen, ohne sich strafbar zu machen. Damit haben Steuern Zwangscharakter.

Für jede Steuer muss per Gesetz festgelegt werden, wer die Steuer zu zahlen hat (Steuersubjekt, auch Steuerpflichtiger oder Steuerschuldner genannt), welcher Tatbestand besteuert wird (Steuerobjekt) und in welcher Höhe die Steuer zu entrichten ist.

Die Höhe der Steuerzahlung ergibt sich, indem auf die Bemessungsgrundlage der Steuer ein Steuertarif angewendet wird.

Beispiel

In Deutschland wird seit vielen Jahrzehnten eine Schaumweinsteuer erhoben. Steuerobjekt ist die Herstellung oder der Import von Schaumwein. Steuersubjekt ist der Hersteller oder Importeur. Die Bemessungsgrundlage ist die Menge an hergestelltem bzw. importiertem Schaumwein. Der Steuertarif lautet – je nach Alkoholgehalt des Schaumweins – 0,51 €/Liter bzw. 1,36 €/Liter Schaumwein.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es etwa 50 verschiedene Arten von Steuern. Die einzelnen Steuern lassen sich nach verschiedenen Gesichtspunkten einteilen:

1. Nach dem Empfänger der Steuern unterscheidet man:

a) Bundessteuern

Diese Steuern fließen ausschließlich dem Bund zu.

Dazu gehören:

- Versicherungssteuer
- Energiesteuer
- Tabaksteuer
- Schaumweinsteuer
- Kaffeesteuer
- Solidaritätszuschlag
- Kraftfahrzeugsteuer (seit 01.07.2009 – zuvor Landessteuer)
- Luftverkehrssteuer

b) Landessteuern

Diese Steuern fließen ausschließlich den Ländern zu.

Dazu gehören:

- Grunderwerbsteuer
- Biersteuer
- Erbschaftsteuer
- Lotteriesteuer

c) Gemeindesteuern

Diese Steuern fließen ausschließlich den Gemeinden zu.

Dazu gehören:

- Gewerbesteuer
- Grundsteuer
- Hundesteuer
- lokale Getränkesteuer

d) Gemeinschaftssteuern

Diese Steuern fließen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu, wobei die einzelnen Steuerarten auch unterschiedlich aufgeteilt werden.

Dazu gehören:

- Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)
- Lohn- und Einkommensteuer
- Körperschaftsteuer
- Abgeltungsteuer

2. Nach dem Steuergegenstand unterscheidet man:

a) **Steuern auf Einkommen und Vermögen (Besitzsteuern)**

Zu den Besitzsteuern zählen alle Abgaben, die für einen bestehenden Besitz (z.B. Grundstücke) oder für einen Besitzzuwachs (Einkommen) zu zahlen sind. Besitzsteuern können personenbezogen oder objektbezogen sein.

Personenbezogene Steuern (Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) werden von den Einkünften natürlicher und juristischer Personen (z.B. GmbH) erhoben.

Objektbezogene Steuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer) werden personenunabhängig erhoben.

b) **Steuern auf den Vermögensverkehr**

Steuern werden auch auf die Übertragung oder den Verkauf von Vermögen erhoben. Hierzu zählen die Erbschaftsteuer sowie die Grunderwerbsteuer.

c) **Steuern auf die Einkommensverwendung**

Bei den Steuern auf die Einkommensverwendung kann insbesondere zwischen der allgemeinen Verbrauchsteuer (Umsatzsteuer bzw. Mehrwertsteuer) und den speziellen Verbrauchsteuern unterschieden werden. Zu den speziellen Verbrauchsteuern zählen etwa die Energiesteuer, die Kaffeesteuer sowie örtliche Getränkesteuern.

Mitunter wird zwischen Verkehrssteuern und Verbrauchsteuern unterschieden. Dabei ist die Verkehrssteuer als Besteuerung des Kapital- und Güterausbaus definiert, während die Verbrauchsteuer am Verbrauch von Gütern ansetzt. Allerdings ist diese Unterscheidung nicht trennscharf, sodass beispielsweise die allgemeine Umsatzsteuer sowohl den Verkehr als auch den Verbrauchsteuern zugeordnet werden kann.

3. Nach der Erhebungstechnik unterscheidet man:

a) **Direkte Steuern**

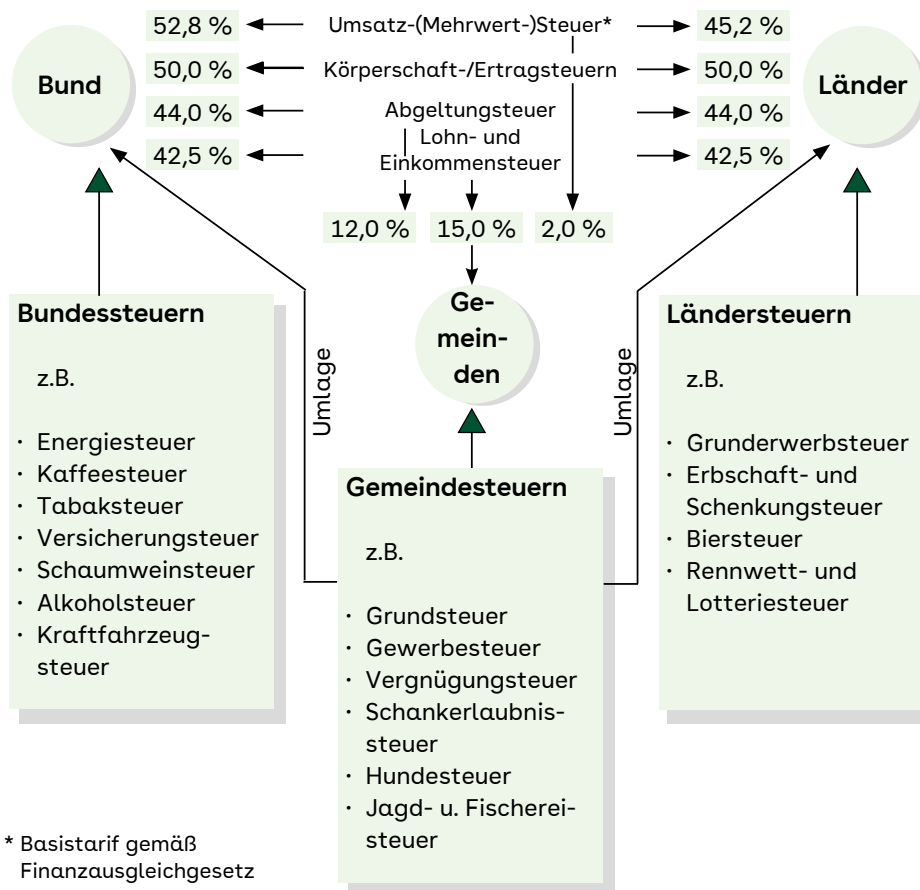
Sie werden vom Steuerschuldner nicht nur gezahlt, sondern auch getragen. Der Steuerschuldner ist somit auch Steuerträger, d.h. bei ihm tritt der Einkommensverlust auf. Beispiele: Einkommensteuer, Lohnsteuer, Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer.

b) **Indirekte Steuern**

Hierbei handelt es sich um Steuern, die der Steuerschuldner nicht selbst trägt, sondern größtenteils auf eine andere Person abwälzt. Der Steuerschuldner ist also nicht gleich dem Steuerträger. Hierzu gehören alle Verbrauchsteuern.

Verteilung der Steuern

von den gemeinschaftlichen Steuern erhalten



Beispiel

Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer.

Folge

Das Unternehmen (Steuerschuldner) muss die Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen, die ein Verbraucher oder eine Verbraucherin (Steuerträger) beim Kauf von Gütern an das Unternehmen bezahlt. Da das Unternehmen die Steuerbelastung an den Verbraucher „weitergibt“, ist der Verbraucher der Steuerträger.

Merke

Steuern sind einmalige oder laufende Geldleistungen an den Staat, für die keine unmittelbare Gegenleistung erbracht wird.

Steuern werden nach folgenden Gesichtspunkten eingeteilt:

1. nach dem Empfänger der Steuern
2. nach dem Steuergegenstand
3. nach der Erhebungstechnik

| Einteilung der Steuern (mit Zuordnung von Beispielen) | | | |
|---|--|---|---|
| Steuern auf Einkommen und Vermögen | Lohn- und veranlagte Einkommensteuer → | | Anteil an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer |
| | Körperschaftsteuer Gewerbesteuerumlage ← | | Gewerbesteuer Grundsteuer |
| Steuern auf den Vermögensverkehr | | Erbschaft- und Schenkungsteuer Grunderwerbsteuer | |
| Steuern auf die Einkommensverwendung | Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) → | | Anteil an Umsatzsteuer |
| | Energiesteuer Tabaksteuer Kaffeesteuer | Biersteuer | lokale Getränkesteuer |
| Bund | | Länder | Gemeinden |

9.2 Ziele der Steuerpolitik

Wie bereits oben erwähnt, dienen Steuern in erster Linie dem Zweck Einnahmen für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu erzielen. Man spricht hier auch vom fiskalischen Ziel der Steuererhebung. Darüber hinaus können mit Steuern weitere Ziele verfolgt werden, insbesondere in den Bereichen Umweltpolitik und Gesundheitspolitik. Es handelt sich hier um nichtfiskalische Ziele.

Bei den indirekten Steuern führt die Erhebung oder die Erhöhung einer Steuer zu einer Erhöhung des Preises. Die Haushalte werden hierauf in der Regel mit einer Verringerung ihres Konsums reagieren. Diese Konsumverringering kann vom Staat beabsichtigt sein, beispielsweise bei umweltschädigenden oder gesundheitsschädigenden Produkten.

Beispiel

Besteuerung von

- Energie,
- Tabakerzeugnissen und
- alkoholischen Getränken.

Allerdings können in den genannten Bereichen durchaus Konflikte zwischen den fiskalischen und den nicht-fiskalischen Zielen der Besteuerung bestehen. Beispielsweise ist es aus gesundheitspolitischer Perspektive positiv zu beurteilen, wenn infolge einer Erhöhung der Tabaksteuer viele Menschen mit dem Rauchen aufhören. Dem Staat entgehen hierdurch jedoch Einnahmen, die er möglicherweise fest eingeplant hatte.

9.3 Anteil einzelner Steuern am Steueraufkommen

Die nachfolgende Grafik zeigt Ihnen, welchen Anteil die wichtigsten Steuern an dem Gesamtsteueraufkommen im Jahre 2024 hatten.

Wie Sie sehen, betrugen die Steuereinnahmen im Jahr 2024 rund 954 Mrd. €. Rund 78 % dieses Aufkommens stammen aus nur fünf Steuerquellen: Umsatzsteuer (Anteil 31,7 %), Lohnsteuer

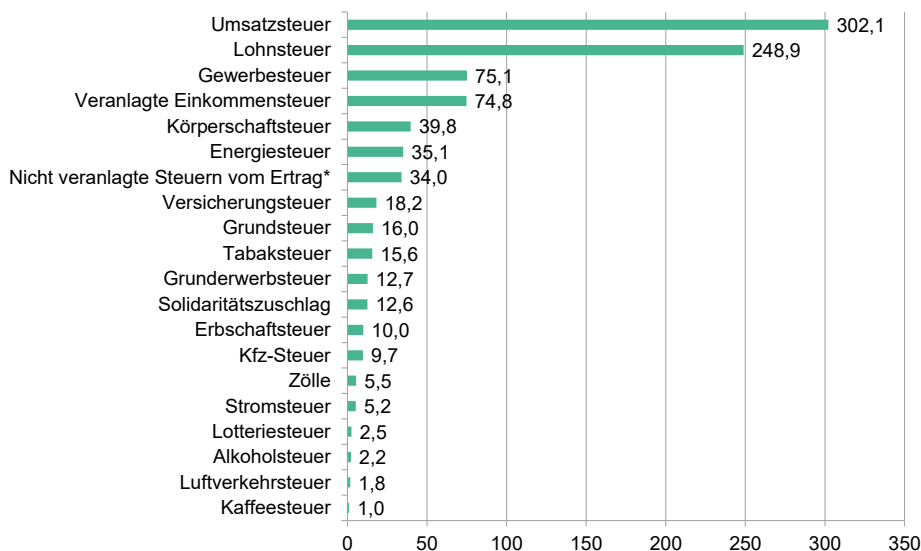
(26,1 %), Gewerbesteuer (7,9 %), veranlagte Einkommensteuer (7,8 %), Gewerbesteuer (7,9 %) und Körperschaftsteuer (4,2 %).

Die größten Steuereinnahmen werden aus der Umsatz- sowie der Lohn- und Einkommensteuer erzielt. Deshalb haben Steueränderungen in diesen Bereichen auch die größten Auswirkungen auf die Einnahmen des Staats.



Steuern in Deutschland im Jahr 2024

Insgesamt rund 954 Mrd. Euro, darunter:



* Einschließlich Kapitalertragsteuer und Abgeltungsteuer

Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen. Gemeindesteuern gemäß Steuerschätzung Okt. 2024.

9.4 Einkommensteuer

9.4.1 Gegenstand

Gegenstand der Einkommensteuer ist das Einkommen der natürlichen Personen. Von bestimmten Einkünften wird die Einkommensteuer grundsätzlich durch Steuerabzug (z.B. Lohnsteuer) erhoben.

Das Einkommensteuerrecht unterscheidet Einkünfte aus sieben Einkunftsarten. Im Einzelnen handelt es sich um Einkünfte aus

- Land- und Forstwirtschaft,
- Gewerbebetrieb,
- selbstständiger Arbeit,
- nichtselbstständiger Arbeit,
- Kapitalvermögen,
- Vermietung und Verpachtung sowie
- sonstige Einkünfte.

Steuerpflichtig ist stets nur das Nettoeinkommen, d.h. vom Bruttoeinkommen werden die Kosten der Einkommenserzielung abgezogen. Bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbstständiger Arbeit nennt man diese Nettoeinkünfte Gewinn. Im Bereich der Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit werden die Kosten der Einkommenserzielung als Werbungskosten bezeichnet. Zu diesen Werbungskosten zählen beispielsweise Bewerbungskosten, Arbeitsmittel oder eine spezielle Berufskleidung, die von Beschäftigten getragen werden muss.

Teilweise werden Werbungskosten bis zu einem bestimmten Betrag pauschal berücksichtigt, z.B. bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit der sogenannte Arbeitnehmerpauschbetrag. Höhere Werbungskosten müssen einzeln nachgewiesen werden.

Von der Summe der Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten werden Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen abgezogen, wobei teilweise Obergrenzen zu beachten sind. Sonderausgaben sind beispielsweise die gezahlte Kirchensteuer, Spenden für gemeinnützige Zwecke sowie Vorsorgeaufwendungen. Zu diesen Vorsorgeaufwendungen zählen neben Aufwendungen für die Altersvorsorge (z.B. Rentenversicherungsbeiträge) auch die Arbeitnehmerbeiträge zur Krankenversicherung.

Als außergewöhnliche Belastung können beispielsweise bestimmte Unterhaltszahlungen an Angehörige oder Heim- und Pflegekosten geltend gemacht werden. Am Ende dieses Berechnungswegs steht das zu versteuernde Einkommen, das die Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer bildet.

Die folgende Übersicht verdeutlicht die Berechnung des zu versteuernden Einkommens:

Summe der Nettoeinkünfte aus den sieben Einkunftsarten

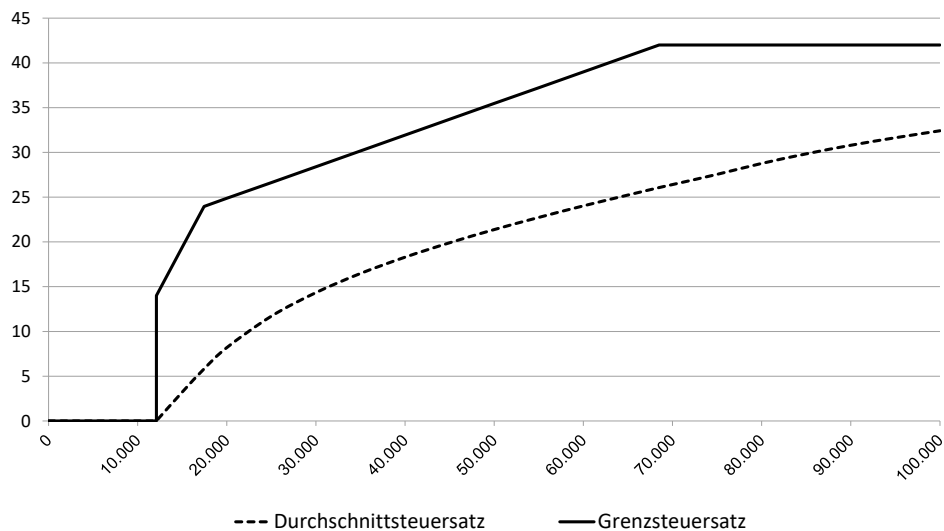
- Sonderausgaben
- außergewöhnliche Belastungen
- = zu versteuerndes Einkommen

Rechtsgrundlage für die Einkommensbesteuerung natürlicher Personen sind

- das Einkommensteuergesetz,
- die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung,
- die Einkommensteuer-Richtlinien und
- die Lohnsteuer-Richtlinien.

Grenz- und Durchschnittssteuersatz der Einkommensteuer (Tarif 2025 - Ledige)

(Steuerbelastung in Abhängigkeit vom zu versteuernden Einkommen)



Das Einkommensteuerrecht unterscheidet zwischen unbeschränkter und beschränkter Steuerpflicht. Natürliche Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland sind unbeschränkt – also mit sämtlichen inländischen und ausländischen Einkünften – einkommensteuerpflichtig. Natürliche Personen, die im Inland keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, sind grundsätzlich nur beschränkt einkommensteuerpflichtig, d.h. nur mit bestimmten inländischen Einkünften (z.B. aus Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung).

Die Einkommensteuer wird grundsätzlich nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres nach dem Einkommen veranlagt, das Steuerpflichtige in diesem Jahr bezogen haben. Das Veranlagungsverfahren wird regelmäßig durch eine Erklärung von den Steuerpflichtigen über die von ihnen

in dem betreffenden Jahr bezogenen Einkünfte (Einkommensteuererklärung) in Gang gesetzt. Die Steuer wird durch Bescheid festgesetzt.

Eine zunehmende Zahl von Steuerpflichtigen nutzt die Möglichkeit einer elektronischen Steuererklärung über das „Elster“-Portal der Finanzverwaltung. Dieser Trend zur „papierlosen Steuererklärung“ wird vom Staat unterstützt, beispielsweise ist es nicht mehr erforderlich, alle Belege zusammen mit der Steuererklärung einzureichen. Diese müssen nur noch auf spezielle Anforderung des Finanzamtes nachgereicht werden.

Bei Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit beziehen, wird in aller Regel eine vierteljährliche Einkommensteuervorauszahlung gefordert.

9.4.2 Steuertarif

Der Einkommensteuertarif ist das Kernstück des Einkommensteuergesetzes. Nach ihm richtet sich grundsätzlich die von Steuerpflichtigen aus dem Einkommen zu tragende Einkommensteuer.

Der Einkommensteuertarif ist wie folgt gestaltet:

- Von dem zu versteuernden Einkommen bleibt ein sogenannter Grundfreibetrag steuerfrei. Er beträgt 2025 12.096 € für Alleinstehende bzw. 24.192 € für Verheiratete.
- Werden die Freibeträge überschritten, gilt zurzeit ein Eingangssteuersatz von 14 %.
- In der sich daran anschließenden Progressionszone, die bis zu einem Einkommen in Höhe von 68.480 €/136.960 (Grund-/Splittingtabelle) geht, werden steigende Einkommen mit einer progressiv (überproportional) ansteigenden Steuer belastet.
- Ab einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 66.961 €/138.482 € (Grund-/Splittingtabelle) beträgt der Steuersatz 42 % (Spitzensteuersatz).

Seit 01. 01. 2007 steigt der Satz der Einkommensteuer ab einem Einkommen von 250.000 €/500.000 € (Grund-/Splittingtabelle) auf 45 % (sogenannte Reichensteuer). Im Jahr 2025 beträgt diese Grenze 277.826 €/555.652 €.

Die bislang genannten Steuersätze (Eingangssteuersatz 14 % und Spitzensteuersatz 42 % bzw. 45 %) sind sogenannte Grenzsteuersätze. Sie beziehen sich auf die jeweils letzte zu versteuernde Einkommenseinheit. Die Grenzsteuersätze liegen stets höher als die durchschnittliche Steuerbelastung des Einkommens.

Bei Steuerpflichtigen mit Kindern ist zusätzlich zum Grundfreibetrag der Kinderfreibetrag zu berücksichtigen. Dieser beträgt pro Kind und Elternteil 2025 4.800 €/Jahr, bei verheirateten Eltern also 9.600 € pro Jahr und Kind. Der Kinderfreibetrag wird mit dem Kindergeld verrechnet, wobei stets die für Steuerpflichtige günstigere Variante gilt. Bei niedrigeren Einkommen ist dies das einkommensunabhängige Kindergeld, bei höheren Einkommen der Kinderfreibetrag, dessen absolute Entlastungswirkung mit zunehmendem Einkommen steigt.

Die durchschnittliche Belastung des zu versteuernden Einkommens mit Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer lässt sich nach folgender Formel ermitteln:

| | | |
|---|--------------|--|
| Steuer nach der Grund- bzw. Splittingtabelle | $\times 100$ | Durchschnittssteu- belastung in Prozent |
| <hr/> | | = |
| zu versteuerndes Einkommen | | des zu versteuernden Einkommens |

Insgesamt kann festgestellt werden, dass durch die Gestaltung des Steuertarifs die Steuerbelastung mit wachsendem Einkommen allmählich steigt.

Ein derartiger Steuertarif, der bei steigendem Einkommen zu einer zunehmenden Durchschnittsbelastung führt, wird als progressiver Steuertarif bezeichnet.

Die nebenstehende Darstellung zeigt Ihnen den Verlauf des Grenzsteuersatzes und des Durchschnittssteuersatzes gemäß Grundtabelle, d.h. für alleinstehende Steuerpflichtige.

Der Einkommensteuertarif wurde in den vergangenen Jahren mehrfach leicht abgesenkt. Generell ist eine solche Absenkung regelmäßig erforderlich, da bei steigendem Lohn- und Preisniveau (Inflation) die reale Steuerbelastung zunimmt (sogenannte „kalte Progression“).

Beispiel

Das kinderlose Ehepaar Müller hat im Jahr 2025 ein zu versteuerndes Einkommen von 50.000 €. Die Einkommensteuer beträgt 6.544 €.

Für das Jahr 2026 erhalten die Eheleute eine Lohnerhöhung um 2 %, d. h., das zu versteuernde Einkommen beträgt nun 51.000 €. Wenn die Inflationsrate ebenfalls 2 % beträgt, so ist die Kaufkraft des zu versteuernden Einkommens der Eheleute Müller gleich geblieben. Bei gegenüber dem Jahr 2025 unverändertem Steuertarif ergibt sich jedoch eine Steuerschuld von 6.122 €.

Folge

Obwohl das reale Einkommen (= die Kaufkraft) der Eheleute Müller vor Steuerabzug gleichgeblieben ist, hat sich ihre Steuerschuld um 268 € erhöht. Die kalte Progression hat dazu geführt, dass sich das reale verfügbare Einkommen verringert hat.

9.4.3 Ehegattensplitting

Die Grundtabelle gilt für diejenigen Steuerpflichtigen, die allein veranlagt werden. Die Splittingtabelle gilt dagegen für Ehegatten, die gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagt werden. Beim sogenannten „Splitting“ wird für Verheiratete durch Addition der jeweiligen Einzeleinkommen ein gemeinsames Einkommen festgestellt und dieses dann durch zwei geteilt (gesplittet). Gedanklich versteuert jeder die Hälfte des gemeinsamen Einkommens nach der Grundtabelle. Die Steuerbeträge werden sodann addiert und in einem Steuerbescheid zusammengefasst.

Die Regelungen zum Ehegattensplitting werden in der politischen Diskussion mitunter kontrovers beurteilt. Kritisiert wird dabei meist eine vermeintliche Bevorzugung sogenannter Einzelverdiener-Paare. Diese Diskussion soll im Folgenden kurz erläutert werden.

Durch das Ehegattensplitting wird generell sichergestellt, dass zwei Ehepaare, die dasselbe zu versteuernde Gesamteinkommen haben, auch einen identischen Steuerbetrag zahlen, unabhängig von der Aufteilung des Einkommens auf die beiden Ehepartner. Man spricht hier auch von horizontaler Steuergerechtigkeit, d.h., Haushalte mit identischer Leistungsfähigkeit sollen auch in gleicher Höhe Steuern zahlen.

Beispiel

Die Ehepartner A und B sind beide erwerbstätig und haben jeweils ein jährliches Nettoeinkommen von 25.000 €. Das Gesamteinkommen der Ehepartner A und B beträgt folglich 50.000 €. Bei den Ehepartnern C und D ist nur der Ehepartner C erwerbstätig, während sich Ehepartner D der Familienarbeit widmet. Ehepartner C hat ein Nettoeinkommen von 50.000 €, somit beträgt auch das Gesamteinkommen der Ehepartner C und D 50.000 €.

Folge

Das Ehegattensplitting führt dazu, dass beide Ehepaare denselben Steuerbetrag zu zahlen haben.

Die vermeintliche Bevorzugung von Einzelverdiener-Paaren zeigt sich beim Vergleich zwischen gemeinsam veranlagten und nicht gemeinsam veranlagten Paaren. Dies soll im Folgenden wiederum anhand eines Beispiels erläutert werden.

Beispiel

Herr V und Frau W sind in der Ausgangssituation ledig und beide erwerbstätig. Sie haben jeweils ein jährliches Nettoeinkommen von 25.000 €. Wenn Herr V und Frau W heiraten und danach gemeinsam veranlagt werden, entspricht ihre gemeinsame Einkommensteuerschuld als Ehepaar der Summe der individuellen Steuerzahlungen, die sie als Ledige zu leisten hatten.

Herr X und Frau Y sind in der Ausgangssituation ebenfalls ledig. Herr X ist erwerbstätig und hat ein jährliches Nettoeinkommen von 50.000 €. Frau Y ist nicht erwerbstätig. Aufgrund des progressiven Steuertarifs zahlt Herr X mehr Steuern als Herr V und Frau W gemeinsam. Wenn Herr X und Frau Y heiraten und danach gemeinsam veranlagt werden, ist aufgrund des Ehegatten-Splittings die gemeinsame Steuerschuld geringer als der Betrag, den Herr X als Lediger zu zahlen hatte. Sie entspricht der gemeinsamen Steuerbelastung von Herrn V und Frau W.

Folge

Das Ehegattensplitting führt dazu, dass eine gemeinsame Steuerveranlagung bei Paaren mit unterschiedlichem Einkommen der beiden Ehepartner im Vergleich zu einer Getrenntveranlagung zu einer geringeren Steuerschuld führt. Dieser Splittingvorteil ist am größten, wenn lediglich ein Partner Einkommen erzielt. Die „Besserstellung“ von Einzelverdiener-Paaren ist damit eine Folge des progressiven Steuertarifs. In der folgenden Tabelle sind diese Zusammenhänge nochmals veranschaulicht, wobei sich die Zahlenwerte auf den Einkommensteuertarif 2025 beziehen.

| | | Paar I | | Paar II | |
|---|--|--------|--------|---------|--------|
| | | Herr V | Frau W | Herr X | Frau Y |
| Getrennte Veranlagung zur Einkommensteuer (vor Eheschließung) | Individuelles Einkommen | 25.000 | 25.000 | 50.000 | 0 |
| | Individuelle Einkommensteuer (Grundtabelle) | 2.927 | 2.927 | 10.691 | 0 |
| | Gemeinsame Einkommensteuer | 5.854 | | 10.691 | |
| Gemeinsame Veranlagung zur Einkommensteuer (nach Eheschließung) | Individuelles Einkommen | 25.000 | 25.000 | 50.000 | 0 |
| | Gemeinsames Einkommen | 50.000 | | 50.000 | |
| | Gemeinsame Einkommensteuer (Splitting-Tabelle) | 5.854 | | 5.854 | |

9.4.4 Verteilungseffekte

Unter Pkt 6.5 dieses Lernbriefs haben Sie erfahren, dass Steuern ein wichtiges Instrument für die staatliche Umverteilungspolitik sind. Bei der Einkommensteuer wird diese Umverteilungsfunktion besonders deutlich.

Beispielsweise tragen im Jahr 2025 die obersten 5 % der Einkommensbezieher 43,6 % des gesamten Einkommensteueraufkommens, während die untersten 25 % der Einkommensbezieher zu 0,7 % der Einnahmen aus der Einkommensteuer beitrugen (Hochrechnungsergebnisse). Teilt man die Einkommensbezieher in Deutschland in zwei gleich große Gruppen auf, so tragen die oberen 50 % der Einkommensbezieher 93,5 % der Steuerlast der Einkommensteuer, die unteren 50 % lediglich die restlichen 6,5 %.

9.5 Lohnsteuer

9.5.1 Grundlagen

Die Lohnsteuer ist keine Steuer eigener Art. Sie stellt vielmehr eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer dar. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird die vom Arbeitslohn zu zahlende Einkommensteuer im Wege des Abzugs vom Arbeitslohn erhoben (Lohnsteuer). Mit dem Steuerabzug ist das Besteuerungsverfahren im Allgemeinen abgeschlossen, es sei denn, dass für den Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin nach Ablauf des Kalenderjahres noch eine Veranlagung zur Einkommensteuer in Betracht kommt oder dass durch den Arbeitgeber ein Lohnsteuer-Jahresausgleich durchzuführen ist.

Merke

Die Lohnsteuer ist keine eigene Steuerart, sondern eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer.

Der Verpflichtung zur Erhebung und Abführung der Lohnsteuer unterliegt jeder inländische Arbeitgeber. Der Lohnsteuerabzug wird vom Arbeitslohn (vgl. Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit) vorgenommen. Arbeitslohn sind alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer bzw. der Arbeitnehmerin aus dem Arbeitsverhältnis oder aus einer früheren Beschäftigung zufließen. Zu den Einnahmen zählen nicht nur Barvergütungen, sondern auch Sachbezüge (z.B. Kost und Logis) und andere geldwerte Vorteile (z.B. private Nutzung eines Dienstfahrzeugs).

Für den Lohnsteuerabzug wird eine Lohnsteuertabelle aufgestellt, die aus den Einkommensteuertabellen abgeleitet wird. Die Steuersätze ergeben sich demnach aus dem Einkommensteuertarif.

Die umseitige Tabelle zeigt Ihnen die durchschnittliche Belastung durch Lohnsteuer und ggf. Solidaritätszuschlag (vgl. Punkt 9.7 dieses Lernbriefs) für unterschiedliche Haushaltstypen. Die Werte beziehen sich dabei auf das Bruttoeinkommen, von dem zur Berechnung der Steuerschuld bei allen steuerpflichtigen Beziehern von Lohneinkünften unter anderem der Arbeitnehmerpauschbetrag (1.230 €) abgezogen wird. Die Angaben zu Einkommen und Steuerschuld sind dabei stets Jahreswerte und beziehen sich auf den Steuertarif 2025.

Schuldner der Lohnsteuer ist der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin. Der Arbeitgeber ist jedoch für die ordnungsgemäße Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer verantwortlich. Stellt das Finanzamt bei einer Prüfung fest, dass die Lohnsteuer zu niedrig einbehalten wurde, kann es den Arbeitgeber oder unmittelbar den Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin für die Fehlbeträge in Anspruch nehmen.

Im Laufe des Kalenderjahres zuviel erhobene Lohnsteuer wird dem Arbeitnehmer bzw. der Arbeitnehmerin nach Ablauf des Jahres erstattet. Das geschieht im Wege des Lohnsteuer-Jahresausgleichs, den in bestimmten Fällen der Arbeitgeber durchzuführen hat, und/oder durch eine Antragsveranlagung (z.B. zur nachträglichen Geltendmachung von Steuerermäßigungen). Wenn der Arbeitnehmerhaushalt eine bestimmte Einkommenshöhe pro Jahr überschreitet, ist eine Veranlagung zur Einkommensteuer zwingend vorgeschrieben. Dabei handelt es sich insbesondere um die Fälle, in denen der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin auch andere Einkünfte bezogen hat.

| | Bruttoeinkommen (in Euro) | Lohnsteuer und ggf. Solidaritäts- zuschlag (in Euro) | Durchschnitts- steuerbelastung (in %) |
|-----------------|------------------------------|--|---|
| alleinstehender | 30.000 | 2.480 | 8,3 |
| Arbeitnehmer | 60.000 | 9.945 | 16,6 |
| ohne Kinder | 100.000 | 24.860 | 24,9 |
| verheirateter | 30.000 | 0 | 0 |
| Alleinverdiener | 60.000 | 5.292 | 8,8 |
| ohne Kinder | 100.000 | 15.908 | 15,9 |

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

9.5.2 Lohnsteuerklassen

Die Lohnsteuertabellen enthalten die Steuerbeträge für alle Steuerklassen, in die die Arbeitnehmer entsprechend ihrem Familienstand einzuordnen sind.

Es werden folgende Lohnsteuerklassen unterschieden:

- Steuerklasse I: ledige und geschiedene Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer sowie verwitwete Arbeitnehmer (sofern sie nicht in die Steuerklasse II oder III fallen)
- Steuerklasse II: ledige, geschiedene und verwitwete Arbeitnehmer, in deren Wohnung mindestens ein Kind gemeldet ist, für das sie einen Kinderfreibetrag erhalten (für verwitwete Arbeitnehmer gilt dies aber nur, wenn sie nicht in die Steuerklasse III fallen)
- Steuerklasse III: verheiratete Arbeitnehmer, bei denen nur ein Partner Arbeitsentgelt bezieht, sowie verwitwete Arbeitnehmer (für diese aber nur in dem auf das Todesjahr des Ehegatten folgenden Kalenderjahr) Ausnahme: verheiratete Arbeitnehmer mit deutlichen Einkommensunterschieden

- Steuerklasse IV: verheiratete Arbeitnehmer, wenn beide Ehegatten Arbeitslohn beziehen (auf Antrag wird in der Steuerklasse IV das sogenannte Faktorverfahren angewendet, das die Wirkung des Grundfreibetrages und des Splittingverfahrens beim Lohnsteuerabzug jeweils individuell berücksichtigt)
- Steuerklasse V: einer der Ehegatten (anstelle der Steuerklasse IV), wenn der andere Ehegatte in die Steuerklasse III eingestuft wird
- Steuerklasse VI: Arbeitnehmer, die gleichzeitig von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn erhalten

Bei der Berechnung der Steuerabzüge sind die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer je nach Steuerklasse in Betracht kommenden Freibeträge und Pauschbeträge bereits berücksichtigt.

Darüber hinausgehende Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen kann der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin nur im Rahmen einer Einkommensteuererklärung geltend machen.

Merke

Es gibt verschiedene Lohnsteuerklassen. Die Zuordnung erfolgt grundsätzlich durch das Finanzamt. In bestimmten Fällen können Steuerpflichtige jedoch zwischen zwei Steuerklassen wählen.

9.5.3 Lohnsteuerabzugsverfahren

Um die Lohnsteuer korrekt berechnen zu können, müssen dem Arbeitgeber die steuerrelevanten Informationen, insbesondere die Steuerklasse, die Zahl der Kinderfreibeträge und die Religionszugehörigkeit, bekannt sein. Seit 2013 dient hierzu das ELStAM-Verfahren, bei dem die Arbeitgeber die betreffenden Informationen elektronisch abrufen können. Früher wurden die lohnsteuerrelevanten Personenmerkmale von den Kommunen jährlich auf einer Lohnsteuerkarte vermerkt, die für jeden Arbeitnehmer bzw. jede Arbeitnehmerin ausgestellt und von diesen bei den Arbeitgebern eingereicht werden mussten.

9.6 Abgeltungsteuer

Wie Sie bereits erfahren haben, sind die Einkünfte aus Kapitalvermögen einkommensteuerpflichtig (sogenannte Kapitalertragsteuer). Allerdings gab es in der Vergangenheit immer wieder begründete Zweifel an der Steuerehrlichkeit der Steuerpflichtigen. Deshalb wurde ab 01. 01. 1993 die sogenannte Zinsabschlagsteuer eingeführt.

Zum 01. 01. 2009 wurde die Besteuerung von Kapitalerträgen neu geregelt. An die Stelle der Zinsabschlagsteuer trat die einheitliche Abgeltungsteuer auf alle Kapitalerträge, die privaten Haushalten zufließen. Der Steuersatz beträgt 25 %, hinzu kommen Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls die Kirchensteuer. Die Abgeltungsteuer wird auch auf private Veräußerungsgewinne erhoben. Wenn beispielsweise ein Steuerpflichtiger eine Aktie zum Preis von 1.000 € kauft und zu einem späteren Zeitpunkt zum Preis von 1.200 € verkauft, so unterliegt der Veräußerungsgewinn von 200 € der Abgeltungsteuer.

Bei der Abgeltungsteuer besteht, wie bereits bei der Zinsabschlagsteuer, eine sogenannte Veranlagungsoption. Liegt der individuelle Steuersatz eines Steuerpflichtigen unterhalb von 25 %, so kann dieser Steuerpflichtige seine Kapitaleinkünfte im Rahmen der Einkommensteuererklärung angeben und erhält ggf. die gezahlte Abgeltungsteuer ganz oder teilweise zurück.

Der „Sparerpauschbetrag“, bis zu dem Kapitalerträge von der Abgeltungsteuer befreit sind, beträgt bei Ledigen 1.000 € und bei Verheirateten 2.000 €. Darüber hinausgehende Werbungskosten können nicht geltend gemacht werden.

Empfänger von Zinseinkünften können, wie bisher, den Banken, von denen sie Zinseinkünfte erhalten, bis zur Höhe des Sparerpauschbetrages einen Freistellungsauftrag erteilen. Die Geschäftsbanken müssen dann bis zu dessen Höhe keine Abgeltungsteuer an die Finanzämter abführen.

9.7 Solidaritätszuschlag

Seit dem 01. 01. 1995 wird der Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben. Er wurde eingeführt, um Teile der zusätzlichen Belastungen zu finanzieren, die dem Staat aufgrund der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands entstehen.

Der Solidaritätszuschlag betrug früher einheitlich 5,5 % der jeweiligen Steuerschuld. Bei der Lohnsteuer und der Abgeltungsteuer wird er ebenfalls vom Arbeitgeber bzw. von den Geschäftsbanken abgeführt. Das Aufkommen steht dem Bund zu.

Im Jahr 2021 wurde der Solidaritätszuschlag für einen Teil der Steuerpflichtigen abgeschafft. Bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 61.717 € (Ledige) bzw. 123.434 € (Verheiratete) wurde der Solidaritätszuschlag komplett abgeschafft. In der so genannten Milderungszone wurde für Steuerpflichtige bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 96.409 € (Ledige) bzw. 192.818 € (Verheiratete) ein geringerer (und innerhalb dieser Zone ansteigender) Teil des bisherigen Solidaritätszuschlags erhoben. Ab dieser Grenze war der Solidaritätszuschlag unverändert d. h., er betrug 5,5 %. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums entfällt der Solidaritätszuschlag seit 2021 für rund 90 % der Einkommensteuerpflichtigen, weitere 6,5 % sind in der Milderungszone, zahlen also weniger als zuvor. Da – wie Sie oben erfahren haben – die Einkommensbezieher in den höchsten Einkommensklassen weit überdurchschnittlich hohe Steuern zahlen, reduzieren sich die Einnahmen des Staates aus dem Solidaritätszuschlag nur um etwas mehr als 50 %. In den Jahren 2023 bis 2026 wurden bzw. werden die

oben genannten Werte etwas erhöht, um auch hier eine „kalte Progression“ zu vermeiden.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zinserträge wird der Solidaritätszuschlag bei allen Einkommensbeziehern unverändert in Höhe von 5,5% erhoben.

9.8 Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer ist eine besondere Art der Einkommensteuer für juristische Personen, insbesondere für Kapitalgesellschaften (z.B. AG und GmbH). Körperschaftsteuer und Einkommensteuer bestehen jedoch nebeneinander. Ein von einer Kapitalgesellschaft erwirtschafteter Gewinn unterliegt daher der Körperschaftsteuer der Kapitalgesellschaft und im Falle der Gewinnausschüttung an private Anleger der Abgeltungsteuer.

Von besonderer Bedeutung für die Steuerlast von Unternehmen sind die Regelungen zur Gewinnermittlung. Bei Investitionsgütern, die von einem Betrieb mehrere Jahre lang genutzt werden, werden die Ausgaben zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage auf mehrere Jahre verteilt („Abschreibungen“). Die Regelungen zu den steuerlich zulässigen Abschreibungen wurden in der Vergangenheit mehrfach verändert. Auch gibt es bestimmte Ausgaben von Unternehmen, die bei der Berechnung des steuerpflichtigen Gewinns nicht oder nur zu einem bestimmten Teil angesetzt werden dürfen.

Die Körperschaftsteuer hat einen linearen Tarif, d.h. der Steuersatz ist unabhängig von der Höhe der Gewinne. Seit 2008 beträgt der Steuersatz 15 % (zuvor 25 %).

9.9 Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)

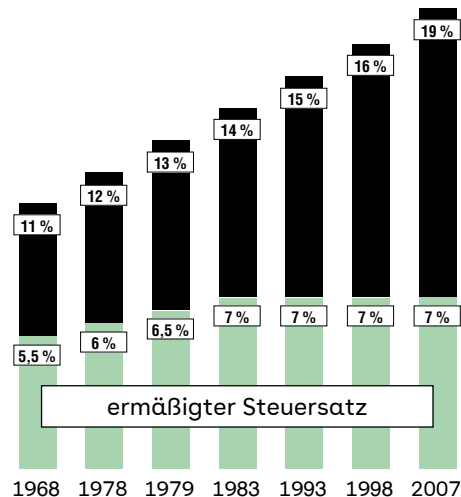
Die Umsatzsteuer ist in ihrer wirtschaftlichen Wirkung eine allgemeine Verbrauchsteuer, mit der grundsätzlich der gesamte private und öffentliche Verbrauch, d.h. die vom Letztverbraucher erworbenen Güter und in Anspruch genommenen Dienstleistungen, belastet werden (z.B. beim Kauf eines Pkw bleibt die erwerbende Person letztlich mit der von ihr gezahlten Mehrwertsteuer belastet). Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer. Schuldner der Umsatzsteuer ist das Unternehmen, das einen Umsatz tätigt. Ihm obliegt es, die Umsatzsteuer auf die Empfänger seiner Leistungen als Bestandteil der Preise abzuwälzen. Gemessen an ihrem Aufkommen ist die Umsatzsteuer eine der bedeutendsten Steuern in der Bundesrepublik Deutschland. Das Aufkommen aus dieser Steuer steht dem Bund, den Ländern und den Gemeinden gemeinsam zu. Der Aufteilungsschlüssel ist komplex und beinhaltet sowohl absolute Beträge als auch Prozentsätze. Im Jahr 2023 erhielt der Bund rund 47,5 % des Aufkommens, die Länder erhielten rund 49,7 % und die Kommunen rund 2,8 %.

Die Geschichte der Umsatzsteuer können Sie überblickhaft dem nachfolgenden Schaubild entnehmen.

Im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 wurden die Steuersätze vorübergehend auf 16% bzw. 5% abgesenkt, um so zusätzliche Konsumanreize zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zu schaffen.

1967 wurde das Besteuerungssystem im Zuge der Harmonisierung der Umsatzsteuer innerhalb der Europäischen Gemeinschaft reformiert. Es wurde auf das System Mehrwertsteuer mit Vorsteuerabzug umgestellt. Deshalb wird die Umsatzsteuer auch umgangssprachlich als Mehrwertsteuer bezeichnet.

Entwicklung der Steuersätze der Mehrwertsteuer



Die Umsatzsteuer in ihrer jetzigen Form ist so gestaltet, dass bei gleichem Steuersatz alle Waren und Dienstleistungen, wenn sie beim Endverbraucher bzw. der Endverbraucherin ankommen, in gleicher Höhe belastet sind. Die Höhe der Steuer entspricht dem für die Waren oder Dienstleistungen geltenden Steuersatz. Dabei spielt es keine Rolle, wie viele Wirtschaftsstufen eine Ware oder Dienstleistung auf ihrem Weg zum Haushalt durchlaufen hat, d.h., wie oft das Wirtschaftsgut bis zur Abgabe an den Kunden bzw. die Kundin weiterverarbeitet oder verändert wurde. Eine Steuerekumulierung, d.h. die Erhebung der Steuer von der Steuer, ist grundsätzlich ausgeschlossen. Das wird durch den sogenannten Vor-

steuerabzug erreicht. Er berechtigt das Unternehmen, von der Steuer, die es für seine Umsätze schuldet, die Umsatzsteuerbeträge (Vorsteuern) abzuziehen, die ihm andere Unternehmen für die Produkte in Rechnung stellten.

Beispiel

Händler A liefert an Händlerin B eine Ware für 100 € zuzüglich 19 € Umsatzsteuer (19 %). A zahlt 19 € Umsatzsteuer an das Finanzamt. In gleicher Höhe macht B gegenüber dem Finanzamt einen Vorsteuerabzug geltend. Veräußert B den Gegenstand für 150 € zuzüglich 28,50 € Umsatzsteuer (19 % von 150 €) an den Händler C weiter, hat B für diesen Umsatz 28,50 € Umsatzsteuer an das Finanzamt zu entrichten, während C in gleicher Höhe einen Vorsteuerabzug in Anspruch nimmt. Veräußert C diese Waren für 200 € zuzüglich 38 € Umsatzsteuer (19 % von 200 €) an eine Endverbraucherin, so hat er für den Umsatz 38 € Umsatzsteuer an das Finanzamt zu überweisen. Dieser Betrag verbleibt endgültig beim Fiskus.

Folge

Rechnet man nun den Vorsteuerabzug der jeweiligen Umsatzsteuerbelastung gegen, wird jedes Handelsunternehmen nur mit dem erwirtschafteten Mehrwert steuerlich belastet (z.B. zahlt Händler C 38 € Umsatzsteuer und macht 28,50 € Vorsteuerabzug geltend. Belastet wird er damit tatsächlich nur mit einem Betrag in Höhe von 9,50 €. Das sind genau 19 % des erwirtschafteten Mehrwerts von 50 €).

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Umsatzsteuer ist das Umsatzsteuergesetz. Das Umsatzsteuergesetz kennt zwei Steuersätze, nämlich den allgemeinen Steuersatz von 19 % und den ermäßigten von 7 %. Die meisten Umsätze unterliegen dem allgemeinen Steuersatz. Das gilt z.B. auch für Medikamente, die von den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden.

Der ermäßigte Steuersatz wird insbesondere auf die Lieferung, den Eigenverbrauch und die Einfuhr von fast allen Lebensmitteln (ausgenommen die meisten Getränke und Gaststättenumsätze) angewandt. Außerdem gilt er z.B. für den Personennahverkehr, für die Umsätze mit Büchern, Zeitungen und mit Kunstgegenständen.

Unternehmen, deren Umsätze im vorangegangenen Kalenderjahr 25.000 € nicht überstiegen haben und im laufenden Kalenderjahr voraussichtlich 100.000 € nicht übersteigen werden (sogenannte Kleinunternehmer), brauchen keine Umsatzsteuer zu zahlen. Allerdings ist diesen Kleinunternehmern versagt, die in Rechnung gestellte Vorsteuer abzuziehen.

In Deutschland gibt es rund 3 Mio. umsatzsteuerpflichtige Unternehmen.

Unter Pkt 5.5 dieses Lernbriefs haben Sie erfahren, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen eine höhere Konsumquote aufweisen als Haushalte mit hohem Einkommen. Bei einer Erhöhung der Umsatzsteuer sind daher Haushalte mit geringem Einkommen zwar nicht absolut, jedoch – bezogen auf ihr Einkommen – prozentual stärker belastet als Haushalte mit hohem Einkommen.

1. Beispiel

Ein Haushalt mit einem Monatseinkommen in Höhe von 1.000 € kauft monatlich Konsumgüter für 950 €. Seine Konsumquote beträgt 95 %. Wenn eine Umsatzsteuererhöhung zu einer Preissteigerung von 1 % führt, bedeutet dies für ihn – bei unveränderter Konsummenge – eine zusätzliche Steuerbelastung in Höhe von 9,50 €.

Folge

Das entspricht 0,95 % seines Einkommens.

2. Beispiel

Ein Haushalt mit einem Monatseinkommen in Höhe von 3.000 € kauft monatlich Konsumgüter für 2.400 €. Seine Konsumquote beträgt 80 %. Wenn eine Umsatzsteuererhöhung zu einer Preissteigerung von einem Prozent führt, bedeutet dies für ihn – bei unveränderter Konsummenge – eine zusätzliche Steuerbelastung in Höhe von 24 €.

Folge

Das entspricht 0,8 % seines Einkommens.

9.10 Spezielle Verbrauchsteuern

Wie Sie bereits erfahren haben, erhebt der Staat nicht nur eine allgemeine Verbrauchsteuer (Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer), sondern auch eine Reihe von speziellen Verbrauchsteuern. Hierzu gehören die Energiesteuer, die Tabaksteuer, die Biersteuer, die Schaumweinsteuer und die Kaffeesteuer. Die meisten dieser Steuern sind sogenannte Mengensteuern, d.h. der Steuersatz wird auf eine Mengeneinheit bezogen (z.B. x Euro/ Stück oder y Euro/Liter). Daneben ist es möglich, die Steuer als Prozentsatz auf den Preis des Gutes zu beziehen („Wertsteuer“).

Die Besteuerung von Mineralöl hat eine nicht unerhebliche steuer- und – spätestens seit der Ökosteuer Einführung im Jahr 1999 – auch eine sozialpolitische Bedeutung. Seither fließen Teile des Steueraufkommens in die gesetzliche Rentenversicherung. Ziel war es, die Lohnnebenkosten auf diese Weise zu senken und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver für Investoren zu gestalten. Die damalige Mineralölsteuer bot sich aufgrund ihres Volumens und der starken Abhängigkeit großer Bevölkerungsteile vom Kraftstoff und Heizöl hierfür an. Auf diese Weise finanzieren nun jedoch auch Beamte und Beamtinnen sowie andere, nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung anspruchsberechtigte Personen, die dortigen Leistungsausgaben mit. Seit dem 01. 08. 2007 ist die Besteuerung von Mineralöl im Energiesteuergesetz geregelt.

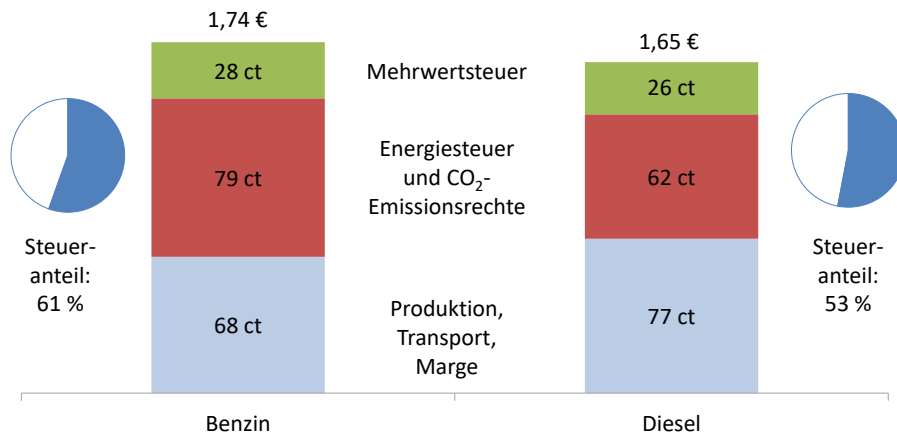
Darüber hinaus wird gerade mit der Ökosteuer natürlich auch eine umweltpolitische Beeinflussung der Bevölkerung versucht. Mit dem höheren Preis soll ein Anreiz zum ökologisch vertretbaren Umgang mit den natürlichen Umweltressourcen und zur Eindämmung der Umweltverschmutzung geleistet werden (nicht-fiskalisches Ziel).



Im Jahr 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, nach dem die Hersteller und Importeure von fossilen Energieträgern, die beispielsweise für den Straßenverkehr oder die Heizung von Wohngebäuden genutzt werden, Emissionsrechte kaufen müssen. Zwar handelt es sich hierbei nicht um eine Steuer, die Wirkungen sind aber identisch, da dem Staat aus dem Verkauf der Emissionsrechte zusätzliche Einnahmen entstehen und die Preise für die entsprechenden Brennstoffe steigen.

Steuerbelastung bei Benzin und Diesel

Zusammensetzung auf der Basis des durchschnittlichen Preises für Benzin (95) und Diesel im Jahr 2024



Datenquelle: ADAC, eigene Berechnungen. Differenzen durch Rundungen.

Bei Mengensteuern mit konstantem Steuersatz sinkt im Zeitablauf die reale Steuerbelastung. Ohne Steuer-satzänderung geht somit der Anteil der speziellen Verbrauchsteuern am Steueraufkommen zurück. Beispielsweise betrug das Aufkommen der Schaumweinsteuer, deren Steuersatz letztmalig im Jahr 1983 erhöht wurde, im Jahr 2001 457 Mio. €.



2024 lag das Aufkommen bei 352 Mio. Euro, d.h. deutlich unter dem Wert des Jahres 2001, da auch der Konsum von Schaumwein insgesamt gesunken ist. Der Anteil der Schaumweinsteuer am insgesamt gestiegenen Steueraufkommen ist deutlich zurückgegangen, da das Aufkommen der meisten anderen Steuern gestiegen ist.

9.11 Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist eine Gemeindesteuer und die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden. Der Bund und die Länder werden durch eine Umlage an der Gewerbesteuer beteiligt.

Steuergegenstand der Gewerbesteuer ist der Gewerbebetrieb und seine objektive Ertragskraft. Bei Personunternehmen kann die gezahlte Gewerbesteuer in pauschalierter Form auf die Einkommensteuerschuld des Eigentümers bzw. der Eigentümerin angerechnet werden.

Besteuerungsgrundlage ist der Gewerbeertrag. Das ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, vermehrt und vermindert um bestimmte Beträge.

Die Gewerbesteuer errechnet sich aus dem Gewerbeertrag \times Steuermesszahl \times Hebesatz der Gemeinde. Die Höhe des Hebesatzes bestimmen die Gemeinden.

Für Kapitalgesellschaften beträgt die Steuermesszahl einheitlich 3,5 %. Der nach dem Gewerbesteuergesetz ermittelte Gewerbeertrag wird auf die nächste durch 100 € teilbare Zahl abgerundet und mit 3,5 % sowie dem Hebesatz multipliziert.

Bei Personengesellschaften hängt die Steuermesszahl von der Höhe des Gewinns ab. Sie liegt zwischen 1 % und 3,5 %.

9.12 Grundsteuer

Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Grundbesitz, wobei insbesondere zwischen der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke und der Grundsteuer B für bebaute und bebaubare Grundstücke zu unterscheiden ist. Das Aufkommen der Grundsteuer steht allein den Kommunen zu. Steuerschuldner ist der Grundstücks- bzw. Wohnungseigentümer oder die Eigentümerin. Bei vermieteten Immobilien kann die Grundsteuer jedoch als Teil der Nebenkosten auf den Mieter bzw. die Mieterin überwältzt werden.

Die Grundsteuer basierte bis zum Jahr 2024 auf dem Einheitswert des Grundstücks, der mit der Grundsteuermesszahl multipliziert wurde, um den Grundsteuermessbetrag zu erhalten. Die Grundsteuermesszahl ist von der Art des Gebäudes abhängig, z.B. Ein- oder Mehrfamilienhäuser. Der Hebesatz wird von der jeweiligen Stadt oder Gemeinde festgelegt und mit dem Grundsteuermessbetrag multipliziert.

Da die Festlegung der Einheitswerte vor mehreren Jahrzehnten erfolgte und diese nicht mehr die aktuellen Grundstückswerte abbilden, hat das Bundesverfassungsgericht eine Neuordnung verlangt, die zum 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist. Eine Besonderheit der Neuordnung ist eine Öffnungsklausel, die es den Ländern ermöglicht, von der bundesweit geltenden Festlegung der Grundstückswerte abzuweichen und eigene Regelungen zu erlassen. Außerdem wurde eine neue Grundsteuer C eingeführt, die für baureife aber unbebaute Grundstücke erhoben werden kann.

9.13 Steueränderungen und ihre Auswirkungen

Steuererhöhungen treffen alle Wirtschaftssubjekte in der Volkswirtschaft und führen bei diesen stets zu einem Rückgang des verfügbaren realen Einkommens.

Vonseiten des Staats wird argumentiert, dass Steuererhöhungen erforderlich sind, um den ständig steigenden Kollektivbedarf zu befriedigen ohne dabei immer mehr neue Schulden aufzunehmen. Kritisch wird hingegen darauf hingewiesen, dass im staatlichen Bereich zahlreiche unausgeschöpfte Einsparpotenziale bestehen. Zum einen ließe sich der Umfang der vom Staat bereitgestellten Güter und Dienstleistungen bzw. das Ausmaß der staatlichen Einkommensumverteilung reduzieren. Zum anderen wird gefordert, der Staat solle seine Leistungen effizienter, d.h. mit einem geringeren Mitteleinsatz erstellen.

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen werden im Folgenden näher erläutert.

Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer

Die Einkommensteuer ist eine direkte Steuer, deren Erhöhung folgende Auswirkungen hat:

Die privaten Haushalte müssen mehr Steuern abführen, damit verringert sich ihr verfügbares Einkommen. Der Rückgang des Einkommens beeinflusst maßgeblich die Konsum- und Sparscheidungen der privaten Haushalte. Sie werden weniger Konsumgüter nachfragen oder weniger sparen oder sie konsumieren und sparen weniger.

Den privaten Haushalten mit geringem Einkommen bleibt meist nur die Möglichkeit, den Konsum einzuschränken oder auf billigere Substitutionsgüter auszuweichen.

Zudem ist bei der Einkommensbesteuerung zu berücksichtigen, dass mit steigender Steuerbelastung zum einen die Anreize zur Steuerausweichung bzw. Steuerhinterziehung zunehmen (z.B. Schwarzarbeit). Zum anderen sind negative Auswirkungen auf die individuelle Leistungsbereitschaft vorstellbar, was sich wiederum negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirken kann (vgl. Punkt 6.5 in diesem Lernbrief).

Beispiel

Aufgrund der guten Auftragslage sind in einem Unternehmen zusätzliche Arbeitsleistungen (z.B. Überstunden oder Sonderschichten) erforderlich, um die nachgefragten Güter zu produzieren. Das Unternehmen ist bereit, für zusätzliche Arbeitsleistungen entsprechende Zuschläge zu bezahlen. Bei einem hohen Grenzsteuersatz steigt das verfügbare Einkommen der Haushalte dabei in deutlich geringerem Maße als die Kostenbelastung des Unternehmens.

Folge

Manche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nicht gewillt sein, zusätzliche Arbeitsleistungen zu erbringen, da der (steuerbedingt) geringe Anstieg des verfügbaren Einkommens von ihnen nicht als ausreichend empfunden wird.

Das Unternehmen muss dann beispielsweise neue Aufträge ablehnen oder die Zuschläge für die erhöhte Arbeitsleistung weiter steigern (zusätzliche Kostenbelastung).

Aufgrund ihrer fiskalischen Bedeutung (hoher Anteil am Steueraufkommen) kommt der Einkommensteuer auch eine wichtige Funktion in der Konjunkturpolitik zu. Diese Zusammenhänge sind ausführlich im Lernbrief „Wirtschaftslehre, Teil 5“ dargestellt.

Erhöhung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)

Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer und ihre Erhöhung hat folgende Auswirkungen:

Die Unternehmen als Steuerschuldner werden die gestiegene Umsatzsteuer auf die Güterpreise aufschlagen. Dies bedeutet, dass alle Güter in der Volkswirtschaft teurer werden.

Die privaten Haushalte, deren Einkommen sich nicht verändert, können deshalb nur noch eine geringere Zahl von Gütern erwerben, weil die Preise gestiegen sind. In diesem Fall werden die Unternehmen weniger produzieren, sie benötigen weniger Produktionsfaktoren und Entlassungen können die Folge sein.

Positive Auswirkungen haben Umsatzsteuererhöhungen nur in der Weise, dass die Bevölkerung mit zusätzlichen Kollektivgütern versorgt werden kann. Um das Für und Wider von Steuererhöhungen abzuwägen, sind gesellschaftspolitische Entscheidungen erforderlich.

9.14 Reformen im Steuerrecht

Im Jahre 2007 hat der Bundestag eine Reform des Unternehmenssteuerrechts beschlossen. Für die Unternehmen vorteilhaft waren dabei die Senkung des Körperschaftsteuersatzes sowie der Steuermesszahl der Gewerbesteuer, die dazu führen, dass die Steuerbelastung von Körperschaften nach der Reform unter 30 % liegt. Allerdings wurden auch einige Veränderungen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage von Körperschaftsteuer bzw. Gewerbesteuer vorgenommen, die bei isolierter Betrachtung zu einer Mehrbelastung der Unternehmen geführt haben.

Kritisiert wird insbesondere, dass die Unternehmensbesteuerung weder in Bezug auf die Finanzierungsentscheidung noch in Bezug auf die Rechtsform neutral ist. Aufgrund der Neuregelungen ist die Finanzierung von Investitionen durch Fremdkapital für die Unternehmen attraktiver als die Finanzierung durch Eigenkapital. Auch werden Unternehmen unterschiedlicher Rechtsform steuerlich ungleich behandelt, wobei Personengesellschaften gegenüber den Kapitalgesellschaften tendenziell benachteiligt sind.

Zum 01. 01. 2009 wurde nach langen und kontrovers geführten Diskussionen die Erbschaftsteuer reformiert. Notwendig wurde diese Reform unter anderem, da das Bundesverfassungsgericht die vorherige Erbschaftsteuer für verfassungswidrig erklärt hatte. Bei der Neuregelung wurden die Freibeträge im Rahmen der Erbschaftsteuer erhöht, gleichzeitig jedoch die Steuersätze deutlich angehoben (Ausnahme Vererbung an Ehegatten, Kinder, Enkel und Eltern). Zu den neu geschaffenen Sonderregelungen gehört insbesondere, dass

die Vererbung selbst genutzten Wohneigentums an Ehepartner oder Kinder steuerfrei bleibt, wenn der Erbe das Wohnobjekt für weitere zehn Jahre selbst nutzt. Werden Unternehmen vererbt, so wird die Steuer deutlich reduziert oder sogar erlassen, sofern der Betrieb einen längeren Zeitraum von der erbenden Person weitergeführt wird und bestimmte Mindestwerte für die Lohnsumme der Beschäftigten nicht unterschritten werden.

Im Jahr 2014 beanstandete das Bundesverfassungsgericht Teile der Neuordnung, sodass eine erneute Reform erforderlich war. Im Oktober 2016 wurde eine Erbschaftsteuerreform beschlossen, bei der insbesondere die Steuerfreiheit beim Vererben von Unternehmen in Teilen anders als 2009 geregelt wurde.

Ein generelles Problem der Steuerpolitik liegt darin, dass vom Gesetzgeber vielfältige Ziele verfolgt werden und zudem internationale Aspekte eine immer größere Rolle spielen, insbesondere im Hinblick auf die Besteuerung international tätiger Konzerne. Die vielfach geforderte Vereinfachung des Steuerrechts konnte mit den Reformen der vergangenen Jahre nicht erreicht werden, in vielen Bereichen ist die Komplexität der Regelungen sogar gestiegen.

9.15 Übungen zum Lernabschnitt 9

Übung 40

Erläutern Sie, nach welchen Gesichtspunkten Steuern eingeteilt werden können.

Übung 41

Erläutern Sie die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer sowie die Grundzüge des Einkommensteuertarifs.

Übung 42

Erläutern Sie, welche Lohnsteuerklassen Verheiratete wählen können, wenn beide als Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer berufstätig sind, und wie sie sinnvollerweise gewählt werden.

Übung 43

Beschreiben Sie die charakteristischen Merkmale der Umsatzsteuer, und grenzen Sie diese von der Einkommensteuer ab.

Übung 44

Erläutern Sie, wer letztlich Steuerträger bei der Umsatzsteuer ist.

Übung 45

Stellen Sie den Unterschied zwischen fiskalischen und nicht-fiskalischen Zielen der Steuererhebung dar. Nennen Sie zwei Beispiele für Steuern, mit denen auch nichtfiskalische Ziele verfolgt werden.

10 Zusammenfassende Selbstkontrolle

Aufgabe 1

Erläutern Sie, welche Aufgaben die unterschiedlichen Wirtschaftssubjekte in einer Volkswirtschaft wahrnehmen.

Aufgabe 2

Stellen Sie dar, welche Ziele private Unternehmen und private Haushalte verfolgen. Gehen Sie dabei auch auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen diesen Zielsetzungen ein.

Aufgabe 3

Erläutern Sie den Unterschied zwischen Faktoreinkommen und Transfer-einkommen.

Aufgabe 4

Erläutern Sie, warum der Staat viele Sachgüter und Dienstleistungen den Menschen in der Volkswirtschaft unentgeltlich anbietet und nennen Sie hierfür drei Beispiele.

Aufgabe 5

Erläutern Sie, ob Spar- und Konsumquote gleichzeitig steigen können.

Aufgabe 6

Erläutern Sie, warum Geld- und Güterströme im Wirtschaftskreislauf entgegengesetzt verlaufen.

Aufgabe 7

Erläutern Sie, wie sich ein positiver Außenbeitrag auf den Güterverbrauch im Inland auswirkt.

Aufgabe 8

Beschreiben Sie, wie sich nominales und reales Bruttoinlandsprodukt unterscheiden.

Aufgabe 9

Erläutern Sie, warum die Vorleistungen bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts im Rahmen der Entstehungsrechnung herausgerechnet werden müssen.

Aufgabe 10

Erläutern Sie, welche Auswirkungen es auf das Bruttoinlandsprodukt hätte, wenn kurzfristig viele Hausfrauen/-männer einen Arbeitsplatz in Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen einnehmen würden.

Aufgabe 11

Erläutern Sie den Unterschied zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Bruttonationaleinkommen.

Aufgabe 12

Beschreiben Sie, welche Auswirkungen die Erhöhung einer indirekten Steuer, z.B. der Umsatzsteuer, auf die privaten Haushalte und die Unternehmen hat.

Aufgabe 13

Beschreiben Sie die Auswirkungen auf die privaten Haushalte, wenn der Staat eine direkte Steuer, z.B. die Einkommensteuer, erhöht.

Aufgabe 14

Erläutern Sie, welche Steuern sich besonders für die Umverteilung von Einkommen und Vermögen eignen.

Aufgabe 15

Stellen Sie dar, welche Steuern auf den Gewinn von Unternehmen entrichtet werden müssen. Begründen Sie, warum die Unternehmensbesteuerung für die Volkswirtschaft eine wichtige Rolle spielt.

11 Lösungen zu den Übungen im Text

Lösung zu 1

| Wirtschaftseinheiten | Wirtschaftssektor gemäß ESVG | vereinfachte Einteilung der Wirtschaftssubjekte |
|---|--|---|
| Banken | finanzielle Kapitalgesellschaften | Unternehmen |
| selbstständige Einzelhändler | private Haushalte | Unternehmen |
| Gewerkschaften | private Organisationen ohne Erwerbszweck | Haushalte |
| Sozialversicherungsträger | Staat (öffentliche Haushalte) | Staat (öffentliche Haushalte) |
| Bauunternehmen (AG) | nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften | Unternehmen |
| kommunales Wasserversorgungswerk (Eigenbetrieb) | nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften | Unternehmen |

Lösung zu 2

Am Wirtschaftsprozess sind folgende Wirtschaftssubjekte beteiligt:

- private Haushalte
- Unternehmen
- öffentliche Haushalte (Staat)

Private Haushalte sind alle privaten Personen (Alleinstehende, Familien usw.).

Alle Wirtschaftssubjekte, die für den Bedarf Dritter produzieren und diese Leistungen gegen Entgelt abgeben, werden als Unternehmen bezeichnet.

Alle staatlichen Einrichtungen (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger usw.) werden als öffentliche Haushalte (Staat) bezeichnet.

Lösung zu 3

Die vier betriebswirtschaftlichen Grundfunktionen sind:

- Beschaffung
- Produktion

- Absatz
- Finanzierung

Der betriebliche Leistungserstellungsprozess erfolgt in der Weise, dass zunächst am Beschaffungsmarkt Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Betriebsmittel, Werkstoffe) nachgefragt werden. Diese Produktionsfaktoren werden im Produktionsprozess kombiniert, um Güter und Dienstleistungen herzustellen. Der Werteverbrauch von Produktionsfaktoren wird als Kosten, der Wertezuwachs durch die Produktion als Leistung bezeichnet. Die hergestellten Güter und Dienstleistungen werden am Markt veräußert („Absatz“). Durch den Verkauf der hergestellten Güter/Dienstleistungen haben die Unternehmen Geldeingänge (Verkaufserlöse), mit denen sie wiederum in die Lage versetzt werden, die beschafften Produktionsfaktoren zu bezahlen. Aufgabe der Finanzierung ist es, dafür zu sorgen, dass dem Unternehmen jederzeit Geldkapital zur Verfügung steht, um seinen Zahlungsverpflichtungen termingerecht nachkommen zu können.

Lösung zu 4

Das erwerbswirtschaftliche Prinzip ist das Leitprinzip aller Unternehmen, deren wirtschaftliche Betätigung auf die meist langfristige Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Ein Unternehmen kann allerdings nur dann Gewinne erzielen, wenn seine Produkte für den Bedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher geeignet sind. Die Bedarfsdeckung wird damit Mittel zum Zweck der Gewinnerzielung.

Lösung zu 5

Die AOK ist eine Körperschaft, die nach dem bedarfswirtschaftlichen Prinzip arbeitet, denn der Gesetzgeber hat den Aufgabenbereich und die Leistungen der AOK im SGB definiert. Die AOK darf also nur solche Leistungen erbringen, zu denen sie durch das SGB ermächtigt ist. Es werden keine Gewinnziele verfolgt, sondern die AOK orientiert sich am Kostendeckungsprinzip.

Lösung zu 6

a) Friseursalon Müller GmbH

Dienstleistungsbetrieb, arbeitsintensiv, privates Unternehmen

b) Kommunale Wasserwerke X-Stadt

Sachleistungsbetrieb, kapitalintensiv (z.B. Brunnen, Rohrleitungsnetz), öffentliches Unternehmen

c) Chemische Werke CHEMIE AG

Sachleistungsbetrieb, kapitalintensiv, privates Unternehmen

d) Krankenhaus Y-Stadt GmbH

Dienstleistungsbetrieb, arbeitsintensiv

Ob es sich bei dem Krankenhaus um ein öffentliches oder um ein privates Unternehmen handelt, ist nicht eindeutig zu erkennen. Es handelt sich zwar um eine GmbH (und es gibt auch zahlreiche Krankenhäuser in privatem Eigentum), aber auch öffentliche Krankenhäuser werden oftmals in privater Rechtsform geführt. Zudem werden zahlreiche Krankenhäuser von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. Religionsgemeinschaften, Hilfsorganisationen) betrieben.

Zusätzlich ließe sich für das Krankenhaus prüfen, ob zumindest einzelne Bereiche eher kapitalintensiv produzieren (z.B. Computertomografie).

Lösung zu 7

Die Unterscheidung in arbeits- und kapitalintensive Unternehmen ist für die AOK deshalb von Bedeutung, weil die Beiträge für den Krankenversicherungsschutz der AOK primär nach der Höhe des Arbeitseinkommens, also der Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit, berechnet werden. Das gilt auch für den hälftigen Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag. Außerdem steigt mit der Arbeitsintensität die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten eines Unternehmens und damit auch die Zahl der Mitglieder der AOK.

Hinweis

Unter dem Begriff „Arbeitseinkommen“ ist nicht das Arbeitseinkommen im Sinne des SGB zu verstehen.

Lösung zu 8

Gemäß den Eigentumsverhältnissen unterscheidet man private und öffentliche Unternehmen. Bei privaten Unternehmen ist der überwiegende Teil des Eigenkapitals im Eigentum von privaten Wirtschaftssubjekten (Haushalte oder Unternehmen). Private Unternehmen verfolgen in der Regel das Ziel der Gewinnmaximierung (erwerbswirtschaftliches Prinzip). Bei öffentlichen Unternehmen ist der Staat Hauptkapitalgeber. Öffentliche Unternehmen verfolgen meist das Ziel der Bedarfsdeckung (bedarfswirtschaftliches Prinzip).

Lösung zu 9

Die privaten Haushalte stellen den Unternehmen und teilweise auch den öffentlichen Haushalten Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) zur Verfügung, für die sie als Gegenleistung sogenannte Faktoreinkommen erhalten.

Lösung zu 10

Als Entscheidungsträger im Wirtschaftsprozess hat der private Haushalt eine doppelte Funktion, nämlich einmal die Erzielung von Einkommen und zum anderen die Verwendung dieses Einkommens.

Lösung zu 11

Folgende Arten von Einkommen können die privaten Haushalte beziehen:

- Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (z.B. Lohn, Gehalt)
- Einkommen aus selbstständiger Arbeit (z.B. Gewinn eines Unternehmers)

- Einkommen aus Sach- und Geldkapital (z.B. Dividenden, Zinsen)
- Einkommen aus Vermögen an Grund und Boden (z.B. Miete, Pacht)
- Transfereinkommen

Lösung zu 12

Faktoreinkommen sind solche Einkommen, denen eine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung gegenübersteht. Faktoreinkommen erzielen die privaten Haushalte aus der Zurverfügungstellung der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital.

Lösung zu 13

Transfereinkommen sind solche Einkommen, die vom Staat an die privaten Haushalte fließen und denen keine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung gegenübersteht. Sie sind jedoch an bestimmte Voraussetzungen geknüpft (z.B. Bedürftigkeit).

Lösung zu 14

Die Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern, Pensionärinnen und Pensionären sowie Arbeitslosen werden den höchsten Anteil am Gesamteinkommen vermutlich aus Transfereinkommen (Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Bürgergeld) beziehen.

Die Arbeitnehmerhaushalte (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte) sowie die Haushalte von Beamtinnen und Beamten werden überwiegend Faktoreinkommen für das Zurverfügungstellen des Produktionsfaktors Arbeit beziehen.

Die Haushalte von Selbstständigen werden den größten Teil ihres Gesamteinkommens als Einkommen aus selbstständiger Arbeit beziehen.

Lösung zu 15

Das Einkommen, das den privaten Haushalten insgesamt zur Verfügung steht, wird verfügbares Einkommen genannt.

Das verfügbare Einkommen wird wie folgt ermittelt:

Bruttoeinkommen (Faktoreinkommen)

- direkte Steuern
- Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmeranteile)

= Nettoeinkommen
+ Transfereinkommen

= verfügbares Einkommen

Lösung zu 16

Die Sparquote weist im Zeitablauf vielfältige Schwankungen auf.

In den 1990er Jahren ist die Sparquote fast durchgehend gesunken. Zwischen den Jahren 2000 und 2008 kam es zu einem Anstieg der Sparquote, danach ist bis 2013 wieder ein Rückgang zu beobachten.

Für die Entwicklung der Sparquote gibt es mehrere Bestimmungsgründe. Beispielsweise führen pessimistische Zukunftserwartungen (Angst vor Arbeitslosigkeit, Erwartung eines niedrigen Rentenniveaus) zu einem Anstieg der individuellen Ersparnis. Dieser Effekt hat zwischen den Jahren 2000 und 2008 in Deutschland zu einem Anstieg der Sparquote beigetragen.

Niedrige Zinsen verringern den Anreiz zur Ersparnisbildung. Der Rückgang der Ersparnisbildung ab dem Jahr 2009, in dem die Finanzkrise begann, lässt sich damit zumindest zum Teil mit den niedrigen Zinsen in diesem Zeitraum erklären.

Seit 2014 ist im Trend wieder ein Anstieg der Sparquote zu beobachten.

Im Jahr 2020 ist die Sparquote auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung gestiegen. Die Ursache hierfür sind die vielfältigen Einschränkungen privater Aktivitäten (einschließlich der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und der Schließungen im Bereich des stationären Einzelhandels) aufgrund der COVID-19-Pandemie.

Lösung zu 17

Geringe Rentensteigerungen (geringer als die Inflationsrate) werden bei den meisten Rentnerhaushalten eine Erhöhung des Grundbedarfsanteils zur Folge haben. Dieser geht entweder zulasten anderer Konsumgüter, z.B. weniger Kultur- und Luxusgüter, oder zulasten des Sparens. Eine vergleichbare Entwicklung tritt tendenziell auch bei den Arbeitnehmerhaushalten ein. Je größer aber deren verfügbares Einkommen ist, desto geringer wird die Auswirkung auf den Konsum sein.

Lösung zu 18

Die privaten Haushalte werden nach folgenden Kriterien eingeteilt:

- Zahl der Haushaltsmitglieder
- sozialer Status
- Höhe des Einkommens

Lösung zu 19

Allgemein gilt, dass die Art und Weise der Reaktion der privaten Haushalte auf Einkommensveränderungen von der Höhe des verfügbaren Einkommens abhängig ist. Bei einer Verringerung seines verfügbaren Einkommens wird ein privater Haushalt mit hohem Einkommen wahrscheinlich sein Konsumverhalten nur geringfügig ändern und zunächst seine Ersparnisbildung verringern. Ein privater Haushalt mit geringem Einkommen, der ohnehin nur wenig sparen kann, wird voraussichtlich sein Konsum- und sein Sparverhalten ändern.

Lösung zu 20

- Gebietskörperschaften: Bund, Land, Gemeinden
- Sozialversicherungshaushalte (der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung)

Lösung zu 21

Art. 109, Abs. 3, und Art. 115 Grundgesetz enthalten die sogenannte Schuldenbremse. Der Bund musste bis zum Jahr 2016 seine strukturelle Neuverschuldung auf maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts reduzieren. Eine Abweichung ist unter eng definierten Ausnahmetatbeständen zulässig. Im Jahr 2025 wurde eine Reform beschlossen, die es zum einen auch den Ländern erlaubt, eine strukturelle Neuverschuldung von bis zu 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts vorzunehmen. Zum anderen werden Ausgaben für die Landesverteidigung und verwandte Zwecke von der Schuldenbremse ausgenommen, wenn sie den Wert von 1 % des Bruttoinlandsprodukts übersteigen.

Gemäß dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt darf das staatliche Gesamtdefizit (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungshaushalte) nicht höher sein als 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Allerdings existieren auch hier Ausnahmebestimmungen.

Lösung zu 22

Die Sozialversicherungsträger finanzieren ihre Ausgaben überwiegend durch die Erhebung von Beiträgen. Hinzu kommen Zuschüsse des Bundes, insbesondere im Bereich der Rentenversicherung.

Lösung zu 23

Gebühren sind Abgaben, die als Entgelt für bestimmte öffentliche Leistungen zu entrichten sind. Hier wird also eine unmittelbare Gegenleistung vom öffentlichen Haushalt erbracht.

Beiträge sind Abgaben, die unabhängig von der Leistungsinanspruchnahme zur Deckung der Ausgaben bestimmter öffentlicher Einrichtungen abzuführen sind (z.B. Sozialversicherungsbeiträge).

Lösung zu 24

Staatsausgaben sind z.B.

- laufende Übertragungen (Transferzahlungen) an private Haushalte,
- Subventionen (an Unternehmen),
- Konsumausgaben des Staats,
- öffentliche Investitionen,
- Zinsen und Tilgungszahlungen.

Hinweis

Es waren lediglich drei Beispiele zu nennen.

Lösung zu 25

Die Staatsquote gibt den Anteil der Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen an. Die Aussagefähigkeit der Staatsquote ist begrenzt, da sie keine Aussage über die Struktur der Staatsausgaben und über die Wirtschaftlichkeit der Staatsausgaben trifft. Allerdings ermöglicht sowohl der Vergleich zwischen verschiedenen Ländern als auch der Vergleich zwischen verschiedenen Jahren gewisse Rückschlüsse auf die Entwicklung der Staatsaktivität.

Lösung zu 26

Die Verteilung von Einkommen nach dem Leistungsprinzip erfolgt in der Weise, dass jeder entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistung entlohnt wird. D.h., wirtschaftlich Leistungsfähigere erzielen ein höheres Einkommen als wirtschaftlich weniger Leistungsfähige.

Lösung zu 27

Es gibt Personen, die – ohne eigenes Verschulden – nicht in der Lage sind, wirtschaftliche Leistungen zu erbringen (z.B. alte, kranke, behinderte Menschen), oder deren Leistung von der Gesellschaft gerade nicht benötigt und damit auch nicht bezahlt wird (z.B. Arbeitslose). Sie würden bei einer reinen Verteilung nach dem Leistungsprinzip benachteiligt.

Lösung zu 28

Hauptkriterium für die Umverteilung von Einkommen durch den Staat ist die Bedürftigkeit der Haushalte, die in aller Regel durch bestimmte Einkommensgrenzen (z.B. bei der Sozialhilfe und dem Wohngeld) definiert ist.

Lösung zu 29

Das Sozialbudget zeigt die Summe aller Sozialleistungen an, die innerhalb eines Jahres von den öffentlichen Haushalten erbracht bzw. gezahlt wurden. Die Sozialleistungsquote ergibt sich, wenn man das Sozialbudget durch das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dividiert. Die Sozialleistungsquote in der Bundesrepublik Deutschland liegt derzeit bei über 30 %.

Lösung zu 30

Güterströme sind dadurch gekennzeichnet, dass zwischen den Wirtschaftssektoren Güter (realer Strom) ausgetauscht werden. Geldströme sind dadurch gekennzeichnet, dass zwischen den Wirtschaftssektoren Geldleistungen (monetärer Strom) ausgetauscht werden.

Lösung zu 31

Annahmen des einfachen Wirtschaftskreislaufs sind:

- Es gibt nur zwei Gruppen von Wirtschaftssubjekten, nämlich private Haushalte und Unternehmen.
- Die privaten Haushalte verwenden ihr gesamtes Einkommen zu Konsumzwecken. Sparen findet nicht statt.
- Das vorhandene Sachkapital ist dauerhaft ohne Verschleiß nutzbar. Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen sind nicht notwendig.

Lösung zu 32

Beim vollständig erweiterten Wirtschaftskreislauf sind neben den privaten Haushalten und den Unternehmen auch der Staat, die finanziellen Kapitalgesellschaften und die übrige Welt (Ausland) am Wirtschaftsprozess beteiligt.

Lösung zu 33

Geldströme zwischen Staat und privaten Haushalten:

- Vom Staat fließen zu den privaten Haushalten Transfer- und Faktoreinkommen.
- Von den privaten Haushalten fließen an den Staat Steuern, Gebühren und Beiträge.

Lösung zu 34

In einer geschlossenen Volkswirtschaft entspricht die Ersparnis der Haushalte stets den Investitionen. Dies gilt sowohl für den Wirtschaftskreislauf ohne Staat als auch für den Wirtschaftskreislauf mit Staat.

In der offenen Volkswirtschaft kann die Ersparnis größer sein als die inländischen Investitionen (die Volkswirtschaft hat einen Exportüberschuss) oder kleiner (die Volkswirtschaft hat einen Importüberschuss).

Lösung zu 35

Das Bruttoinlandsprodukt ist die Summe aller Güter (Sach- und Dienstleistungen), die innerhalb einer Periode in der Volkswirtschaft hergestellt werden, multipliziert mit ihren Marktpreisen abzüglich der Vorleistungen.

Lösung zu 36

Das Bruttoinlandsprodukt wird hinsichtlich seiner Entstehung, Verteilung und Verwendung berechnet.

- Bei der Entstehungsrechnung geht es um die Frage: Welchen Anteil haben die einzelnen Unternehmen bzw. Wirtschaftsbereiche an der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts?
- Bei der Verwendungsrechnung geht es um die Frage: Welche Teile des Bruttoinlandsprodukts werden privat und öffentlich verbraucht, investiert und exportiert.
- Bei der Verteilungsrechnung geht es um die Frage: Wie verteilt sich das bei der Erstellung der Güter und Dienstleistungen entstandene Volkseinkommen auf die an der Produktion beteiligten Wirtschaftseinheiten?

Lösung zu 37

In einem ersten Schritt müssen Sie das Bruttoinlandsprodukt über die Entstehungsseite berechnen:

Bruttowertschöpfung
+ Gütersteuern abzügl.
Gütersubventionen
= Bruttoinlandsprodukt
(1.000 + 200 = 1.200).

In einem zweiten Schritt können Sie die Gleichung für die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts aufstellen:

Bruttoinlandsprodukt
= Privater Konsum + Staatlicher Konsum + Investitionen + Exporte – Importe
(1.200 = 500 + 200 + 400 + 800 – Importe)

Für die Importe ergibt sich folglich ein Wert von 700 (1.200 – 500 – 200 – 400 – 800).

Lösung zu 38

In der funktionellen Einkommensverteilung wird ausgewiesen, wie sich die bei der Güterproduktion erzielten Einkommen auf die im Produktionsprozess eingesetzten Produktionsfaktoren verteilt haben. Es werden zwei Haupteinkommensarten unterschieden:

- Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und
- Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die personelle Einkommensverteilung informiert über die Gesamteinkommen der privaten Haushalte und die Verteilungssituation einzelner privater Haushalte. Im Rahmen der personellen Einkommensverteilung sind zwei Betrachtungen sinnvoll, nämlich die Verteilung der Einkommen auf die privaten Haushalte verschiedener sozialer Gruppen (z.B. Arbeitnehmer- und Selbstständigenhaushalte) und die Verteilung der Gesamteinkommen auf die privaten Haushalte nach Einkommensgruppen.

Lösung zu 39

Das Bruttoinlandsprodukt ist nur bedingt geeignet, als Wohlstandsmaßstab herangezogen zu werden, denn es weist eine Reihe von prinzipiellen Mängeln auf. Das Bruttoinlandsprodukt ist eine ausschließlich quantitative Größe und verstellt unter Umständen den Blick auf die sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Deshalb wurden zahlreiche Versuche unternommen, Lebensqualität oder gesellschaftlichen Wohlstand umfassender als durch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu messen und auszudrücken. Dabei geht es teils um die Erfassung des subjektiven Wohlbefin-

dens und teils um die Erhebung objektiver Lebensbedingungen. Dadurch soll es möglich werden, ein umfassenderes Bild über den gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten.

Lösung zu 40

Steuern können nach folgenden Gesichtspunkten eingeteilt werden:

- Empfänger
- Steuergegenstand
- Erhebungstechnik

Lösung zu 41

Die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer ist das zu versteuernde Einkommen. Die Ausgangsbasis zur Berechnung des zu versteuernden Einkommens bilden die Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten. Steuerpflichtig sind dabei nur die Nettoeinkünfte, d.h., von den Bruttoeinkünften werden jeweils die Kosten der Einkommenserzielung abgezogen (z.B. Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit). Das zu versteuernde Einkommen ergibt sich, indem von der Summe der Nettoeinkünfte aus den sieben Einkunftsarten die Sonderausgaben (z.B. Spenden und Vorsorgeaufwendungen) sowie die außergewöhnlichen Belastungen (z.B. geleistete Unterhaltszahlungen, Pflegekosten) abgezogen werden.

Der Tarif der Einkommensteuer verläuft progressiv, d.h. die durchschnittliche Steuerbelastung steigt mit zunehmendem Einkommen. Der Grundfreibetrag (2025: 12.096 € für Ledige) bleibt steuerfrei. Bei höherem Einkommen steigt der Grenzsteuersatz mit zunehmendem Einkommen von 14 % (Eingangssteuersatz) bis auf 42 % (Spitzensteuersatz). Diese so-

genannte Progressionszone endet bei einem Einkommen von 68.480 € (Ledige). Danach bleibt der Grenzsteuersatz konstant, der Durchschnittssteuersatz steigt jedoch weiter an. Ab einem Einkommen von 277.826 € (Ledige) erhöht sich der Grenzsteuersatz auf 45 % (sogenannte Reichensteuer).

Lösung zu 42

Wenn beide Ehepartner als Arbeitnehmer tätig sind, können sie folgende Lohnsteuerklassen wählen:

- Beide Lohnsteuerklasse IV, wenn das Einkommen jeweils ungefähr gleich ist.
- Der höher verdienende Ehegatte wählt die Steuerklasse III und der niedrig verdienende Ehegatte wählt die Steuerklasse V.
- Eine dritte Möglichkeit besteht in der Wahl der Steuerklasse IV für beide Ehepartner und der Anwendung des Faktorverfahrens (auf Antrag). Hierdurch wird die Lohnsteuerschuld unter Berücksichtigung von Freibeträgen und des Splittingverfahrens gemäß den individuellen Verhältnissen aufgeteilt.

Lösung zu 43

Die Umsatzsteuer ist in ihrer wirtschaftlichen Wirkung eine allgemeine Verbrauchsteuer, mit der grundsätzlich der gesamte private und öffentliche Verbrauch (d.h. vom Letztverbraucher erworbene Güter und in Anspruch genommene Dienstleistungen) belastet wird. Hierdurch unterscheidet sie sich von der Einkommensteuer, die auf die individuelle Leistungsfähigkeit des einzelnen Steuerpflichtigen Rücksicht nimmt.

Lösung zu 44

Die Unternehmen müssen zwar für den zwischen ihnen stattfindenden Warenaustausch Umsatzsteuer zahlen, doch können sie diese durch den Vorsteuerabzug wieder ausgleichen. Letztlich tragen die Umsatzsteuer daher die Endverbraucherinnen und Endverbraucher.

Lösung zu 45

Das fiskalische Ziel der Steuererhebung ist die Generierung von Einnahmen für den Staat, damit dieser seine Aufgaben (Bereitstellung öffentlicher Güter, Umverteilung von Einkommen) erfüllen kann. Das nicht-fiskalische Ziel der Steuererhebung besteht in der Beeinflussung von Verhaltensweisen der privaten Wirtschaftssubjekte. Durch die Besteuerung bestimmter Güter soll ein Anreiz geschaffen werden, von diesen Gütern weniger zu verbrauchen. Beispiele für Steuern, mit denen auch nichtfiskalische Ziele verfolgt werden, sind Steuern auf gesundheits-schädliche Produkte (z.B. Tabaksteuer, Alkoholsteuer) sowie Steuern auf Produkte, deren Herstellung und/oder Verbrauch mit Umweltbelastungen verbunden ist (z.B. Energiesteuer).

12 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle

Lösung zu 1

Es werden drei Gruppen von Wirtschaftssubjekten unterschieden: private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Haushalte.

Unternehmen fragen Produktionsfaktoren nach und stellen Güter und Dienstleistungen für den Bedarf Dritter her.

Private Haushalte stellen den Unternehmen sowie den öffentlichen Haushalten Produktionsfaktoren zur Verfügung. Das hierfür erhaltene Einkommen verwenden sie zum Konsum von Gütern und zur Bildung von Ersparnissen.

Öffentliche Haushalte stellen öffentliche Güter bereit und verteilen Einkommen um. Zur Finanzierung dieser Aufgaben erheben sie Steuern, Gebühren und Beiträge.

Lösung zu 2

Private Unternehmen verfolgen das Ziel der (langfristigen) Gewinnmaximierung. Private Haushalte streben nach Nutzenmaximierung.

Unterschiede: Der Gewinn ist eine monetäre Größe, sodass objektiv verglichen werden kann, wie hoch der Gewinn bei unterschiedlichen Unternehmen ist. Nutzen ergibt sich durch den Konsum von Gütern, durch die sich Bedürfnisse des Haushalts erfüllen lassen. Die Nutzeneinschätzung eines Haushalts ist stets rein subjektiv.

Gemeinsamkeiten: Sowohl Unternehmen als auch Haushalte handeln eigennützig. Beide müssen sich nach dem ökonomischen Prinzip richten, wenn sie ihre Ziele bestmöglich erreichen möchten.

Lösung zu 3

Private Haushalte erhalten Faktoreinkommen als Gegenleistung dafür, dass sie Unternehmen oder öffentlichen Haushalten Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) zur Verfügung stellen. Private Haushalte erhalten Transfereinkommen von den öffentlichen Haushalten ohne eine spezielle Gegenleistung. Allerdings sind die Transferzahlungen an das Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (z.B. Bedürftigkeit beim Bürgergeld) geknüpft.

Lösung zu 4

Viele Sachgüter und Dienstleistungen müssen vom Staat unentgeltlich angeboten werden, weil kein Mensch von der Nutzung dieser Güter ausgeschlossen werden kann. Dies gilt z.B. für die meisten Verkehrswege, für die Straßenbeleuchtung, für die innere und äußere Sicherheit. Der Staat befriedigt damit die kollektiven Bedürfnisse. Bei diesen Gütern handelt es sich um spezifisch öffentliche Güter (vgl. Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 1“).

Lösung zu 5

Spar- und Konsumquote können nicht gleichzeitig steigen. Die Addition von Spar- und Konsumsumme muss immer 100 % ergeben. Steigt die Sparquote, muss die Konsumquote sinken und umgekehrt.

Lösung zu 6

Der Geldstrom verläuft zum Güterstrom immer entgegengesetzt, weil beim Kauf von Sachgütern und/oder Dienstleistungen diese mit Geld zu bezahlen sind und somit in umgekehrter Richtung in den Wirtschaftskreislauf eingehen.

Lösung zu 7

Ein positiver Außenbeitrag zeigt an, dass die Güterexporte größer als die Güterimporte sind. Damit verringert sich die Gütermenge im Inland. Dies führt zwangsläufig dazu, dass im Inland mehr Güter produziert als verbraucht werden.

Lösung zu 8

Beim nominalen Bruttoinlandsprodukt sind alle produzierten Güter und Dienstleistungen mit den Marktpreisen des Erstellungsjahres, d.h. zu laufenden Preisen, bewertet. Beim realen Bruttoinlandsprodukt liegen dagegen bei der Berechnung die Preise des Vorjahres zugrunde. Die Inflationsrate ist herausgerechnet. Die Berechnungsart des realen Bruttoinlandsprodukts bewirkt, dass Erhöhungen des Bruttoinlandsprodukts, die auf Preissteigerungen zurückgehen, unberücksichtigt bleiben (Preisbereinigung).

Lösung zu 9

Die Vorleistungen müssen herausgerechnet werden, weil es sonst zu Doppelzählungen kommen würde. Im Produktionswert eines Autos sind z.B. Vorleistungen enthalten, die das Automobilunternehmen von anderen Herstellern bezieht, die schon dort erfasst wurden.

Lösung zu 10

Das Bruttoinlandsprodukt würde kurzfristig stark ansteigen, da im Gegensatz zur häuslichen Arbeit die Berufstätigkeit in der Wirtschaft gegen Entgelt in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts eingeht.

Lösung zu 11

Um vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Bruttonationaleinkommen (BNE) zu gelangen, werden vom BIP die Einkommen abgezogen, die von Ausländerinnen und Ausländern im Inland erzielt wurden. Hinzugerechnet werden die Einkommen, die Inländerinnen und Inländer im Ausland erzielt haben. Das BIP liefert eine Aussage über den Wert der im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen, unabhängig davon, ob diese Güter und Dienstleistungen von Menschen mit Wohnsitz im Inland oder im Ausland produziert wurden. Das BNE bildet die Ausgangsbasis für die Verteilungsrechnung, bei der untersucht wird, welche Einkommen den Menschen mit Wohnsitz im Inland aus inländischen und aus ausländischen Quellen zugeflossen sind.

Lösung zu 12

Die Unternehmen werden die Preise für die Güter um den Prozentsatz der Steuererhöhung anheben (Überwälzung). Dies führt in der Volkswirtschaft zu einer Erhöhung des Preisniveaus. Für die privaten Haushalte werden die Güter teurer. Für ihr Einkommen, das sich nicht verändert, können sie weniger Güter kaufen.

Lösung zu 13

Eine Erhöhung der direkten Steuer, z.B. der Einkommensteuer, bewirkt bei den privaten Haushalten einen Rückgang des verfügbaren Einkommens. Deshalb müssen die privaten Haushalte entweder ihren Konsum einschränken oder die Sparsumme reduzieren. Bei einer hohen Konsumquote wird vorrangig der Konsum reduziert, bei einer niedrigen Konsumquote eher die Sparfähigkeit.

Lösung zu 14

Alle Steuern, die sich am Vermögen oder am Einkommen orientieren, eignen sich für die Umverteilung. Besitzer bzw. Besitzerinnen großer Vermögen und/oder Bezieher bzw. Bezieherinnen hoher Einkommen zahlen entsprechend hohe Steuern, die auch für die Umverteilung verwendet werden. Dazu zählen insbesondere die Einkommen- und Erbschaftsteuer.

Lösung zu 15

Je nach Rechtsform müssen Unternehmen entweder Körperschaftsteuer (Kapitalgesellschaften) oder Einkommensteuer (Personengesellschaften) zahlen. Hinzu kommt die Gewerbesteuer, die jedoch von den Personengesellschaften weitgehend auf die Einkommensteuerschuld angerechnet werden kann.

Die Unternehmensbesteuerung ist ein wichtiger Faktor im Wettbewerb der Volkswirtschaften um die Ansiedelung von international mobilen Unternehmen. Je geringer die Steuerlast, umso attraktiver ist ein Land für Unternehmen. Auch die Investitionsneigung der ansässigen Unternehmen wird durch das Unternehmensteuerrecht beeinflusst.